

Soziale Arbeit

Dezember 2005

54. Jahrgang

Birger Hartnuß ist wissenschaftlicher Referent in der Geschäftsstelle des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin, E-Mail: hartnuss@deutscher-verein.de

Dr. Stephan Maykus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Jugendhilfe und Ganztagschule im ISA Institut für soziale Arbeit e.V., Studtstr. 20, 48149 Münster
E-Mail: isa.maykus@muenster.de

Professorin Dr. Rosemarie Karges ist Dipl.-Sozialarbeiterin und Dipl.-Pädagogin, sie lehrt Theorien, Handlungskonzepte und Methoden der Sozialen Arbeit an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin
E-Mail: karges@khsb-berlin.de

Professorin Dr. Ilse M. Lehner ist Pädagogin und lehrt an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin im Bereich der Fachwissenschaft Soziale Arbeit, Geschichte sowie Theorien der Sozialen Arbeit, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin
E-Mail: lehner@khsb-berlin.de

Professor Dr. Peter Reinicke ist Dipl.-Sozialarbeiter und Dipl.-Pädagoge, er lehrt Sozialarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Berlin, Postfach 37 02 55, 14132 Berlin, E-Mail: peter@reinicke.de

Professor Dr. Heiko Kleve ist Dipl.-Sozialarbeiter und lehrt soziologische und sozialpsychologische Grundlagen der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Sozialwesen, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam
E-Mail: kleve@fh-potsdam.de

Bürgerschaftliche Kompetenzen fördern 442

Zur Engagementförderung in und mit der Schule
Birger Hartnuß, Berlin;
Stephan Maykus, Münster

DZI-Kolumne 443

Zum Berufsbild in der Sozialen Arbeit 449
Das berufliche Selbstverständnis und seine Unschärfen
Rosemarie Karges; Ilse M. Lehner, Berlin

Adele Beerensson 456
Ihr Wirken für die Sozialarbeit in Berlin und Deutschland
Peter Reinicke, Berlin

Kooperation in der Elternarbeit 463
Jenseits von Abgabe- und Kampfmuster
Heiko Kleve, Potsdam

Rundschau Allgemeines 469
Soziales 469
Gesundheit 470
Jugend und Familie 470
Ausbildung und Beruf 472

Tagungskalender 472

Bibliographie Zeitschriften 473

Verlagsbesprechungen 477

Impressum 480

Dieser Ausgabe liegt das Jahresregister 2005 bei.



Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Bürgerschaftliche Kompetenzen fördern

Zur Engagementförderung in und mit der Schule

Birger Hartnuß; Stephan Maykus

Zusammenfassung

Der Ausbau von Ganztagschulen ist gegenwärtig der zentrale bildungspolitische Reformansatz in Deutschland, der hohe Erwartungen auf sich zieht. Dies gilt auch hinsichtlich der Förderung bürgerschaftlicher Kompetenzen. Allerdings ist dieser Aspekt der Bildung sowohl in der allgemeinen Bildungsdebatte als auch mit Blick auf den Ausbau und die Weiterentwicklung ganztägiger Schulformen bislang noch unterbelichtet.

Abstract

At the moment, the political approach in the field of education in Germany is focussed on the extension of whole-day schools which raises high expectations. This also applies to supporting civil competencies. However, this education aspect has insufficiently been addressed so far in general debates on education as well as in regard to the extension and further development of whole-day school forms.

Schlüsselwörter

bürgerschaftliches Engagement - Schule - Bildungsreform

1. Ganztagschule – Chancen und Potenziale der Engagementförderung

Partizipations- und Engagementförderung greifen vor allem in den schulischen Handlungsfeldern Unterricht, Schulleben, Einbeziehung außerschulischer Umfeld und im Rahmen von Schulentwicklung (Holtappels 2004, S. 261). Dabei können Schülerinnen und Schülern sowohl Räume für formal-rechtliche Mitbestimmungsformen als auch für Möglichkeiten aktiver Mitgestaltung eröffnet werden. In den Feldern Unterricht und Schulleben ist Schülerbeteiligung vor allem durch Öffnungsansätze und Community Education intensiviert worden, die in Ganztagschulen auf einen umfassenderen Gestaltungsrahmen treffen, jedoch auch (und bereits) in Halbtagschulen verbreitet sind (ebd., S. 262) und dabei eine zentrale Zielsetzung verfolgen: „Lebensnaher Unterricht, die Berücksichtigung komplexer fächerübergreifender Problemsituationen und ein anregend gestaltetes Schulleben sollen den Schüler/-innen umfangreiche soziale und kooperative Erfahrungen ermöglichen, Selbständigkeit, Eigentätigkeit und selbstverantwortetes Problemlösen unterstützen, die Auseinanderset-

zung mit unterschiedlichen Standpunkten fördern“ (ebd.). Der Erfolg dieser Maßnahmen ist dabei wesentlich von Gelingensbedingungen abhängig, vor allem die zugeschriebene Relevanz von Partizipation im Schulalltag und im Schulprogramm, die Schaffung nachhaltiger und stützender Strukturen sowie die kontinuierliche Arbeit aller Beteiligten an den entsprechenden Voraussetzungen. Dies sind vor allem der Grad an erreichter Strukturbildung und Kooperation sowie die Verankerung einer grundlegenden partizipativen Ausrichtung der Gestaltung des Schulalltags in einem Leitbild, die dann zu einem integrierten Ansatz der Engagementförderung führen können.

Aktives Gestaltungshandeln, Partizipation, Verantwortungsübernahme, Gemeinsinn und Solidarität müssen – auch in der Schule und durch sie gefördert – gelernt werden und bilden eine wichtige Basis für Sozialintegration und gesellschaftliche Teilhabe. Ganztagschulen bieten hierfür zunächst einen *indirekten Ermöglichungsrahmen*, der sich vor allem anhand von drei Punkten kennzeichnen lässt.

1.1 Organisation (erweiterte Raum- und Zeitkonzepte)

Ganztagschule bedeutet zunächst eine modifizierte Schulorganisation mit der Möglichkeit der Veränderung schulischen Lernens, des Schullebens und der Beziehung zu außerschulischen Partnerschaften beziehungsweise dem Schulumfeld. Die zeitliche Mindestangebotsdauer und das den Schulalltag gliedernde Mittagessen sind formelle, äußere Merkmale, die durch ein qualitatives Merkmal ergänzt werden – die konzeptionelle Verbindung von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Angeboten, mithin die Synthese von schulischen und außerschulischen Bildungsprozessen (Rekus 2005). Die äußeren Merkmale werden organisatorisch vor allem in drei Modelle der Ganztagschule untergliedert (offene, teilgebundene, gebundene Modelle). Die entstehenden pädagogischen Gestaltungsansätze können Partizipation und Demokratielernen direkt einbeziehen, schaffen vor allem aber pädagogisch arrangierte Räume und informelle Gelegenheiten des sozialen Lernens und erzielen damit indirekte Effekte der Partizipations- und Engagementförderung.

1.2 Integratives und kooperationsoffenes Leitbild von Ganztagschule

Dieses orientiert sich schwerpunktmäßig an neuen pädagogischen Leitbildern: Es soll – auch durch die Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und weiteren außerschulischen Trägern und Akteuren – eine neue Lernkultur entwickelt werden.

Im Mittelpunkt steht die Integration von Bildung, Erziehung und Förderung als pädagogisches Leitbild der Ganztagschule. Zentral sind hierfür:

▲ die Orientierung an Kooperation pädagogischer Professionen, die in der Zusammenarbeit von Lehrkräften mit Erziehern und Erzieherinnen, Sozialpädagogen, Musikschullehrerinnen und -lehrern, therapeutischem Personal oder weiteren Professionen kooperativ konzipierte und realisierte Ganztagsangebote eröffnet.

▲ vielfältige Optionen der Gestaltung und Organisation des Schulalltags, die eine bessere Rhythmisierung und eine umfassende Bildung ermöglichen. Die Angebote können Förder-, Betreuungs- und Freizeitangebote, spezielle Angebote für Kinder mit besonderem Förderbedarf, die Unterstützung und Stärkung der Familienerziehung umfassen.

▲ insbesondere die individuelle Förderung und Unterstützung von Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung sozialer Lebensverhältnisse und Bildungschancen. Die Hilfe zur Selbstständigkeit und Eigenverantwortung soll in ganztägigen Lernarrangements befördert werden.

1.3 Ganzheitlichkeit und Lebensweltorientierung

Die zeitlich und räumlich erweiterte, an Kooperation mit außerschulischen Partnerschaften, Professionen und Institutionen orientierte Ganztagschule hat die in ihr lernenden und lebenden jungen Menschen nicht lediglich in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler, sondern als Kinder und Jugendliche mit vielfältigen Wünschen, Interessen und Bedürfnissen sowie sozialen Bezügen, Kontexten, Erfordernissen und Konflikten im Blick (Ganzheitlichkeit). Diesem Anspruch gerecht zu werden, baut die Schule Brücken und schafft Verknüpfungen zwischen den schulischen Lernarrangements und den lebens- und alltagsweltlichen Bezügen der jungen Menschen in Familie, Wohngebiet und Freizeit. Durch das Anknüpfen an Alltag und Lebensrealität der Schülerinnen und Schüler kann schulisches Lernen erfahrungsorientiert bereichert werden. Gleichzeitig findet eine lebensweltliche Öffnung der Schule hin zum Gemeinwesen statt, die eine stärkere gegenseitige Bezugnahme befördert. Schule agiert zunehmend in Kooperation mit außerschulischen Partnern und Partnerinnen und auch außerhalb des Schulgebäudes. Akteure aus dem Wohnumfeld und dem Gemeinwesen beleben den schulischen Alltag und tragen dazu bei, Schule als wichtigen Ort im Zentrum des Stadtteils beziehungsweise der Gemeinde zu etablieren. Ganzheitlichkeit und Lebensweltorientierung eröffnen dadurch – indirekt – Räume für Mitbestimmung und aktives Mitmachen.

Eine der größten sozialen Herausforderungen in Deutschland ist ein Bildungsproblem: Sprachdefizite und die Mängel unseres Schulsystems führen viele Schulkinder aus Migrantenfamilien gleich auf der ersten Etappe ihres Bildungsweges in eine Sackgasse. Mittlerweile beendet ein Großteil von ihnen die Schulzeit ohne einen Abschluss – und das in einer Zeit, wo selbst Mittlere Reife oder Abitur keine verlässliche Option auf einen Arbeitsplatz bieten. Man muss nicht erst an die jüngsten Exzesse der Jugendgewalt in Frankreich denken um zu erkennen, welchen Sprengstoff diese Situation in sich birgt. Dabei müssten diese Kinder für unsere alternde Gesellschaft doch geradezu Hoffnungsträger sein, ein baldiger Mangel an Arbeitskräften wird schon seit Jahren prognostiziert. Wie können die Bildungs- und Lebenschancen dieser Kinder mit den Zukunftserwartungen von Wirtschaft und Gesellschaft zusammengebracht werden? Da müsste man doch etwas unternehmen ...

Genau das hat sich vor kurzem auch der traditionsreiche Verband der Berliner Kaufleute und Industriellen (VBKI) gedacht – und hat gehandelt. Auf der Basis eines an der Universität Potsdam entwickelten Konzepts organisiert und finanziert der VBKI Förderunterricht an zurzeit zwölf Berliner Grundschulen in sozialen Brennpunkten. Durchgeführt wird der Unterricht von angehenden Lehrerinnen und Lehrern, die auf diese Weise ihrem Studium einen (doppelt) wertvollen Praxisbezug verleihen. Eine Klassenlehrerin zieht nach einem Jahr eine positive Zwischenbilanz: „Die Förderkinder haben im Verlauf des dritten Schuljahres mehr gelernt als in den beiden Jahren zuvor.“ Damit nicht genug: Der VBKI organisiert an denselben Schulen außerdem Lesepatenschaften. Ehrenamtliche lesen den Kindern vor, lassen sich vorlesen, machen ihnen Appetit auf Bücher und verbessern damit deren Sprach- und Lesefähigkeiten.

Die Initiative der Berliner Kaufleute zeigt: „Unternehmer“ kommt von „unternehmen“. Aber nicht nur Unternehmer können etwas unternehmen. Hoffentlich macht das gute Beispiel Schule.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Sofern diese Optionen in Lehr- und Lernkonzepten aufgegriffen und operationalisiert werden, ergeben sich daraus direkte Ermöglichungsperspektiven für Partizipations- und Engagementförderung. Ein *direkter Ermöglichungsrahmen* von Ganztagssschulen kommt zustande, indem Partizipation und Engagementförderung expliziter Referenzrahmen für die Gestaltung von differenzierten Lernarrangements und des Schullebens als Aspekt einer Lehr- und Lernkultur sind.

1.4 Innovation der Lehr- und Lernkultur

Der organisatorische Rahmen – mehr Zeit und Raum – ermöglicht in Ganztagssschulen Lernformen, die vielfältige Zugänge, lebensnahe und lebensweltsensible Erfahrungsräume einbeziehen und ein Lernen mit „Ernst-Charakter“ fördern. Damit kann der Unterricht bereichert, inhaltlich und methodisch flexibilisiert werden, zum Beispiel mittels eines Programms an Arbeitsgemeinschaften und Projekten, die den Lern- und Freizeitbereich verbinden und damit praktisch eigenständiges und soziales Lernen befördern, oder etwa durch Konzepte des Service Learning (*Śliwka* 2004), die die kognitive Wissensvermittlung gezielt mit realen Problemen und Fragestellungen in Alltag und Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler sowie Möglichkeiten eines freiwilligen, gemeinwohlorientierten Tuns verbinden. Hierdurch werden also nicht nur Lernpotenziale gefördert, sondern auch gezielte Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen (*Holtappels* 2004, S. 264). Diese beziehen sich aber nicht nur auf die Differenzierung der Lernorganisation und einer lerngerechten Rhythmisierung (insbesondere die Förderung offenen Lernens, individuelle Förderung), sondern auch auf die Ausgestaltung des Schullebens und auf Schulöffnungsaspekte.

Einerseits spiegeln innovative Merkmale zeitgemäßer Schulkonzepte (*Holtappels* 1995, S. 15 ff.) eine phasenweise Aufhebung der Differenz von kognitivem und sozialem Lernen, von Erziehung und Unterricht wider. Es findet eine Verknüpfung von kognitiven, sozialen und emotionalen Lernarrangements statt. Hier entsteht der bewusst ausfüllbare Spielraum, die direkte Ermöglichung und die konzeptionelle Grundlegung von partizipativem Lernen. Andererseits ist ein wesentliches Merkmal von Innovation die Ausgestaltung des Schullebens, die Engagement fördernde Aktivitäten bewusst berücksichtigen kann, etwa durch offene Gruppenarbeit, Wettbewerbe, Planspiele, die Möglichkeit der Übernahme sozialverantwortlicher Funktionen sowie Verknüpfungen zu Schulprojekten und Projektlernen. Expliziten Ausdruck finden diese Bemühungen in der Etablierung einer Civic Education.

1.5 Civic Education

Diese existiert als eigenständiger Bestandteil schulischen Lebens und Lernens im Kern des schulischen Bildungsauftrags. Dabei geht es um Lehr- und Lernarrangements, die auf die Herausbildung von sozialen, solidarischen, kooperativen und partizipativen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zielen. Ganztagssschule kann jungen Menschen neue Chancen bieten, um im konkreten Tun Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen, Möglichkeiten eines freiwilligen Engagements zu erproben, Engagement- und Partizipationsrollen einzüben und darin „bürgerschaftliche“ Kompetenzen zu erwerben. Diese Arrangements können eng mit unterrichtlichem und projektförmig organisiertem Lernen verknüpft sein, indem etwa die Wissensvermittlung im Fachunterricht mit Engagementprojekten verbunden wird, die die räumlichen Grenzen der Schule überschreiten und erfahrungsorientiertes Lernen in realen lebensweltlichen Zusammenhängen ermöglichen. Sie können darüber hinaus die Möglichkeiten der (nicht nur formalen) Mitbestimmung in der Schule intensivieren, indem sie Bezug nehmen auf die bestehenden Beteiligungsstrukturen in der Schule und innovative Partizipationsformen anregen und entwickeln. Konzepte einer Civic Education gelingen umso besser, je enger sie mit Strategien einer Community Education gekoppelt und in diese eingebettet sind.

1.6 Community Education

Hiermit ist die Schule als wichtiger Ort im Stadtteil beziehungsweise in ihrem Nahraum verankert. Die Schule wird für Kooperationen mit Akteuren des Gemeinwesens geöffnet und ein Zentrum für vielfältige Aktivitäten. Verbunden damit ist eine gegenseitige Bereicherung von Schule und Wohnumfeld. Es wird klar, dass Schule kein künstlicher Schonraum jenseits realer Lebensverhältnisse, sondern Teil des öffentlichen Lebens, des Gemeinwesens und somit Teil unserer Demokratie ist. Schulöffnung reichert die pädagogische Ganztagsgestaltung an und verhindert einen schulzentrierten, systemisch geschlossenen Entwicklungsprozess (das lebensweltdistanzierte Verschulungsdilemma), indem eine inhaltliche, methodische Öffnung von Unterricht mit einer räumlichen und personellen wie institutionellen Öffnung zusammengeht – damit Kooperationen mit anderen Personen und Institutionen ermöglicht und der Schule einen aktiven Part der Teilhabe am Gemeinwesen zuzisst. Nicht zuletzt wird auf diese Weise auch dem erweiterten Bildungsverständnis Rechnung getragen, das vielfältige Ansatzpunkte für seine praktische Realisierung erhält. Kernpunkt: Schulen, die ganztägiges Lernen ermöglichen wollen, öffnen sich. Nur gemeinsam mit Partnern aus dem Schulumfeld und

überörtlichen Trägern können sie das anspruchsvolle Ziel, Ganztagschule zu sein und Kindern einen vielfältigen Schulalltag als Lern- und Lebensraum zu bieten, effektiv in die Praxis umsetzen. Schule kann hierbei auf eine Reihe von Partnerschaften aus den Bereichen Musik, Kultur oder Sport zählen – genauso wie auf den wichtigen Partner Kinder- und Jugendhilfe.

1.7 Kooperation mit der Jugendhilfe

Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Für die Ganztagschule ist dies in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung:

▲ Ganztagschule möchte für alle Kinder und Jugendlichen Angebote machen und ihnen Lernchancen eröffnen, dabei besondere Förderbedarfe berücksichtigen, die durch schwierige Lebenssituationen entstehen können. Sie findet mit der Kinder- und Jugendhilfe eine Expertin für Fragen der sozialen Integration, des Umgangs mit individuellen und sozialen Benachteiligungen und der intensiven sozialpädagogischen Begleitung.

▲ Ganztagschule möchte ein vielfältiges Lern- und Freizeitangebot bieten. Sie findet in der Kinder- und Jugendhilfe eine Partnerin mit Erfahrung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, etwa in Angeboten der Bereiche Ästhetik, Bewegung, Umwelt, Musik, Medien. So können Gruppenerfahrungen und das Erlernen von Selbstorganisation durch Eigenaktivität und Verantwortungsübernahme gefördert werden. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet Erfahrungs- und Experimentierräume für Kinder, unterstützt soziales Lernen und die individuelle Entwicklung.

Die Kinder- und Jugendhilfe steuert damit ihren sozialpädagogischen Blickwinkel für die Gestaltung von Schule bei: Wissen über die Lebenswelten und -lagen von jungen Menschen und ihren Familien, Erfahrungen mit der Kultur des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen vor Ort, alltagsorientierte Kompetenzen. Sie berücksichtigt die Bedürfnisse der jungen Menschen und wendet dabei lebendige, kreative, alltagsorientierte und abwechslungsreiche Methoden an.

2. Ganztagschule und Partizipationsförderung: Ambivalenzen und Schwierigkeiten

Die Einschätzung indirekter und direkter Potenziale für Partizipations- und Engagementförderung in und durch ganztägige Schularrangements und damit die Beschreibung von hohen Erwartungen an die Schule als ein „multi-aktives Bildungszentrum“ (Otto; Coelen 2004) ist nicht frei von Ambivalenzen und Vor-

behalten, die sich an den folgenden Aspekten festmachen lassen:

▲ *Partizipationspotenziale müssen aktiv ausgeschöpft werden:* Wenn auch Ganztagschule erhebliche Chancen der Partizipations- und Engagementförderung bietet, bedeutet dies doch keineswegs automatisch, dass sich diese in der Praxis auch entfalten. Notwendig sind daher ihre konzeptionelle Herausstellung und die operative Übersetzung bestehender Potenziale in konkreten Konzepten und Projekten, die sich an den jeweiligen Bedingungen und Besonderheiten der Einzelschule orientieren müssen. Dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, da die bestehenden Spielräume bei der Ausgestaltung von Ganztagschule durchaus die Gefahr unauwändiger, aber pädagogisch wenig wirksamer Umsetzungsformen in sich bergen (Olk 2004). Insbesondere die offenen Formen der Ganztagschule könnten dafür anfällig sein, Projekte und Anliegen der Partizipations- und Engagementförderung lediglich zur Ausfüllung offener Zeiten und Betreuungsräume zu nutzen, wobei sie lediglich dekoratives Beiwerk der Schule wären und die Kernbereiche schulischen Wirkens und ihre pädagogischen Leitbilder unberührt blieben.

▲ *Für Civic Education gibt es kein Standardkonzept – Differenzierungen sind notwendig:* Möglichkeiten für Engagement und Partizipation bedürfen der Analyse der jeweiligen Situation in der Einzelschule sowie der Lebensbedingungen der in ihr lernenden Schülerinnen und Schüler. Diese Besonderheiten müssen einfließen in die Entwicklung altersgerechter Lern- und Erprobungssituationen mit Ernstcharakter, in denen Kinder und Jugendliche Verantwortung übernehmen können und dabei mit positiven wie negativen Folgen ihres Handelns konfrontiert werden. Derartige Lernarrangements, die möglichst auch mit praktischer Bedeutung für das Gemeinschaftsleben gekoppelt sind, lassen sich nicht standardisieren. Beispiele gelungener Praxis lassen sich zum Vorbild nehmen, bedürfen jedoch der Überprüfung und Übertragung auf die eigene schulische Situation.

▲ *Partizipations- und Engagementförderung stehen in relativer Abhängigkeit zum jeweiligen organisatorischen Modell der Ganztagschule:* Chancen der Partizipations- und Engagementförderung steigen mit dem Organisationsgrad des Ganztagschulbetriebs. Offene Formen bieten zwar durchaus neue Chancen einer stärkeren partizipativen Ausrichtung, bleiben aber – insbesondere auf Grund ihrer **Begrenztheit hinsichtlich Unterricht und Curriculum-**

gestaltung – eingeengt. „Additive“ Modelle des Ganztags schulbetriebs mit wenigen zusätzlichen Betreuungsstunden an drei Nachmittagen der Woche, die unverbunden neben dem vormittäglichen Unterricht angeboten werden, können nur bedingt zu einer Steigerung von Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten beitragen. Sie bleiben letztendlich auf den indirekten Ermöglicungsrahmen begrenzt.

▲ *Grad der Integration von Konzepten der Partizipations- und Engagementförderung (Civic Education) in der Schule:* Partizipation und Engagement gewinnen als Bildungsziel in der (Ganztags)Schule in dem Maße an Raum und Bedeutung, wie ihre Potenziale über die latent vorhandenen Chancen (indirekter Ermöglicungsrahmen) als Prinzip, Methode und Ziel in konkreten Lehr- und Lernarrangements verankert und ausgeschöpft werden. Dies gelingt umso intensiver, je mehr sich Teilhabe und Mitbestimmung, Engagement und Kooperation als zentrale Elemente in schulischen Leitbildern und im pädagogischen Selbstverständnis der Einzelschule (Schulkonzept, Schulprogramm) niederschlagen.

▲ *(Ganztags)Schule kann bürgerschaftliche Bildungsprozesse auch verhindern:* Die Konzeption eines Bildungsziels „bürgerschaftliches Engagement“ steht in der Gefahr, allzu sehr in die curriculare Logik einer Schule gepresst zu werden. Bürgerschaftliches Engagement ist jedoch nicht rein kognitiv zu erlernen. Wenn es auch Wissensdimensionen umfasst, so ist es doch nicht einfach in Form eines Schulfaches lehr- und lernbar (Rauschenbach 2005). Sofern sich das Bildungsziel „bürgerschaftliches Engagement“ seitens der Schule mit einem normativen Anspruch, einer moralischen Verpflichtung zum Engagement verbindet, gegebenenfalls sogar Sanktionen bei Nicht-Engagement greifen, würde dieses Ansinnen bürgerschaftliche und partizipative Bildungsprozesse eher verhindern, die Ausprägung bürgerschaftlicher Kompetenzen blockieren statt sie zu befördern. Entscheidend ist daher, dass Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten als Gestaltungsprinzip den Schulalltag bestimmen und Räume zum Erproben und Erlernen von Engagement zur Verfügung gestellt werden, die ihrerseits Wahl- und Entscheidungsoptionen der Schülerinnen und Schüler zu Grunde legen.

▲ *Partnerschaftliche Kooperation mit der Jugendhilfe:* Insbesondere in offenen Formen des Ganztagsbetriebs besteht die Gefahr der Parzellierung von Unterricht am Vormittag und „zusätzlichen“ Angeboten am Nachmittag. Solchen additiven Modellen mangelt es nicht nur an konzeptionellen Leitlinien, die den schulischen Alltag in seiner Gesamtheit

verbinden, es fehlt auch an personeller Kontinuität sowie an gemeinsamen integrierten Lerngruppen. So liegen Befürchtungen nahe, dass sich die in der Kooperation von Jugendhilfe und Schule als überwunden geglaubte Arbeitsteilung in der Ganztagschule neu etablieren könnte, die Lehrerinnen und Lehrer sich im Wesentlichen auf Unterricht und Wissensvermittlung am Vormittag konzentrieren und die Träger der Jugend- und Jugendsozialarbeit am Nachmittag Freizeit- und Förderangebote machen. Diesen defizitären Formen der Kooperation mit all ihren bekannten Problemen und Folgewirkungen ist aus Sicht der Jugendhilfe eine klare Absage zu erteilen. Kooperation muss auch in der Ganztagschule in gleichberechtigter Partnerschaft und unter Beachtung der entwickelten Qualitätskriterien stattfinden.

▲ *Monopolisierung von Bildungsansprüchen durch die Ganztagschule verhindern:* Mit der Ausdehnung des zeitlichen Rahmens der Ganztagschule und dem Einbezug informeller und nichtformeller Bildungsorte und -gelegenheiten gewinnt die Schule für sämtliche Bildungsbemühungen eine scheinbare Monopolstellung. Dies führt in der öffentlichen Bildungsdebatte zu neuen Konkurrenzen und Vorbehalten. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, die Gemeinsamkeiten und Kooperationsmöglichkeiten von Schule, Jugendhilfe und anderen außerschulischen Bildungsakteuren systematisch auszuloten, dabei jedoch auch ihre Unterschiede und die Berechtigung ihres eigenständigen Agierens herauszustellen. Es gilt deutlich zu machen, dass ein Bildungsziel „bürgerschaftliches Engagement“ auch, jedoch nicht nur in der Schule Platz greifen muss und darf. Es geht vielmehr darum, die Komplexität und Vielschichtigkeit des Bildungsgeschehens anzuerkennen und solche Reformmodelle zu entwickeln, die unterschiedliche Lernorte und Logiken des Kompetenzerwerbs in neuer Form miteinander vernetzen.

3. Schule als demokratischer Ort und partnerschaftlich orientiertes Lernzentrum
Mit den folgenden zehn Thesen¹ zur gesellschaftlichen Bedeutung bürgerschaftlicher Bildung, zu den Chancen und Potenzialen von Engagement- und Partizipationsförderung in (Ganztags)Schulen sowie den dafür bestehenden bildungspolitischen und schulorganisatorischen Anforderungen sollen bürgerschaftliche Diskussionsimpulse in die aktuelle Bildungsreformdebatte eingebracht werden.

▲ *Bürgerschaftliches Engagement ist Bildungsfaktor und Bildungsort!* Fähigkeiten zur demokratischen Teilhabe und die Bereitschaft zur Verantwortungs-

übernahme bilden die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Gesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bürgerschaftliches Engagement ist gleichzeitig Bildungsort: Die Mitwirkung in Vereinen, Projekten und Initiativen eröffnet Möglichkeiten für ein informelles Lernen in lebensweltlichen Zusammenhängen. Dabei steht der Erwerb von Wissen in engem Zusammenhang mit der Aneignung bürgerschaftlicher Kompetenzen.

▲ *Das Lernen von „Bürgerschaftlichkeit“ muss frühzeitig ermöglicht werden!* Bürgerschaftliche Verhaltensdispositionen werden in Kindheit und früher Jugend entwickelt. Frühzeitige Engagement- und Demokratieförderung ist daher eine Aufgabe sowohl der Familie als auch der pädagogischen Institutionen und Einrichtungen. Dabei kommt der Schule als pädagogischer Ort, der tendenziell alle Kinder und Jugendlichen erreicht, eine herausragende Bedeutung zu. Die Entwicklung sozialer Kompetenzen und die Ausprägung von Gemeinsinn sind jedoch bislang erst ansatzweise in den Kernbereichen des schulischen Auftrags verankert.

▲ *Civic Education ist Teil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags!* Ein modernes Bildungsverständnis der Schule muss heute davon ausgehen, nicht nur kognitives Wissen, sondern auch soziales Lernen und Kompetenzen wie Kommunikations-, Kooperations- und Teamfähigkeit, Empathie und soziales Verantwortungsbewusstsein zu vermitteln. Schule kann dafür Lern- und Erfahrungsräume zur Verfügung stellen, die die Herausbildung von Engagementbereitschaft und -motivation sowie demokratischer und zivilgesellschaftlicher Handlungsorientierungen junger Menschen fördern. Civic Education gilt es als selbstverständlichen und gleichberechtigten Teil in den schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag zu integrieren.

▲ *Bildung braucht sozialpädagogische und bürgerschaftliche Perspektiven!* Einem umfassenden Anspruch von Bildung kann die Schule allein nicht gerecht werden. Es ist vielmehr geboten, schulische und außerschulische Bildungspotenziale bei der Gestaltung von Bildungsprozessen neu aufeinander zu beziehen. Ein umfassendes Lern- und Bildungskonzept geht von einem engen Zusammenspiel der unterschiedlichen Bildungsinstitutionen, Bildungsorte, Bildungsaufgaben und Bildungsprozesse aus und bringt sie in ein neues Verhältnis, das Kindern und Jugendlichen optimale Bildungs- und Teilhabechancen bietet, sie auf die Bewältigung von Anforderungen des Alltags und der Zukunft vorbereitet und für eine gelingende Lebensführung rüstet. **Bildungsziel**

auf die Entwicklung allgemeiner Lebensführungs- und Bewältigungskompetenz. Ein Bildungskonzept, das dieser weiten Zielperspektive verpflichtet ist, umfasst gleichauf mit Aufgaben der kulturellen und materiellen Reproduktion auch Aspekte der sozialen Integration und des sozialen Lernens (*Rauschenbach; Otto 2004, S. 20 ff.*). Dafür ist es erforderlich, das Zusammenspiel von Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe sowie vielfältiger weiterer gesellschaftlicher Akteure und Bildungsgelegenheiten neu zu gestalten.

▲ *Unterschiedliche Fachdiskurse gilt es zusammen zu bringen und synergetisch zu verknüpfen!* Die Diskussionen um Partizipation, Engagementförderung, ein umfassendes Bildungsverständnis und Ganztagschule als kooperativ gestalteter Lern- und Lebensraum werden gegenwärtig nahezu als parallele Entwicklungen betrachtet, obgleich sie unmittelbare konzeptionelle Verknüpfungsmöglichkeiten bieten, die für eine innovative Gestaltung von Bildungsbedingungen junger Menschen künftig stärker zu betonen und in ihren Koppelungschancen zu nutzen sind. Ihre enge Verknüpfung, die sich in einem bürgerschaftlich orientierten Leitbild der (Ganztags-)Schule ausdrücken könnte, würde die Ansprüche der einzelnen Debatten in ihrer Intensität, Konsequenz und praktischen Implementierung deutlich steigern.

▲ *Ganztagschule eröffnet Potenziale der Förderung von Partizipation und Bürgerengagement!* Zu den *indirekten* Ermöglichungsfaktoren zählen insbesondere erweiterte Raum- und Zeitkonzepte, ein integratives, kooperationsoffenes Leitbild sowie eine ganzheitliche, lebensweltorientierte Gestaltungsperspektive der Ganztagschule. *Direkte* Chancen für Engagement- und Partizipationsförderung liegen in der Innovation der Lehr- und Lernkultur, in konkreten Konzepten der Civic Education und Community Education sowie der äußeren Öffnung der Ganztagschule für Kooperationen und Partnerschaften mit der Jugendhilfe und vielfältigen anderen Akteuren, Einrichtungen und Organisationen der Bürgergesellschaft.

▲ *Partizipation und Bürgerengagement eröffnen Chancen für die Gestaltung von Ganztagschulen!* Potenziale der Partizipations- und Engagementförderung in und durch die Ganztagschule entfalten sich nicht automatisch. Notwendig sind ihre konzeptionelle Herausstellung und die operative Übersetzung bestehender Potenziale in konkreten Konzepten und Projekten. Dafür gibt es keine Standardvorlagen. Die Analyse der jeweiligen Bedingungen und Besonderheiten der Einzelschule ist Ausgangspunkt für die Entwicklung altersgerechter Lern- und Erpro-

bungssituationen mit Ernstcharakter. Die Gestaltungsmöglichkeiten dafür steigen mit dem Organisationsgrad des Ganztags schulbetriebs. Als entscheidend erweist sich der erreichte Grad an Integriert-heit von Civic Education in der Schule.

▲ *Konzeptionelle Verankerung demokratischer Prinzipien im pädagogischen Selbstverständnis der Schule!* Konzepte der Partizipations- und Engagementförderung in und durch die (Ganztags)Schule entfalten ihre Potenziale umso intensiver, je mehr sie und die mit ihnen verbundenen bürgerschaftlichen Intentionen selbstverständlicher Teil der Schulkultur, des schulischen Selbstverständnisses, der Schulphilosophie sind. Die Verankerung bürgerschaftlichen Engagements im schulischen Leitbild drückt sich darin aus, dass das Bildungsziel von „kompetenten Bürgern“, also Fähigkeiten zur Kooperation mit anderen für ein gemeinsames Anliegen und die Vertrautheit mit demokratischen Regeln, Verfahren und Institutionen, in den pädagogischen Konzepten aufgewertet werden und gleichauf mit kognitiven Dimensionen des Lernens Beachtung erfahren (*Enquete-Kommission* 2002, S. 550 f.). Dieser Anspruch muss als Prinzip im Schulalltag spür- und erfahrbar sein und sich als Element der Schulkultur entfalten. Es geht damit letztlich um eine nachhaltige Einbindung von Civic Education in den Bildungsauftrag der Schule.

▲ *Ein bürgerschaftliches Leitbild von Schule!* Ein bürgerschaftliches Leitbild von Schule zeichnet sich durch eine enge Verknüpfung und Kombination von Strategien der inneren und äußeren Öffnung der Schule aus (*ebd.*). Wege der inneren Öffnung zielen darauf ab, durch neue Formen des Unterrichts und Lernens Prinzipien wie Handlungsorientierung, eigenständiges und verständnisintensives Lernen zu stärken und dabei Erfahrungen der demokratischen Mitbestimmung und der Verantwortungsübernahme in realen Handlungs- und Entscheidungssituationen zu ermöglichen. Gleichzeitig geht es um die demokratische Gestaltung des Schulalltags insgesamt durch beispielsweise die Aufwertung der Rolle von Schüler- und Elternvertretungen, die Stärkung von Begegnungs- und Kooperationsformen und von gemeinsamem Engagement von Schülern und Schülerinnen, Lehrenden und Eltern. Strategien der äußeren Öffnung zielen auf die Einbettung der Schulen in das umliegende Gemeinwesen, ihre Integration in die lokale Bürgergesellschaft. Durch die enge Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und auch Wirtschaftsunternehmen können schuluntypische Zugänge und Sichtweisen in Prozesse des schulischen Lernens und Lebens einbezogen werden. Dadurch

erfährt die Schule eine lebensweltliche Öffnung und Bereicherung. Sie kann dadurch gleichzeitig für Aktivitäten und gemeinschaftliches Leben der Gemeinde aufgeschlossen werden und sich zu einem Zentrum des Gemeinwesens entwickeln. In diesem Zusammenhang geht es auch um den Aufbau vielfältiger Partnerschaften und Bündnisse, die Brücken zwischen Schule und lokaler Bürgergesellschaft bauen, zusätzliche Kompetenzen und Ressourcen erschließen und neue Formen der Zusammenarbeit zu gegenseitigem Vorteil ermöglichen. Kern eines bürgerschaftlich orientierten Leitbildes von Schule ist ein Selbstverständnis von ihr als demokratischem Ort und partnerschaftlich orientiertem Lernzentrum im Gemeinwesen (*Evers* u.a. 2002). Dieses Leitbild eröffnet insbesondere der Ganztagschule weit reichende Gestaltungsoptionen.

▲ *Die Förderung von Partizipation und Bürgerengagement als Gestaltungsziel in sämtlichen Schulen und Schulformen etablieren!* Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sind sowohl in ihren pädagogischen Potenzialen für die Gestaltung von Schule und Lernen als auch in ihrer Bedeutung als Bildungsziel keineswegs auf ganztägige Formen der Schulorganisation beschränkt. Sie können und sollen im Gegenteil in sämtlichen Schulformen und -arten ihren Niederschlag finden. Durch eine Beschränkung auf einzelne Schulformen oder Bildungsgänge würde Partizipation – entgegen der mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Intention – soziale Selektivität sogar verstärken statt Integration zu fördern. Von daher muss es ein gesellschaftliches Anliegen und Ziel sein, Teilhabe und Mitbestimmung im gesamten Bildungs- und Schulsystem als pädagogisches Prinzip und Bildungsfaktor zu verankern.

Anmerkung

1 Die Thesen basieren auf einer Expertise im Auftrag des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“, die von den Autoren im Juni 2005 vorgelegt wurden (*Hartnuß; Maykus* 2005).

Literatur

- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“** (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen 2002
- Evers, A.** u.a.: Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen. Berlin 2002
- Hartnuß, B., Maykus, S.:** Mitbestimmen, mitmachen, mitgestalten. Entwurf einer bürgerschaftlichen und sozialpädagogischen Begründung von Chancen der Partizipations- und Engagementförderung in ganztägigen Lehrarrangements. Expertise im Auftrag des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“. Münster 2005
- Holtappels, H.G.:** Ganztagerziehung als Gestaltungsrahmen der Schulkultur – Modelle und Perspektiven für ein zeitgemäßes

Bes Schulkonzept. In: ders. (Hrsg.): Ganztagserziehung in der Schule. Opladen 1995, S. 12-48

Holtappels, H.G.: Beteiligung von Kindern in der Schule. In: Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Kinderreport Deutschland. München 2004

Olk, T.: Jugendhilfe und Ganztagsbildung. Alte Rollenzuweisungen oder neue Perspektiven? In: neue praxis 6/2004, S. 532-542

Otto, H.-U.; Coelen, T. (Hrsg.): Grundbegriffe der Ganztagsbildung. Beiträge zu einem neuen Verständnis in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden 2004

Rauschenbach, T.; Otto, H.-U. (Hrsg.): Die neue Bildungsdebatte. Chance oder Risiko für die Kinder- und Jugendhilfe? In: Otto, H.-U.; Rauschenbach, T. (Hrsg.): Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen. Wiesbaden 2004, S. 9-29

Rauschenbach, T.: Schule und bürgerschaftliches Engagement – zwei getrennte Welten? Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung. In: Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel (in) der Schule. Fachtagung am 29./30.10.2004 in Mainz. Berlin 2005

Rekus, J.: Theorie der Ganztagschule – praktische Orientierungen. In: Ladenthien, V.; Rekus, J. (Hrsg.): Die Ganztagschule. Alltag, Reform, Geschichte, Theorie. Weinheim/München 2005, S. 279-297

Sliwka, A.: Service Learning: Verantwortung lernen in Schule und Gemeinde. In: Edelstein, W.; Fauser, P. (Hrsg.): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Berlin 2004

Zum Berufsbild in der Sozialen Arbeit

Das berufliche Selbstverständnis und seine Unschärfen

Rosemarie Karges; Ilse M. Lehner

Zusammenfassung

Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen definieren ihre berufliche Identität überwiegend über die Beschreibung ihres alltäglichen Handelns. Auf Grund der Vielfalt der Arbeitsfelder konnte bisher kein einheitliches Berufsbild Soziale Arbeit entstehen. Dies wirkt sich hemmend auf die Weiterentwicklung einer beruflichen Identität aus. Im Interesse eines reflexiven und bewussten Selbstverständnisses stellt sich die Aufgabe, bereits in der Ausbildung herauszuarbeiten, wie eine zeitgemäße übergreifende und nicht nur arbeitsfeldbezogene berufliche Identität aussehen kann, wie sie zum Beispiel der *Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit* (2005) formuliert.

Abstract

Social Workers and Social Pedagogues define their professional identity predominantly by describing their everyday actions. Due to the diversity of fields of work, it was impossible to develop a consistent job description of Social Work up to now. This fact inhibits the further development of a professional identity. On behalf of a reflexive and sensible self-conception, the task of defining a contemporary and comprehensive professional identity (not only relating to the field of work) should already be addressed during the educational period, how it is for example phrased by *Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit* (2005).

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit - Berufsbild - Definition - Befragung - Selbstverständnis

1. Einleitung

Kaum einer Fachkraft für Sozialarbeit fällt es leicht, fachfremden Personen das Berufsbild Soziale Arbeit zu erklären. Soziale Arbeit wird nach *Wilhelm Klütsche* (1998) überall dort verrichtet, wo andere Professionen versagen. Sie ist dort vonnöten, wo eine „widersprüchliche, überfordernde, eben konflikt hafte Situation“ vorliegt. Soziale Arbeit hat einerseits ihre eigenen Bezugssysteme – Fachlichkeit und Ethik – und übernimmt andererseits einen gesellschaftlichen Auftrag, innerhalb dessen sie auf Rahmenbedingungen verwiesen ist. *Klütsche* beschreibt den gesellschaftlichen Beitrag der Sozialen Arbeit als eine notwendige und nützliche Dienstleistung, die sich

um Integration, Partizipation und Teilhabe ihres Klientels bemüht (ebd.). Nachdem in den 1990er-Jahren der ökonomische Einbruch auch im Sozialbereich offensichtlich wird, sieht *Wolf Rainer Wendt* (zitiert nach *Straub 2002, S.17*) die Soziale Arbeit vor die Frage gestellt, „was an ihr sozial bleibt“ – eine Frage, die ihre Identität betrifft.

1997 wurden fachliche Standards in der Sozialpädagogik und in der Sozialen Arbeit in einer Stellungnahme der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter* (1997) dokumentiert. Die berufliche Tätigkeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen ist arbeitsfeld- und arbeitsplatzabhängig unterschiedlich: Sie begleiten im Alltag, intervenieren in Krisensituationen und motivieren zu Eigeninitiative, leisten problemzentrierte Beratungsarbeit, indem sie Wissenslücken füllen, Alternativen aufzeigen und Entscheidungshilfen geben. Auch im sozialtherapeutischen Kontext werden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter tätig, so in der Rehabilitation, in Beratungsstellen und in Einrichtungen des Strafvollzugs. Als Sachbearbeiter und Planerinnen erfassen und interpretieren sie soziale Sachverhalte. Unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsgrundlagen und Vorschriften ermitteln sie den Bedarf an materieller, persönlicher und finanzieller Unterstützung und beschaffen beziehungsweise vermitteln diese. Als Koordinierende und Organisierende planen, leiten und koordinieren sie in und zwischen sozialen Einrichtungen. Sie arbeiten in Gremien, entwickeln Netzwerke und leisten Öffentlichkeitsarbeit (*Bundesagentur für Arbeit 2005*).

Diese Breite und Vielfalt der Arbeitsfelder bedeuten ein generelles Strukturproblem für die Profession Soziale Arbeit. Auf Grund dieser Breite haftet ihr etwas Unspezifisches und auch Naturwüchsiges an, was bewirkt, dass Grenzen zu benachbarten Berufen, aber auch zur Laien- oder Ehrenamtlichenarbeit als fließend wahrgenommen werden. Dies nährt das verbreitete Vorurteil, Soziale Arbeit sei eine Tätigkeit, die jeder oder jede kann. Aus dieser Allzuständigkeit resultiert oft Unsicherheit hinsichtlich der eigenen beruflichen Ein- und Wertschätzung. *Regine Gildemeister* (1996) bezeichnet dies als „die Schwierigkeit, Kompetenzansprüche in Bezug auf Probleme des täglichen Lebens durchzusetzen, die beim Laienpublikum nicht die dafür benötigten besonderen Fähigkeiten sichtbar werden lässt“. Dies alles führt dazu, dass das Bild vom Beruf unscharf und nicht eindeutig zu fassen ist – nicht einmal für die Berufsgruppe selbst. Wird Berufsbild als Image, als Beschreibung der berufsspezifischen Qualifikationen, Anforderungen und Sollvorschriften definiert, so

könnte die Existenz eines klar umrissenen Berufsbildes zu einer größeren Statussicherheit und zu einer besser ausgeprägten beruflichen Identität beitragen. Denn – so ist seit langem immer wieder zu hören und zu lesen – Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen fehle diese berufliche Identität. Als Ursache dafür gelten neben der Vielfalt der Arbeitsfelder die Hausarbeitsnähe Sozialer Arbeit (*Klewitz u.a. 1998*), die Dominanz der Frauen im Beruf,¹ die nicht vorhandene klare Definition des Basiswissens, über das alle Fachkräfte für Soziale Arbeit zu verfügen haben, die noch nicht ausreichend ausdifferenzierte und eigenständige Fachwissenschaft (*Karges; Lehner 2005*) wie auch das ungeklärte, als ungleich empfundene Verhältnis zu Expertinnen und Experten aus anderen Bereichen, auch als Kolonisierung der Sozialen Arbeit bezeichnet.²

2. Berufliche Identität

Heiko Kleve (2000) beschreibt Soziale Arbeit als eine von vielfältigen Ambivalenzen durchwachsene Profession, was ein „Kennzeichen für ihre Identität der Identitätslosigkeit“ sei. Er sieht diese Identität „im permanenten Übergang“ (ebd., S. 138). Somit seien die „sozialarbeiterischen Ambivalenzen weder zu eliminieren noch passiv einfach nur auszuhalten“ (ebd., S. 139). Bezogen auf die Persönlichkeit schreibt *H. Feind* der Identität gerade in Zeiten rascher Entwicklung und sozialen Wandels zahlreiche Funktionen zu: beispielsweise „Verleihung von Zielbezug und Sinn ...“, die Stiftung von Kohärenz des Handelns ..., schließlich die Möglichkeit, sich von anderen sowohl als selbständiges Individuum abzusetzen als auch sich mit ihnen unter gemeinsamen Zielen zu solidarisieren“ (zitiert nach *Silbereisen; Schmitt-Rodermund 1998*). Identität kann somit beschrieben werden als ein „System von Zielen, Werten und Überzeugungen“ (ebd., S. 386), das einem persönlich wichtig ist und dem der oder die Einzelne sich verpflichtet fühlt. Sie hat Funktionen wie „Wahrung der Kontinuität von der Vergangenheit in die erwartete Zukunft, Verleihung von Zielbezug und Sinn ...“ (ebd., S. 385).

Berufliche Identität kann verstanden werden als das Gefühl der Zugehörigkeit zu und der Einigkeit mit einer bestimmten Berufsgruppe, als das Bewusstsein des eigenen berufsspezifischen Könnens, das Wissen um die Fähigkeit zur Bewältigung berufsspezifischer Anforderungen sowie berufsbezogener perspektivischer Überlegungen. Für viele Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen stellt sich die Frage nach der beruflichen Identität nicht. Sie wird eher als überflüssig empfunden. Für andere von ihnen scheint das Zurechtkommen mit solchen Ambivalen-

zen, das heißt mit vielfältigen Identitäten schwierig zu sein, was Auswirkungen zum Beispiel im sozial- und standespolitischen Bereich hat.

3. Zur Existenz und zum Gehalt eines Berufsbilds der Sozialen Arbeit

Wir führten vor einiger Zeit eine Untersuchung durch, die unter anderem Aufschlüsse über die Einschätzung von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen bezüglich ihres Berufsbildes geben sollte.³ Gefragt wurde beispielsweise danach, ob für sie ein solches existiert, ob sie es für wichtig halten, wie sie es beschreiben und welche Erklärungen sie für das Fehlen eines Berufsbildes haben. Auffälliges Merkmal bei der Beantwortung der Fragen war, dass im völligen Gegensatz zu den anderen Themenbereichen der Untersuchung⁴ hier durchgängig die Anzahl der Befragten, die entweder keine Angaben machten oder sich noch keine Meinung zu den entsprechenden Fragen gebildet hatten, außerordentlich hoch war.

3.1 Existenz des Berufsbilds

Nur für etwas mehr als ein Drittel der Befragten ist ein Berufsbild vorhanden und wichtig (35,3 Prozent). Es wird umschrieben mit Beratung über soziale Hilfen (30,7 Prozent), unterstützende Arbeit (29,9 Prozent) und Hilfe zur Selbsthilfe (26,8 Prozent). Allerdings vermeint fast ein Drittel der Befragten (31,4 Prozent) die Existenz eines Berufsbilds Soziale Arbeit und auffällig viele Personen – 33,3 Prozent – beziehen keine Stellung.

In Beantwortung der Frage, ob Soziale Arbeit ein Berufsbild *hat*, unterscheiden sich Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen aus den alten und neuen Bundesländern erheblich: In den neuen Ländern sind 42,9 Prozent der Berufsangehörigen der Auffassung, dass Soziale Arbeit ein Berufsbild hat, in den alten Bundesländern dagegen nur 32,8 Prozent. Die Ansicht, Soziale Arbeit habe kein Berufsbild, vertreten 36,4 Prozent aus den alten Bundesländern, aber nur 15,9 Prozent aus den neuen Ländern. Diese unterschiedlichen Auffassungen könnten damit zusammenhängen, dass die Befragten aus den neuen Bundesländern ihre Ausbildung häufig erst nach der Wende abgeschlossen haben und Fragen des Berufsbilds in den letzten Jahren in der Ausbildung wie auch in der Fachliteratur eher thematisiert wurden als früher. 41,3 Prozent der Befragten aus den neuen Bundesländern wissen nicht, ob Soziale Arbeit ein Berufsbild hat, oder gaben keine Antwort (im Vergleich dazu 30,7 Prozent aus den alten Bundesländern). Anzunehmen ist, dass diese – eher übergeordnete – Problematik nicht interessiert, in der beruflichen Praxis nicht von Belang ist und solche

Fragen von Definitionen vielleicht eher andere Zielgruppen wie Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen und Lehrende in der Ausbildung interessieren als praktisch Tätige.

Beschäftigte bei freien Trägern (36,3 Prozent) scheinen ein etwas klarer umrissenes Berufsbild zu haben als Beschäftigte bei öffentlichen Trägern (32,9 Prozent). Der Anteil derjenigen, die mit „Ich weiß es nicht“ antworteten, ist bei öffentlichen Trägern (34,2 Prozent) deutlich höher (freie Träger 22,9 Prozent). Dies könnte auch mit einer Leitbilddiskussion zusammenhängen, die freie Träger im Zuge einer notwendigen Profilbildung eher und intensiver begonnen haben als öffentliche Träger. Diese Leitbilddiskussion beinhaltet sicher auch Aspekte des typisch Sozialarbeiterischen einer Konzeption, also auch Aspekte des Berufsbilds.

3.2 Merkmale und Gehalt des Berufsbilds

Wenn Professionelle aus der Praxis der Sozialarbeit ihren Beruf erklären sollen, dann stellen sie (28,6 Prozent) meist das eigene Arbeitsgebiet vor (*Hewig-Lempp* 2003). 26,7 Prozent erläutern das Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit generell. 5,1 Prozent geben keine eindeutige Erklärung und die Mehrheit von 39,6 Prozent macht zu dieser Frage keine Angaben. Berufsangehörige aus den alten Bundesländern erklären ihren Beruf häufiger über das eigene Arbeitsgebiet (aB 30,2 Prozent, nB 23,8 Prozent), während Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen aus den neuen Ländern wesentlich öfter als Erklärung das Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit vorstellen (36,5 Prozent) als Befragte aus den alten Bundesländern (23,4 Prozent). Beschäftigte bei einem öffentlichen Träger stellen fachfremden Personen ihren Beruf über das eigene Arbeitsgebiet vor (öT 40,8 Prozent, fT 23,5 Prozent) und deutlich weniger häufig das Arbeitsgebiet der Sozialen Arbeit insgesamt (öT 25,0 Prozent, fT 27,4 Prozent).

30,7 Prozent der Befragten definieren das Berufsbild der Sozialen Arbeit als „Beratung über soziale Hilfen“, das heißt sie beschreiben, woraus ihre alltäglichen Tätigkeiten und Arbeitsvollzüge bestehen. 29,9 Prozent charakterisieren das Berufsbild als „unterstützende Arbeit“, 26,8 Prozent als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die letzten beiden Angaben stellen übergeordnete Ziele und Leitziele der Sozialen Arbeit dar. 12,6 Prozent der Befragten sagen aus, dass das Berufsbild je nach Schwerpunkt und Zielgruppe der Arbeit sehr unterschiedlich sei. Diese Aussagen deuten darauf hin, dass ein zielgruppen- und arbeitsfeldspezifisches Berufsbild Grundlage des beruflichen Selbstverständnisses ist. Es ist zu vermuten, dass je

konkreter das Aufgabenfeld ist, desto aufgabenspezifischer das Berufsbild benannt wird. Wenn es zum Beispiel Aufgabe der Fachkräfte ist, über soziale Hilfen zu beraten, dann wird als Profil des Berufsbilds beratende Tätigkeit angegeben.

Frauen und Männer in der Sozialarbeit unterscheiden sich nicht nennenswert in ihrer Sicht bezüglich des Berufsbilds, allenfalls darin, dass Männer das Berufsbild häufiger über Hilfe zur Selbsthilfe (Frauen 25 Prozent, Männer 30,8 Prozent) definieren. Werden die Angaben, in denen das Berufsbild über das übergeordnete Leitziel beziehungsweise die Eckpfeiler der Sozialen Arbeit definiert wird, nämlich unterstützende Arbeit und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, verglichen, so ergibt dies bei den männlichen Berufsangehörigen 64,1 und bei Frauen 53,4 Prozent. Sozialarbeiter definieren also das Berufsbild deutlich häufiger über die übergeordneten Ziele und Leitziele der Arbeit als ihre Kolleginnen. Frauen hingegen bestimmen es eher zielgruppen- und arbeitsfeldspezifisch. Die Befragten aus den alten und neuen Bundesländern ähneln sich grundsätzlich in ihrem Verständnis bezüglich des Berufsbilds. Unterschiede gibt es in der Auffassung, dass es je nach Schwerpunkt und Zielgruppe sehr unterschiedlich sei (aB 14 Prozent, nB 7,4 Prozent). Beschäftigte bei öffentlichen Trägern definieren das Berufsbild etwas häufiger als Beratung über soziale Hilfen (fT 28,9 Prozent, öT 34,1 Prozent).

Der Auffassung, dass das Berufsbild je nach Schwerpunkt und Zielgruppe sehr unterschiedlich sei, sind 15,7 Prozent der Beschäftigten bei freien Trägern und 6,8 Prozent der Personen, die bei einem öffentlichen Träger angestellt sind. Dass die Beschäftigten eines öffentlichen Trägers häufiger der Meinung sind, dass das Berufsbild als Beratung über soziale Hilfen zu definieren sei, kann damit zusammenhängen, dass dies ihrem konkreten Aufgabenfeld entspricht, und dass sie gemäß ihrer Arbeitsplatzbeschreibung Beratung über soziale Hilfen ausüben. Freie Träger haben hingegen in der Regel mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten und Zielgruppen der Sozialen Arbeit zu tun, was erklärt, dass das Berufsbild dort auch häufiger darüber definiert wird (fT 15,7 Prozent, öT 6,8 Prozent).

4. Fehlt ein Berufsbild?

Die Mehrheit der Befragten erklärt das Fehlen eines Berufsbildes Soziale Arbeit mit der Vielfalt der Arbeitsfelder (80 Prozent). Der Auffassung, dass der Beruf sich unter Wert verkaufe, sind 8,2 Prozent der Befragten. 5,9 Prozent sind der Überzeugung, dass Soziale Arbeit deshalb kein Berufsbild habe, weil sie

jeder ausüben könne, und weitere 5,9 Prozent der in der Sozialen Arbeit Beschäftigten geben an, dass der Beruf seine Professionalisierung verpasst habe. Sozialarbeiterinnen sind häufiger der Auffassung, dass sich der Beruf unter seinem Wert verkaufe (Frauen 10,3 Prozent, Männer 3,7 Prozent). Umgekehrt sind ihre männlichen Kollegen häufiger der Überzeugung, dass der Beruf seine Professionalisierung verpasst habe (Frauen 3,4 Prozent, Männer 11,1 Prozent). Die Ansicht, dass Soziale Arbeit eine Tätigkeit sei, die jeder ausüben könne, und die Tatsache, dass diese Überzeugung etwas häufiger von Frauen (6,9 Prozent im Vergleich zu Männern 3,7 Prozent) geäußert wird, deutet darauf hin, dass in der Sozialen Arbeit einerseits frauenspezifische Kompetenzen gefragt sind, aber ein Teil der Sozialarbeiterinnen diese als Qualitäten nur in geringerem Umfang wertschätzen. Hieraus ergibt sich eine Aufgabe für die Ausbildung im Bereich Sozialer Arbeit, das jeweils fachspezifische deutlich herauszustellen, also den professionellen Anteil des beruflichen Handelns im Unterschied zur Unterstützung im privaten Umfeld. Erst wer die eigene Arbeit als professionelle Soziale Arbeit versteht, kann diese auch selbstbewusst als Profession vertreten.

Dass der Beruf sich unter seinem Wert verkaufe, stellen nur die Befragten aus den alten Bundesländern fest (aB 9,3 Prozent, nB 0 Prozent). Vielleicht haben die Berufsangehörigen aus den neuen Bundesländern mehr berufliches Selbstbewusstsein: Soziale Arbeit war nach der Wende ein Beruf, der in der Beliebtheitskala sehr hoch rangierte, ein anerkannter Beruf, den man durchaus erlernen muss und den eben nicht jeder kann!⁵ Andererseits sind die Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen aus den neuen Bundesländern häufiger der Auffassung, dass dieser Beruf seine Professionalisierung verpasst habe (aB 5,3 Prozent, nB 10 Prozent). Die Befragten, die bei einem freien Träger angestellt sind, erklären – entsprechend der Vielfalt ihrer Tätigkeitsbereiche – das Fehlen eines Berufsbildes zu 82,5 Prozent mit der Anzahl und Vielfalt der Arbeitsfelder (fT 82,5 Prozent, öT 75 Prozent). Die Beschäftigten der öffentlichen Träger sind häufiger der Überzeugung, dass Soziale Arbeit kein Berufsbild hat, weil der Beruf seine Professionalisierung verpasst habe (fT 3,5 Prozent, öT 10,7 Prozent).

4.1 Charakteristika des Berufsbilds

Zwar definiert *Heiko Kleve* (2000) Soziale Arbeit als eine postmoderne Profession „ohne Eigenschaften“, die von uns befragte Berufsgruppe fand jedoch vielerlei Zuschreibungen für die Soziale Arbeit (siehe Abbildung). Auf der Suche nach Merkmalen des Berufes überwiegen bei weitem die positiven Zuord-

nungen, sie werden zu 80 Prozent genannt, negative zu 20 Prozent. Als wichtigste positive Charakterisierungen des Berufes werden benannt: Der Beruf bietet vielfältige Arbeitsbereiche (23,6 Prozent), er bietet alltags- und lebenspraktische Hilfen (19,5 Prozent), er ist Lobby für benachteiligte Menschen (14,7 Prozent), er kann Strukturen verändern (7,9 Prozent) und er ist eine erfüllende Aufgabe (7,8 Prozent). Außerdem gehört es zum Charakteristikum Sozialer Arbeit, dass sie sich mit so genannten Randgruppen identifiziert (5,5 Prozent der Befragten, siehe hierzu Engelke 1996). Als negative Charakteristika des Berufes werden angeführt, dass Soziale Arbeit kaum sichtbare Erfolge vorweisen könne (8,5 Prozent) und ein Fass ohne Boden sei (7,8 Prozent).

relles (Abhängigkeits)Problem des Berufes hin: Soziale Arbeit kann tief greifende sozialpolitische Problemlagen (Armut, Erwerbslosigkeit und andere) nicht aus eigener Kraft beseitigen. Andererseits setzt das Sichtbarwerden von Erfolgen voraus, dass klare Ziele und Teilziele der Arbeit definiert werden können. Eine Voraussetzung für Erfolg ist das Herausstellen derselben (was will ich erreichen?) und das Vergleichen mit den erreichten Ergebnissen beziehungsweise die Auswertung des Prozesses und der Ergebnisse (Reflexion). Dies gilt auch für die Auffassung, dass Soziale Arbeit ein Fass ohne Boden sei. Wird Soziale Arbeit auf einzelne, nicht zusammenhängende Hilfen konzentriert, so unterliegt sie tatsächlich dieser Gefahr. So wird zum Beispiel oft von

Welches Bild haben Sie selbst von Ihrem Beruf?

Bietet vielfältige Arbeitsbereiche	23,6 %
Bietet alltags- und lebenspraktische Hilfen	19,5 %
Ist Lobby für benachteiligte Menschen	14,7 %
Hat kaum sichtbare Erfolge	8,5 %
Kann Strukturen verändern	7,9 %
Ist Fass ohne Boden	7,8 %
Ist eine erfüllende Aufgabe	7,8 %
Identifiziert sich so genannten Randgruppen	5,5 %
Hat geringe Wertigkeit von Einzelaufgaben	3,6 %
Ist sinnvoll, wenn Ressourcen vorhanden sind	0,7 %
Ermöglicht Sammeln von Lebenserfahrung	0,1 %
Dient der Systemerhaltung	0,1 %

n=963 (255) Mehrfachnennungen

Die Querschnittsanalyse ergibt kaum Unterschiede. Allenfalls bei der Zuschreibung, dass Soziale Arbeit Strukturen verändern könne, trauen dies der Sozialen Arbeit 9,2 Prozent der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus den alten Bundesländern und nur 4,4 Prozent der Befragten aus den neuen Ländern zu. Vertretende der Berufsgruppe aus den neuen Bundesländern machen in ihrer Arbeit wahrscheinlich noch häufiger die Erfahrung, dass auf Grund finanzpolitischer Gegebenheiten nichts mehr geht und Strukturen als nicht veränderbar erscheinen.

Zusammenfassend lässt sich aus den Aussagen der Befragten folgendes Profil der Sozialen Arbeit zeichnen: Diese ist vielfältig in ihren Arbeitsbereichen, sie ist eine erfüllende Aufgabe, sie bietet sowohl alltags- als auch lebenspraktische Hilfen und ist gleichzeitig eine Lobby für benachteiligte Menschen, die Einfluss auf Strukturen nehmen kann. Die negativen Nennungen verweisen auf Schwachstellen des Berufes. Wenn zum einen geäußert wird, dass kaum sichtbare Erfolge vorweisbar sind, deutet dies auf ein struktu-

in der Praxis Tätigen geschildert, dass sie zwar alles tun können, um einen drohenden Wohnungsverlust durch die Übernahme von Mietschulden durch öffentliche Kassen zu verhindern, dass aber die weitergehende Verschuldungsproblematik nicht langfristig beseitigt werden kann, solange die Sicherung des Lebensunterhaltes durch eigenes Erwerbseinkommen nicht garantiert ist.

Deutlich wird durch die Befragung, dass es viele Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen gibt, die sich zu den Fragen eines Berufsbildes der Sozialen Arbeit nicht äußern. Möglicherweise ist diese Diskussion für sie nicht von Interesse. Es bleibt offen, ob dies daran liegt, dass die wissenschaftliche Fachdiskussion vielleicht zu abgehoben von der Praxis geführt wird, oder ob mehr als ein Drittel der Befragten sich nicht äußert, weil sie dieses Thema für die Praxis als unwesentlich betrachten.

5. Berufsbezeichnungen

Seit den 1990er-Jahren wurde in der Fachöffentlich-

keit verstärkt darüber diskutiert, ob Sozialpädagogik oder Sozialarbeit oder Soziale Arbeit die richtige Bezeichnung für den Beruf sei. Historisch gesehen steht die Sozialarbeit in der Nachfolge der Fürsorge und kann in diesem klassischen Sinne unterteilt werden in Jugendhilfe, Sozialhilfe und Gesundheitshilfe – hauptsächlich ausgeübt in Ämtern und Behörden. Sozialpädagogik hat die erzieherisch-jugendpflegerische Variante beibehalten, die sie seit der Weimarer Republik als ihre Hauptaufgabe sieht (Wendt 1995, Buchkremer 1995). Mit Abschluss des Studiums erhalten die Studierenden der Sozialen Arbeit ein Zeugnis, das sie je nach Bundesland entweder als Dipl.-Sozialarbeiter/in, Dipl.-Sozialpädagogin/ein, als Dipl.-Sozialpädagogin/ein oder aber als Dipl.-Sozialarbeiter/in ausweist. Die in Wissenschaftskreisen lange Zeit heftig geführte Diskussion um die Frage der Berufsbezeichnung Sozialarbeit, Sozialpädagogik oder Soziale Arbeit wird von Praktikerinnen und Praktikern häufig als unnützlich, der praktischen Arbeit wenig zuträglich und damit als überflüssig betrachtet.

In dem Umstand, dass es nicht einmal eine einheitlich genutzte Berufsbezeichnung in Deutschland gibt, könnte eine Ursache für Unsicherheiten bezüglich des eigenen Stellenwerts und für mangelnde Identitätsbildung liegen. Wir wollten deshalb wissen, ob sich die Befragten eher als Sozialarbeiter oder als Sozialpädagogin fühlen. 49,4 Prozent sehen sich eher als Sozialarbeiter, 28,6 Prozent eher als Sozialpädagogin, 5,1 Prozent ist es egal, welche Berufsbezeichnung sie führen, und 3,5 Prozent sind in dieser Frage unklar. 13,3 Prozent äußerten sich nicht.

Wie bei kaum einer anderen, zeigen sich in der Beantwortung dieser Frage, die im Rahmen der Erhebung gestellt wurde, geschlechtsspezifische Differenzen so deutlich. Frauen fühlen sich eher als Sozialarbeiterinnen (Frauen 54 Prozent, Männer 38,4 Prozent), Männer sehen sich häufiger als Sozialpädagogen als Frauen (Frauen 25,3 Prozent, Männer 37 Prozent). Frauen ist es häufiger gleichgültig, welche Berufsbezeichnung sie führen (Frauen 7,1 Prozent), Männern dagegen nicht (0 Prozent). Die Anzahl der Sozialarbeiter, die sich zu dieser Frage nicht äußern, ist erheblich höher als die der Sozialarbeiterinnen (Frauen 10,3 Prozent, Männer 20,5 Prozent).

Die Befragten aus den alten Bundesländern (aB 30,7 Prozent, nB 22,2 Prozent) fühlen sich häufiger als Sozialpädagogen als diejenigen aus den neuen Ländern, die mehr zur Berufsbezeichnung Sozialarbeiter tendieren (aB 46,3 Prozent, nB 58,7 Prozent). Aus diesen Antworten ergibt sich die Vermutung, dass in den neuen Bundesländern vielleicht aus Finanzie-

rungsgründen mehr die sozialarbeiterisch geprägten Tätigkeiten und weniger die pädagogisch-erzieherischen dominieren, weil 58,7 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern sich als Sozialarbeiter, Sozialarbeiterin fühlen und nur 22,2 Prozent als Sozialpädagogin, Sozialpädagogin. Vielleicht ist aber auch die Bezeichnung Sozialarbeiter die mittlerweile gängigere, die sich sprachlich eingeschlichen hat. Hierfür spricht, dass sich auch in den alten Bundesländern ein starkes Gefälle zeigt: 46,3 Prozent verstehen sich als Sozialarbeiter und nur 30,7 Prozent als Sozialpädagogin.

Interessant sind die gravierenden Unterschiede der Beschäftigten bei öffentlichen und bei freien Trägern. Die Beschäftigten bei öffentlichen Trägern sehen sich viel deutlicher als Sozialarbeiter (60,5 Prozent) als die Beschäftigten bei freien Trägern (44,7 Prozent). Letztere bezeichnen sich sehr viel häufiger als Sozialpädagogen (ft 33,0 Prozent) als die Beschäftigten öffentlicher Träger (öt 18,4 Prozent). Eine Erklärung könnte sein, dass Beschäftigte bei freien Trägern möglicherweise eher in erzieherisch- und bildungsorientierten Projekten tätig sind, während die Beschäftigten bei öffentlichen Trägern eher im historischen Sinne fürsorgliche Aufgaben, das heißt typisch sozialarbeiterische (Sozialarbeit in der Nachfolge von Fürsorge) ausüben. Andere Berufsbezeichnungen wie Mitarbeitende für soziale Fragen, soziale Manager, Managerin, Sozialtherapeuten oder Sozialwissenschaftler, -wissenschaftlerin halten nur verschwindend wenige Befragte für adäquat.

6. Tendenzen

Von vielen Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen wird die Frage nach der beruflichen Identität eher als überflüssig empfunden. Nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten hält ein Berufsbild für existent und wichtig. Fast ein Drittel kann dieses Berufsbild definieren, und zwar praxisbezogen als „Beratung über soziale Hilfen“, als „unterstützende Arbeit“ und als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Mehrheit der Befragten erklärt das Fehlen eines Berufsbildes Soziale Arbeit mit der Vielfalt der Arbeitsfelder. Wenn in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik Tätige fachfremden Personen ihren Beruf erklären sollen, dann stellen sie entweder das eigene Arbeitsgebiet vor oder generell das Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit (Herwig-Lempp 2003).

Als Charakteristika des Berufsbildes überwiegen bei weitem die positiven Zuschreibungen wie: Der Beruf bietet vielfältige Arbeitsbereiche für die in ihm Tätigen, er hält alltags- und lebenspraktische Hilfen für benachteiligte Menschen bereit und bildet eine

Lobby für sie, er kann Strukturen verändern und eine erfüllende Aufgabe sein.

7. Der Weg zu einer zeitgemäßen beruflichen Identität

Vielleicht ist es die Aufgabe heutiger Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, für ihren Beruf eine neue zeitgemäße berufliche Identität auf der Grundlage seiner geschichtlichen Herkunft – vom sozialen Ehrenamt zur professionellen Tätigkeit –, aber vor allem auf Grund seiner aktuellen Entwicklungen, die in hohem Maße von sozialpolitischen Gegebenheiten beeinflusst sind, zu entwickeln. Dies bedeutet für die Fachleute aus Praxis und Wissenschaft, der Frage nachzugehen, wie eine moderne berufliche Identität aussehen kann, was für diesen Beruf Selbstbewusstsein und Identität stiften kann und anderes mehr. Wichtig ist, herauszuarbeiten, was arbeitsfeldübergreifend identitätsstiftend sein kann. Soziale Arbeit wird oft als Patchworkberuf bezeichnet, der Chancen zur Freiheit und Flexibilität bietet und nicht in hohem Maße auf, immer wiederkehrende Tätigkeiten festlegt ist. Immer mehr wird die Qualität Sozialer Arbeit als Dienstleistung für die Gesellschaft betont. Wenn diese Dienstleistung angenommen wird, hat sie auch einen Wert, dessen sich Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen bewusst sein dürfen.

In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis von *Margrit Brückner* von Interesse. Sie beschreibt das Berufsprofil folgendermaßen: Soziale Arbeit zeichnet sich durch strukturelle Offenheit aus, die einen multiperspektivischen Ansatz, ein hohes Maß an Flexibilität und einen ständigen Perspektivenwechsel erfordert. Die Handlungsbedingungen und institutionellen Kontexte sind erheblich komplexer als in spezialisierteren Berufen. In der Sozialen Arbeit bedarf es zunächst einer systematisierenden Analyse, um die notwendigen Interventionen darauf aufzubauen. Dafür bedient sie sich ihrer interprofessionellen Kenntnisse (Verweisungswissen) und sozialpädagogischer Zusammenarbeit mit den Adressatinnen und Adressaten (*Brückner 2000*). Wie bei kaum einer anderen Profession kommt es darauf an, sich über die Grenzen der eigenen Fachwissenschaft hinaus die Erkenntnisse anderer wissenschaftlicher Disziplinen für die berufliche Praxis nutzbar zu machen und darüber hinaus im Interesse der jeweiligen Klientel das eigene Expertenwissen in die Kooperation und Vernetzung mit anderen Berufsgruppen einzubringen. Das Wissen um den Wert dieser Kompetenzen muss die Berufsgruppe selbst entwickeln!

Klischee kommt in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Berufstätige der Sozialen Arbeit im Rück-

blick auf die theoretische und praktische Berufsvorbereitung durch Studium und Ausbildung sich nur zur Hälfte theoretisch ausreichend auf ihre Tätigkeit und nur zu zirka 30 Prozent ausreichend praktisch vorbereitet fühlten (zitiert nach *Jungnickel 2001*). *Peter Lüssi* (1998) erklärt diesen Sachverhalt mit der „Summierung von Studiengebieten“, mit „fehlender Systematik“ und einer „willkürlichen Auswahl von Ausbildungsinhalten, woraus seiner Meinung nach keine eigene berufliche Identität entstehen kann. Dies sei nur von einer spezifischen Sozialarbeitslehre zu leisten, welche die vielfältigen Wissens- und Praxiselemente anderer Wissenschaften auf eine zentrale sozialarbeitseigene Berufstheorie hin konzentriert.

Um der Herausbildung einer beruflichen Identität einen angemessen hohen Stellenwert einzuräumen, gilt es bereits in der Ausbildung, eine arbeitsfeldübergreifende gemeinsame Berufsidentität bei den Studierenden aufzubauen. Dies könnte durch eine verstärkte Diskussion um die Sozialarbeitswissenschaft geschehen, eine engagierte Debatte über die Notwendigkeit und das Aussehen eines Berufsbildes und einer eigenständigen professionellen Identität, ein Herausstellen des spezifisch sozialarbeiterischen Beitrags für soziale Tätigkeiten (weshalb Sozialarbeit nicht von einer anderen Berufsgruppe und auch nicht von Laien geleistet werden kann), eine Konfrontation mit der beruflichen Identität und dem Status von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen in der Praxis. So könnte bereits die Ausbildung solchen Unsicherheiten entgegenwirken sowie das Theorie-Praxis-Verhältnis weiterentwickeln.

Anmerkungen

1 Das „Informationssystem STUDIENWAHL UND ARBEITSMARKT (ISA)“ an der Universität Essen hat für 2002 bei Absolvierenden des Studiums Soziale Arbeit einen Frauenanteil von 76 Prozent ermittelt. Siehe Info „Immer mehr studieren Sozialarbeit ...“ In: Sozialmagazin 7-8/2004, S. 9.

2 So schreibt Kleve, der Ursprung der Sozialarbeit aus der Ambivalenz verhindere, dass sie – im Gegensatz zu den klassischen Professionen – eine klar und eindeutig zu identifizierende Profession sein kann, vielmehr sei sie von ihrer Struktur her eine ambivalente Praxis, ein relativ ohnmächtiger, verwaltungsabhängiger und von mächtigen Professionen der Jurisprudenz, der Ökonomie, der Medizin und des Schuldienstes kontrollierter Arbeitsbereich (Kleve, Heiko: Soziale Arbeit und Ambivalenz. In: neue praxis 4/1999, S. 368).

3 Befragt wurden bundesweit 255 Personen dieser Berufsgruppe, die ihren Beruf nach Beendigung ihrer Ausbildung seit mindestens drei Jahren ausübten. Bei der Auswertung legten wir Wert auf eine querschnittsmäßige Betrachtung der Aussagen von Frauen und Männern, von in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik Tätigen aus den alten und den neuen Bundesländern sowie von Beschäftigten bei freien oder öffentlichen Trägern.

4 Im Rahmen der Untersuchung wurden unter anderem Faktoren ermittelt, die die Soziale Arbeit beeinflussen; Gegenstand waren des Weiteren professionelle Ansprüche und berufliche Realität; Stolpersteine in der Ausübung der beruflichen Praxis und andere mehr.

5 Ein Aufsatz von Werner Thole suggeriert dies provozierend durch die Überschrift: „Ansonsten kann diesen Job auch 'n Maurer machen“. In: Thiersch, Hans; Grunwald, Klaus 1995, 119 ff.

Literatur

- Brückner, Margrit:** Sozialarbeit – ein Frauenberuf? In: neue praxis 6/2000, S. 539-543
- Buchkremer, Hansjosef:** Handbuch Sozialpädagogik. Darmstadt 1995
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.):** Berufenet. Die Datenbank für Ausbildungs- und Tätigkeitsbeschreibungen. Dipl.-Sozialarbeiter/in (FH): Aufgaben/Tätigkeiten. Im Internet unter: <http://infobub.arbeitsagentur.de/berufe/berufld>, abgerufen am 6. Juli 2005
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (Hrsg.):** Stellungnahme. In: neue praxis 1/1997, S. 91 ff.
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.:** Berufsbild für Diplom-Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter. Im Internet unter: www.dbsh.de/Berufsbild.doc, abgerufen am 24.10.2005
- Engelke, Ernst:** Soziale Arbeit als Ausbildung. Studienreform und -modelle. Freiburg im Breisgau 1996
- Gildemeister, Regine:** Neuere Aspekte in der Professionalisierungsdebatte. In: neue praxis 3/1992, S. 207-219
- Gildemeister, Regine:** Professionalisierung. In: Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim/Basel 1996, S. 443
- Herwig-Lempp, Johanna:** Welche Theorie braucht Soziale Arbeit? In: Sozialmagazin 2/2003, S. 12-21
- Jungnickel, Melissa:** Berufsständische Interessenvertretung – für Soziale Arbeit kein Thema? Unveröffentlichte Diplomarbeit. Berlin 2001
- Karges, Rosemarie; Lehner, Ilse M.:** Soziale Arbeit und ihr Verhältnis zu ihrer Fachwissenschaft – ... zum Fehlen einer eigenständigen, anerkannten Fachwissenschaft. Berlin 2005, im Druck
- Kleve, Heiko:** Die Sozialarbeit ohne Eigenschaften. Freiburg im Breisgau 2000
- Klewitz, Marion u.a.:** Frauenberufe – hausarbeitsnah? Pfaffenweiler 1989
- Klüsche, Wilhelm:** Theorieentwicklung in der Sozialen Arbeit als Baustein des Identitätsbewusstseins von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen. In: Wöhrle, A. (Hrsg.): Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit. Herbolzheim 1998
- Lüssi, Peter:** Systemische Sozialarbeit. Bern 1998
- Silbereisen, P.K.;** Schmitt-Rodermund, E.: Entwicklung im Jugendalter: Prozesse, Kontexte und Ergebnisse. In: Keller, Heidi (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. Bern 1998, S. 385 f.
- Straub, Ute:** Sozialmanagement und Gender Mainstreaming – eine innovationsorientierte Verbindung. In: Sozialmagazin 11/2002, S. 16-21
- Thiersch, Hans; Grunwald, Klaus (Hrsg.):** Zeitdiagnose Soziale Arbeit. Weinheim/Basel 1995
- Wendt, Wolf Rainer:** Geschichte der Sozialen Arbeit. Stuttgart 1995

Adele Beerensson

Ihr Wirken für die Sozialarbeit in Berlin und Deutschland

Peter Reinicke

Zusammenfassung

Vor 125 Jahren wurde *Adele Beerensson* geboren. Sie gehörte zu den Frauen in Deutschland, die der professionellen Sozialarbeit, von Berlin ausgehend, den Weg ebneten. Neben ihrer Lehrtätigkeit übernahm sie berufspolitische Leitungsaufgaben und bemühte sich engagiert, dem jungen Frauenberuf der Sozialarbeiterin Anerkennung in der Gesellschaft zu verschaffen. 1933 emigrierte sie nach England, ihrem Geburtsland, und fand Arbeit im „Sara Pyke House“, einer jüdischen Einrichtung für Mädchen und Frauen in London.

Abstract

Adele Beerensson was born 125 years ago. She belonged to the women in Germany who paved the way for professional social work starting in Berlin. Apart from working as a teacher, she assumed leading professional political tasks and committed herself to making the female social worker a recognised young profession for women in society. In 1933, she emigrated to England, her country of origin, and found a job in „Sara Pyke House“, a Jewish institution for girls and women in London.

Schlüsselwörter

Sozialarbeit - Frauenbewegung - historische Entwicklung - Berufsverband - Ausbildung - Judentum - Großbritannien - soziale Persönlichkeit

Einleitung

Adele Beerensson gehört zu den Frauen in Deutschland, deren Wirken heute, auch in Fachkreisen, kaum noch bekannt ist. Sie war Angehörige der Generation, die durch ihren Einsatz den Frauen aus bürgerlichen Kreisen ein eigenes und neues Selbstverständnis ermöglichte und gleichzeitig Hilfeangebote für Benachteiligte und deren Interessen aufbaute. Heute sind Bildungs- und Hilfemöglichkeiten, auch für Frauen, selbstverständlich. Vor 100 Jahren galt das noch nicht.

Adele Beerensson wurde am 15. März 1879 in Bradford/Yorkshire (England) geboren. Erste Aktivitäten lassen sich in Berlin bei den von *Minna Cauer* 1893 gegründeten „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ nachweisen. 1907 wurde sie Schriftführerin und übernahm 1912 die Funktion der Geschäftsführerin. Aus diesen Gruppen und ihrer Idee, Hilfen für Kranke, Behinderte, Krankenhaussinsassen,

Kinder und Jugendliche aufzubauen, entwickelten sich Bedürfnisse nach Qualifizierung für diese Tätigkeiten, und späterhin die Ausbildungsstätten für Sozialarbeiterinnen und für Sozialarbeiter. So sind in den Gruppen die Wurzeln für die heutigen Fachhochschulen für Soziale Arbeit zu sehen.

Die 1899 von *Jeannette Schwerin* und *Alice Salomon* angebotenen Jahreskurse für soziale Hilfsarbeit waren der erste Schritt. Die erste Soziale Frauenschule wurde 1908 von *Alice Salomon* in Berlin-Schöneberg eröffnet. *Adele Beerensson* war Mitglied des Kuratoriums als Vertreterin der „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“. Sie übte auch eine Dozententätigkeit aus und ab 1911 war sie Sekretärin *Salomons* an der Schule. 1925 beendete *Beerensson* ihre dortige Arbeit. Anlass könnte gewesen sein, dass sich ihre Vorstellung, Nachfolgerin *Salomons* als Schulleiterin zu werden, nicht erfüllte. „In der Wahl ihrer Nachfolgerin war *Alice Salomon* unter anderem von einem Prinzip geleitet. Obwohl sie immer fest davon überzeugt war, dass soziale Schulen in Deutschland nicht an Universitäten angegliedert werden sollten, so war es ihr Grundsatz, dass hauptamtliche Lehrkräfte akademischen Rang haben mussten, um die theoretische Höhenlage der Ausbildung zu sichern. Sie wählte daher nicht, wie wohl viele erwartet hatten, ihre langjährige Mitarbeiterin *Adele Beerensson*, sondern berief im Jahre 1925 Dr. *Charlotte Dietrich* aus Breslau“ (*Peysers* 1958, S. 93. Vgl. *Reinicke* 1998, S. 72-73).

Ausbildung und Berufsrolle

1918 traf *Adele Beerensson* Aussagen zum Konzept der Schulen und zu den Anforderungen an die Lehrkräfte, die auch heute beachtenswert sind. „Die allgemeinen sozialen Frauenschulen gehen von dem Gedanken aus, dass die Wohlfahrtspflege – trotz ihrer Vielgestaltigkeit – ein geschlossenes Ganzes ist und die Ausbildung daher eine allgemeine Grundlage an Wissensstoff und praktischem Können vermitteln muss, auf der dann später unter Umständen eine Vertiefung und Erweiterung auf einem oder dem anderen Gebiet vorgenommen werden kann. Die allgemeinen sozialen Frauenschulen wollen den Schülerinnen ein Bild der gesamten Wohlfahrtspflege geben, ihnen die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben aufzeigen, aus denen sich die Ursachen für die sozialen Notstände herleiten lassen, ihnen das Ineinandergreifen der einzelnen Arbeitsgebiete und die sich daraus ergebende Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit allen Faktoren der Wohlfahrtspflege anschaulich machen. Die allgemeinen Schulen sollen auch den Absolventinnen ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit innerhalb der Arbeit geben,

das sie nur erlangen können, wenn sie sozialwissenschaftlich allgemein gebildet sind und praktisch auf mehreren Gebieten gearbeitet haben.“

Über die Unterrichtsform und die Anforderungen an die Lehrkräfte schrieb sie: „Für die Vermittlung des Lehrstoffes an die Schülerinnen erscheint die unterrichtliche Form die geeignete. Die Ausgestaltung des Unterrichts ist natürlich von der Auswahl der Lehrkräfte abhängig. Die sozialen Frauenschulen wollen Sozialbeamtinnen für die praktische soziale Arbeit heranbilden. [Nur in den seltensten Ausnahmefällen werden sozialwissenschaftliche oder lediglich theoretisch geschulte Kräfte von diesen Anstalten verlangt.] Die theoretische Unterweisung ist nur Hilfsmittel und Rüstzeug, nur Mittel zum Zweck, nicht der Zweck selbst. So ist es nötig, Lehrkräfte zu gewinnen, die die theoretische Unterweisung immer wieder in Beziehung zu setzen wissen zu der praktischen Arbeit, die soziale Arbeit aus eigener Erfahrung kennen, aus ihr hervorgegangen sind. Das beste Kolleg des vorzüglichsten Hochschullehrers würde daher nicht immer den Ansprüchen, die an eine Lehrkraft einer sozialen Frauenschule zu stellen sind, entsprechen“ (*Beerensson* 1918, S. 29-30).

Die Ausbildung und die damit zusammenhängenden Fragen bildeten einen Schwerpunkt der Aktivitäten *Adele Beerenssons*. Sie gehörte von 1923 bis 1933 dem Schulausschuss des „Seminars für Jugendwohlfahrt“ an, der von *Carl Mennicke* gegründeten ersten Ausbildungsstätte für Männer in der Sozialarbeit. Später wurde es umbenannt in „Wohlfahrtsschule des Sozialpädagogischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik“ und 1930 in „Berliner Seminar für Sozialarbeiter“.

Es galt hier, die Erfahrungen der Sozialen Frauenschulen einzubringen und vor allem die unterschiedlichen Aufgaben und Anforderungen, die den Männern in der Sozialen Arbeit gestellt wurden, in der Ausbildung zu verankern. Es war eine wichtige Aufgabe zu dieser Zeit, da ja der Beruf der Sozialarbeiterin erst 1920 seine staatliche Anerkennung und seine staatliche Prüfungsordnung erhalten hatte. Der Prozess der Anerkennung des neuen Berufsstandes und auch der seiner wirtschaftlichen Sicherheit waren noch nicht abgeschlossen. *Beerensson* verwies 1926 auf einen Antrag im Preußischen Landtag: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Selbstverwaltungsbehörden wiederholt nachdrücklich darauf einzuwirken, dass den Wohlfahrtspflegerinnen nach einheitlichen Grundsätzen eine solche Stellung und Wertung ihrer Arbeit zuteil wird, wie es der ihnen durch

das Fürsorgepflicht- und Reichsjugendwohlfahrtsgesetz gegebenen Verantwortung entspricht, vor allem im bezug auf ausreichenden Urlaub, Gehaltseinstufung, Möglichkeiten der Übernahme ins Beamtenverhältnis“ (*Beerensson* 1926, S. 297).

Zahlen aus der 1925 von *Heynacher* in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge durchgeführten Untersuchung „Zur Berufslage der Fürsorgerin“, von *Beerensson* aufgegriffen, ist zu entnehmen, mit welchen Anfangsschwierigkeiten sich der junge Beruf auseinandersetzen musste. Interessant sind die Schulabschlüsse, mit denen die Schülerinnen in die Ausbildung traten. 2 866 Sozialarbeiterinnen hatten die Fragebogen *Heynachers* beantwortet. Schulabschlüsse der Schülerinnen an Wohlfahrtsschulen (Stand 1925, *Beerensson* 1926, S. 298):

- ▲ höhere Schule 1906 (66,5 Prozent);
- ▲ Mittelschule 404 (14,1 Prozent);
- ▲ Volksschule 556 (19,4 Prozent).

Voraussetzung für den Eintritt in die Ausbildung war die Mittlere Reife. Wer diesen Abschluss nicht hatte, konnte einen „Schulwissenschaftlichen Ergänzungskurs“ besuchen, der seit den gewonnenen Erfahrungen in den Sonderlehrgängen für Arbeiterinnen in Berlin, Hamburg und Köln als Nachqualifizierungsmöglichkeit angeboten wurde. Diese Möglichkeit, einen Ergänzungskurs zu absolvieren und eine Abschlussprüfung vor der Schulbehörde abzulegen, bestand bis zur Errichtung der Fachhochschulen (*Reinicke* 1990, S. 310-314).

Ausgewertet wurden von *Heynacher* (*Beerensson* 1926, S. 298) auch die Angaben über die Vorbildungen, die die Sozialarbeiterinnen vor der Aufnahme ihrer Ausbildung absolviert hatten. Sie waren damals für die Auswahl ihrer Schwerpunkte im Rahmen der Ausbildung von Bedeutung (Vorbildung im Gesundheitsbereich = Schwerpunkt Gesundheitsfürsorge; Vorbildung im Erziehungs- und Jugendbereich = Schwerpunkt Jugendfürsorge; andere Vorbildungen beispielsweise praktische Berufe, Lehrerin = Schwerpunkt Berufs- und Wirtschaftsfürsorge). Vorbildung angehender Sozialarbeiterinnen im Jahr 1925:

- ▲ Gesundheit 1864 (65 Prozent);
- ▲ Erziehung und Jugend 213 (7,5 Prozent);
- ▲ Lehrerin 186 (6,5 Prozent);
- ▲ Studium 80 (2,8 Prozent);
- ▲ ohne Abschluss 135 (4,7 Prozent);
- ▲ ohne Ausbildung 388 (13,5 Prozent).

Für *Beerensson* waren die Bedingungen, unter denen eine Sozialarbeiterin arbeiten musste, immer ein

wichtiges Anliegen, zum Beispiel das „Unterstellungsverhältnis“. „Ob sie nämlich direkt dem Fachdezernenten unterstellt ist, oder sie einer fachfremden Bürokratie untersteht, ist von ausschlaggebendem Einfluss auf die Gestaltung ihrer Tätigkeit. Die vielen hemmenden bürokratischen Vorschriften, die sie binden, die ihre Auswirkungsmöglichkeit, aber auch ihre Arbeitsfreudigkeit beeinträchtigen“, waren nach ihrer Meinung von großer Bedeutung und „meistens auf ein mangelhaftes Verständnis für den Inhalt der Aufgaben seitens bürokratisch eingestellter Kräfte zurückzuführen“ (*Beerensson* 1926, S. 299).

Diese von *Beerensson* beschriebenen Bedingungen werden heute in dieser krassen Form nicht mehr auftreten. Sie sind aber in veränderter Form vorhanden. Wenn es beispielsweise um die Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen geht, ist immer wieder feststellbar, dass Unsicherheiten über die Fähigkeiten, Kenntnisse und Hilfsmöglichkeiten der Berufsgruppe Sozialarbeit/Sozialpädagogik bestehen. Nach *Beerenssons* Prinzip muss die Berufsgruppe selbst diese Unsicherheiten und mangelnden Kenntnisse beseitigen. Sie darf davon nicht ablassen, aufzuzeigen, worin ihre Stärken bestehen und welchen Nutzen sie anderen in der Zusammenarbeit bringen kann. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sollten sich in diesem Zusammenhang auch mehr bemühen, Kosten- und Nutzenaspekte als Unterstützung für ihr Handeln in ihre Konzepte einzubeziehen. „Jeder neue Beruf“, so *Adele Beerensson* 1926, „der sich in das bestehende Wirtschaftsleben eines Volkes eingliedern will und muss, wird Hindernisse, Vorurteile und Altgewohntes zu überwinden und um einen angemessenen Platz für seine eigenen Aufgaben zu kämpfen haben“ (*Beerensson* 1926, S. 296).

Werben für berufspolitisches Handeln

Adele Beerenssons Wirken für die Sozialarbeit ist unvorstellbar ohne ihren Einsatz im berufspolitischen Raum. Mit der Gründung des „Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen (DVS)“, heute „Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH)“ trat sie in das Rampenlicht gewerkschaftlicher Arbeit. Vor 1945 waren es die Berufsverbände allein, die sich um den neuen Beruf kümmerten. *Adele Beerensson* war von 1916 bis 1925 Vorsitzende des im Oktober 1916 von *Dorothea Hirschfeld*, *Gertrud Israel* und *Else Lüders* gegründeten DVS und von 1925 bis zur Emigration 1933 übte sie das Amt der Hauptgeschäftsführerin aus. Sie gehörte zu den Vertreterinnen des neuen Frauenberufs, die davon überzeugt waren, ihre Interessen selbst vertreten zu müssen. Der Sitz des DVS war bis 1919 in der Sozialen Frauenschule Berlin-

Schöneberg, Barbarossastraße 65, der heutigen Alice-Salomon-Fachhochschule, danach in der Kurfürstenstraße 124.

Ihre Aktivitäten und ihre Veröffentlichungen zeugen von hohem Engagement für ihren Beruf. Sie verstand einen Berufsverband immer auch als eine Organisation zur Vertretung von Fraueninteressen: „Berufsorganisation in dem Sinn eines Zusammenschlusses der Angehörigen unseres Berufes zum Zweck der Vertretung der Gesamtinteressen seiner Angehörigen; und Frauenorganisation, weil wir des Glaubens sind, dass wir vorläufig noch besondere Frauenaufgaben zu erfüllen haben. Die Wohlfahrtspflege ist bisher ein überwiegend ‚weiblicher‘ Beruf gewesen; sie wird es zum Teil immer bleiben müssen, wengleich auch für gewisse Arbeitsgebiete eine stärkere Beteiligung von Männern wünschenswert erscheint. Die besondere Aufgabe der Frauen...ist es einmal, die klare Herausarbeitung des Berufs und die Abgrenzung der Arbeitsgebiete zu finden, eine gerechte Eingruppierung...herbeizuführen. Auf der anderen Seite ist es eine der wichtigsten Aufgaben, die in den Frauen ruhenden Kräfte zu entwickeln und Führerinnen für das soziale und öffentliche Leben aus den eigenen Reihen zu erziehen. Dass damit eine feindliche Stellung den männlichen Kollegen gegenüber nicht verbunden ist, versteht sich für die Sozialbeamtin und ihre Berufsauffassung von selbst“ (Reinicke 1990, S. 21).

Die Position, dass die einzelnen Berufsverbände der Sozialarbeiterinnen sich ihre Eigenständigkeit erhalten wollten und sich nicht einem größeren Verband anschlossen, ist aus der Situation der Gründerjahre heraus zu verstehen. „So sind wir nach reiflicher Überlegung ohne Anschluß an irgendeinen Spitzenverband geblieben – ein schwerer, aber, wie wir glauben – ein notwendiger Entschluß, wollten wir der Eigenart unseres Berufes, unserem Berufsethos treu bleiben. Nicht aus Eigenbrötelei, nicht aus Überhebung, aber aus der festen Überzeugung, daß ein Zusammenschluß von Wohlfahrtspflegerinnen sich frei und unabhängig – politisch und konfessionell und allen sonstigen Bindungen gegenüber – halten sollte....Das Festhalten an diesem Standpunkt hat dem Verband nach vielen Seiten hin Schwierigkeiten bereitet, aber die Idee der unabhängigen, umfassenden Frauen-Berufs-Organisation hat über alle materiellen Vorteile, die uns ein Anschluß an eine große Spitzenorganisation nach manchen Richtungen hin sicher bringen konnte, gesiegt“ (Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen 1976, S. 32). Dass Überlegungen bestanden, als kleinere Berufsgruppe gegenüber anderen als gemeinsame Interessenvertretung aufzutreten, zeigt 1920

die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände der Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands“. Wir können heute die Weiterentwicklung nicht zweifelsfrei beschreiben, da durch die zwangsweise erfolgte Unterbrechung der berufspolitischen Arbeit 1933 bis 1945 alle Aussagen darüber nur Vermutungen sein können. Gesagt werden kann aber, dass die beginnende Konsolidierung und das Erstarren des Berufsstandes als eigenständig Handelnder durch die politischen Veränderungen gravierend beeinträchtigt wurden. Die Vertreibung führender Persönlichkeiten der Sozialarbeit aus Deutschland, teilweise auch ihre Vernichtung, waren weitere Schritte, die ihre Weiterentwicklung behinderten, wenn nicht sogar unterbanden.

Beerensson hat während ihres Wirkens immer wieder aufgezeigt – und ihre Argumente haben auch heute nicht ihre Gültigkeit verloren –, dass sich der Berufsstand zeigen muss, „weil wir eine sehr kleine Berufsgruppe darstellen – so klein, dass sie noch nicht einmal in der Berufszählung als solche in Erscheinung tritt“ (Beerensson 1928-1929, S. 15-16). Auch dieser von Beerensson 1929 kritisierte Aspekt besitzt heute noch Gültigkeit. Bis 1991 verwandte das Statistische Bundesamt den unspezifischen Oberbegriff „Sozialpflegerische Berufe“ in seiner Berufsklassifikation unter anderem für Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, Sozialpädagoginnen, ab 1992 setzt es dafür den Begriff „Soziale Berufe“ ein. In der Gruppe 86 (Soziale Berufe) werden unter diesem Oberbegriff folgende Berufe getrennt statistisch erfasst und ausgewertet: Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, Sozialpädagoginnen (Kennziffer 861), Heilpädagogen, Heilpädagoginnen (Kennziffer 862), Erzieher, Erzieherinnen (Kennziffer 863), Altenpfleger, Altenpflegerinnen (Kennziffer 864), Familienpfleger, Familienpflegerinnen und Dorfhelfer, Dorfhelferinnen (Kennziffer 865) Heilerziehungspfleger, Heilerziehungspflegerinnen (Kennziffer 866), Kinderpfleger, Kinderpflegerinnen (Kennziffer 867), Arbeits-, Berufsberater, Berufsberaterinnen (Kennziffer 868), Sonstige soziale Berufe (Kennziffer 869).

Das Bundesamt zählt die darin erfassten Berufsgruppen zu den Dienstleistungsberufen. „Erfasst werden alle erwerbstätigen Personen, die in den jeweiligen Arbeitsfeldern wirken. Aus den Zahlen ist nicht ablesbar, ob es sich um aus- oder unausgebildete Kräfte handelt“ (Reinicke 2002). Es sind auch keine spezifischen Arbeitsbereiche erkennbar, beispielsweise Gesundheits-, Jugend-, Alten- oder Justizbereich. Eventuelle Planungsaussagen für Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsplätze sind daraus nicht ab-

leitbar. Die unterschiedlichen Ausbildungsabschlüsse (Fach- oder Hochschule) sind auch nicht erkennbar. Ein weiterer Nachteil ist, dass die vom Statistischen Bundesamt verwandte „Klassifikation noch keine Anwendung in den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit findet. Hier werden beispielsweise Sozial-, Erziehungs-, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe in der Arbeitslosenstatistik gemeinsam aufgezählt“ (ebd., S. 854-858).

Weitere Aktivitäten

Eine wichtige Aufgabe war im Rahmen der berufspolitischen Arbeit die Kontaktpflege zu politischen Gremien. Interessant ist für die heutige Zeit, dass eine rege Zusammenarbeit beziehungsweise Kontaktaufnahme sowohl zu Stadtverordneten als auch zu Kreistags-, Landtags- und Reichstagsabgeordneten stattfand. In den Berichten des DVS finden wir dann auch den Dank an die Abgeordneten „für ihre verständnisvolle Arbeit“. Herausgehoben wurden dabei häufig die weiblichen Abgeordneten. Der Öffentlichkeitsarbeit wurde große Bedeutung beigemessen, über Erfolge wurde berichtet. Beispielsweise 1926: „Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß überall da, wo die Frauen einmal für diese dem Allgemeinwohl dienende Arbeit interessiert wurden, und sie die Schwere und Verantwortung dieser Tätigkeit erkannten, eine Mitarbeit in unserem Sinne, ein Vorstoß bei den Stadtverordneten eingeleitet und die öffentliche Meinung von ihnen bearbeitet wurde“ (Beerensson 1928).

Einen Schwerpunkt bildete die Mitgliederwerbung. 1929 heißt es dazu: Es „ist erhöhte Sorgfalt auf die Werbung und Gewinnung neuer Mitglieder gelegt worden. Insbesondere sind die Wohlfahrtsschulen“, die heutigen Fachhochschulen, „nicht nur mit Werbematerial beschickt worden; es ist ihnen regelmäßig der Besuch eines Mitgliedes zur Informierung angeboten worden, und es ist auch vielfach von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht worden“. In Berlin, wo durch die Präsenz der Geschäftsstelle der Besuch der Schulen leichter möglich war, wurde regelmäßig zum Semesterschluss an die Schülerinnen eine Ansprache gehalten und Werbematerial verteilt. Im Jahr 1929 unternahmen Vertreterinnen des Verbandes den Versuch, alle Absolventinnen einzuladen, ihnen über die Idee und Aufgaben des Berufsverbandes zu berichten und ihnen Gelegenheit zu Fragen und zur Äußerung von Bedenken zu geben. „Der Erfolg war zweifellos ein guter. Im Wesentlichen müssen ja die Ortsgruppen die Werbearbeit örtlich durchführen, und ich glaube, daß nach dieser Richtung hin noch manches geleistet werden könnte“, äußerte Adele Beerensson (1928-1929, S. 9-10).

Zusammenarbeit Berufsverbände und Ausbildungsstätten

Bereits im Oktober 1917, auf der zweiten Sitzung der Konferenz der Leitenden der Sozialen Frauenschulen Deutschlands, wurde angeregt, eine Verbindung zwischen den Ausbildungsstätten und den Berufsverbänden herzustellen. Dem Protokoll der Konferenz ist zu entnehmen, dass den Berufsverbänden ein Bericht über die Konferenzen zugesandt werden sollte, „in dem alle für die Berufsverbände wichtigen Punkte enthalten sind. Außerdem wird beschlossen, auf einer der nächsten Sitzungen über die Teilnahme der Berufsverbände zu beraten“. Die Konferenz beschloss eine Teilnahme. Bis 1933 waren Vertreterinnen der Berufsverbände und der Konferenz gegenseitig in den jeweiligen Verbänden vertreten (Reinicke 1984, S. 185). Auch heute besteht wieder eine Zusammenarbeit.

Mitarbeit Beerenssons in anderen Verbänden

Nach der Gründung des Berufsverbandes vertrat Adele Beerensson diesen im „Bund Deutscher Frauenvereine (BDF)“. Von 1928 bis 1933 war sie Mitglied im Gesamtvorstand des BDF, von 1926 bis 1933 Mitglied im „Ausschuß zum Studium der weiblichen Polizeifürsorge“ im BDF und von 1928 bis 1933 Mitglied der „Facharbeitsgemeinschaft für soziale Arbeit“ des BDF. Am 5.12.1919 wurde der „Gesamtverband der Berufsarbeiter der Wohlfahrtspflege“ gegründet. Seine Aufgabe war der „Zusammenschluss von Frauen aller Berufsorganisationen und Verbände aller Richtungen zum Schutz gegen ungerechtfertigte Frauenentlassungen“. Dieses Problem entstand nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, wo Entlassungen von Frauen zum Vorteil der Männer vorgenommen werden sollten. Beerensson wurde stellvertretende Vorsitzende des Verbandes. Von 1929 bis 1933 war sie zweite Vorsitzende des „Bundes der Berufsorganisationen des Sozialen Dienstes“, einem Zusammenschluss der Berufsverbände aller im sozialen Bereich tätigen Frauen, beispielsweise der Krankenpflege, Kindergärten, Heime, Schulen und Sozialarbeit, in den 1920er-Jahren Mitglied im Hauptausschuss des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“. 1929/1930 arbeitete sie als nebenamtliche Dozentin an der „Deutschen Gesundheitsfürsorge-schule“ Berlin-Charlottenburg in Fortbildungslehrgängen für Wohlfahrtspflegerinnen.

Arbeitsfeld Arbeitsamt

Die Arbeitsämter waren vor 1945 ein wichtiges Arbeitsfeld der Sozialarbeit, speziell der Aufgabenbereich Berufsberatung war mit ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern besetzt. Die Berufsverbände äußerten sich auch damals zu den Pro-

blemen der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen. Dies erinnert an heutige Diskussionen. Im Rechenschaftsbericht für die Jahre 1928/1929 schrieb *Beerensson*: „Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die außerordentlich bedenkliche, schwierige finanzielle Lage, in der sich die Reichsanstalt seit Monaten befindet, keinen günstigen Boden für die Forderungen der Verbände zur Bessergestaltung des Gesamtarbeitsverhältnisses bietet. Auf der anderen Seite muß aber ebenso nachdrücklich betont werden, daß die Personalpolitik der Reichsanstalt nicht geeignet ist, die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten zu heben, noch die Sachleistung zu fördern. Das mangelnde Interesse z.B. für die Berufsberatung, als ein geeignetes Mittel, die zukünftige Arbeitsmarktlage günstig zu beeinflussen, die unzureichenden Kräfte für die Arbeitsvermittlung, die immer noch gekürzt werden, lassen den wichtigsten Zweig der Reichsanstalt, nämlich Arbeitssuchende in Arbeit zu bringen, zugunsten der ‚Stempelnden‘ allzu stark in den Hintergrund treten. Aus allen Teilen des Reiches sind die Klagen die gleichen. Wir haben mit aller Deutlichkeit auf die vielfachen Mißstände hingewiesen und haben in mündlichen Verhandlungen, wie in Eingaben und im Klagewege Besserungen zu schaffen versucht“ (*Beerensson* 1928-1929, S. 14).

Ein nicht mehr bekanntes Aufgabengebiet der Sozialarbeit – „Polizeifürsorgerin“

Eine der ältesten Fachgruppen im DVS war die Fachgruppe Polizeipflege, die im Juni 1918 in Berlin gegründet wurde. Die Leitung lag in den Händen der Leiterin der Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidium Berlin, *Margarete Dittmer*, zweite Vorsitzende war *Dorothee von Velsen*, Schriftführerin *Irmgard Jaeger*. Der Hauptvorstand des DVS unterstützte diese Arbeit, da in der Gründungsphase bereits zehn Polizeifürsorgerinnen Mitglied im Verband waren. 1919 waren von 50 Polizeifürsorgerinnen in Deutschland bereits 29 Mitglied der Fachgruppe, 1926 waren es 114 von etwa 157 Fürsorgerinnen bei Polizei- und Pflegeämtern. Wichtig war für die Fachgruppe beispielsweise 1920 die Klärung der Fragen des Ausbaus der Pflegeamtsarbeit“ (Betreuung gefährdeter weiblicher Jugendlicher), und der „Abgrenzung der Arbeit zu der der Polizei sowie zu der des Jugendamtes“.

Sehr bald wurden die ersten Entwürfe zum Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten behandelt; der Verband war hier bis zur Verabschiedung 1927 eingehend an der Beratung und Realisierung beteiligt. Die Nachfolgerin *Margarete Dittmers* als Vorsitzende war *Irmgard Jaeger*, sie wurde vom bevölkerungspolitischen Ausschuss des Reichstages als Sachverständige gehört. Eine wesentliche

Position, die der DVS vertrat, war, der Beratung der von den Maßnahmen des Gesetzes Betroffenen den Vorrang einzuräumen und diese durch Fachkräfte, ausgebildete Sozialarbeiterinnen (Wohlfahrtspflegerinnen), durchführen zu lassen. Zwangsmaßnahmen sollten, wenn überhaupt erforderlich, erst danach eingeleitet werden. Das Ministerium für Volkswohlfahrt unterstützte die Arbeit der Fachgruppe mit finanziellen Zuwendungen. Es gab auch Bemühungen, die Eingaben an die Ministerien und den Reichstag möglichst als gemeinsame Aussage der drei Berufsverbände für Wohlfahrtspflegerinnen erscheinen zu lassen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Fachgruppenarbeit war die Einführung einer weiblichen Polizei in Deutschland. Vorbild für diese Tätigkeit war unter anderem England. Köln war 1923 die erste Stadt, die eine „weibliche Kriminalpolizei“ einrichtete. Leiterin war *Josefine Erkens*. Berlin folgte 1927. Leiterin der Weiblichen Kriminalpolizei (WKP) in Deutschland war bis 1945 *Friedrike Wieking*, die jahrelang auch Vorsitzende des DVS war (*Reinicke* 1998, S. 628-630.). Es ist ein Arbeitsgebiet, das seit etwa 1970 nicht mehr den Absolventinnen der Fachhochschulen für Soziale Arbeit zugänglich ist (*Reinicke* 1998, S. 628-630).

Emigration

Adele Beerensson emigrierte am 21. Juli 1933 aus Deutschland und ging als Sozialarbeiterin (social worker) in ihr Geburtsland England zurück. Sie arbeitete dort im „Sara Pyke House“ (hotel for working girls) in London, einem Heim für arbeitende Mädchen, die keine eigene Unterkunft hatten. Diese jüdische Einrichtung für den Schutz von Mädchen, Frauen und Kindern wurde 1885 von der Jüdischen Gesellschaft der Damen für Prävention und Rettungsarbeit (The Jewish Ladies' Society for Preventive and Rescue Work) gegründet. Ziel war anfangs, den weißen Sklavenhandel, den Mädchenhandel zu bekämpfen. Der Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1935 bis 31. März 1936 führt *Beerensson* als Superintendentin (Leiterin) dieser Einrichtung. In dem Bericht wird ihr für ihre Arbeit gedankt. Im Jahresbericht, der die Zeit vom 1. April 1939 bis 31. März 1940 umfasst, wird auf die „Kriegsumstände“ verwiesen und auf die daraus erwachsenden Belastungen für die Leiterin, mit den geringeren Mitteln zu wirtschaften.

Der Bericht enthält den Zusatz, *Adele Beerensson* sei am 13. Oktober 1940 nach kurzer Krankheit verstorben und werde „schmerzlich vermisst“. In den Protokollen über die Jahre 1937 bis 1946 finden sich Hinweise auf Aktivitäten von *Beerensson*, so übergebene Informationen und getroffene Entschei-

dungen. Erwähnt wird darin auch ihre „finale Krankheit“ und dass sie im „Sara Pyke House“ verstarb (*Annual Reports* ohne Jahr). Bisher ging aus Recherchen des Verfassers hervor, dass sie mit ihrer Freundin *Gertrud Israel* (nach Angaben von World Jewish Relief Archive, London), die am 7. August 1939 aus Berlin nach England emigrieren konnte, während der deutschen Bombenangriffe auf London („London Blitz“) umgekommen ist (*Reinicke* 1998, S. 274-275).

Beerenssons Erfahrungen jüdischer Sozialarbeit in England

Adele Beerenssons Engagement in der Sozialen Arbeit, auch über ihr eigentliches Arbeitsfeld hinaus, lässt auch in der Emigration nicht nach. In einem umfangreichen Bericht schilderte sie 1935 in der in Deutschland erscheinenden Zeitschrift „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“ ihre Erfahrungen der „Jüdischen Wohlfahrtsarbeit in England“. Der Artikel beeindruckt, da er den Leserinnen und Lesern zeigt, mit welchem Einsatz und welchen Methoden unter völlig anderen sozialpolitischen Bedingungen dort erfolgreich gearbeitet wurde. *Adele Beerensson* verweist auf den großen Unterschied in der Sozialarbeit zwischen Deutschland und England: „Die englische Wohlfahrtspflege wird überwiegend von privaten Organisationen durchgeführt.“ Die Hilfeleistenden seien vorwiegend ehrenamtliche Kräfte, auch in jüdischen Einrichtungen (*Beerensson* 1935, S. 205-206).

Beerensson schildert auch die Arbeit des „Industrial Committees“, eins für Mädchen und eins für Jungen, deren Aufgabe es war, „Lehrstellen und Arbeitsplätze für Anfänger zu vermitteln“ (*ebd.*, S. 207). Ein weiteres, von ihr vorgestelltes Arbeitsfeld jüdischer Sozialarbeit war die „Jewish Association for the Protection of Girls, Women and Children“ (Jüdische Vereinigung zum Schutz von Frauen, Mädchen und Kindern). Das Ziel der Organisation, der einzigen dieser Art, lag im Wesentlichen im Schutz gegen moralische Schäden. „Sie will Frauen, Mädchen und Kinder vor schlechtem Einfluss, Leiden, Sklaverei und Erniedrigung bewahren“. *Beerensson* beschrieb die vielfältigen Hilfen (*ebd.*, S. 207-208).

Ein weiteres interessantes Beispiel bildet die Schilderung der Arbeit in den „Settlements“, eine der Wurzeln der Sozialarbeit in England und Amerika. Sie gab es 1935 nach *Beerenssons* Bericht in der jüdischen Sozialarbeit in England, aber auch bei anderen Trägern. Die Nachbarschaftsheime in Deutschland sind heute in einigen Ansätzen vergleichbare Einrichtungen. „Der leitende Gedanke des Settlements bzw. seines Leiters – Gründer der Einrichtung – ist es,

nichts von wertvollem Menschenmaterial verloren gehen zu lassen und gute Bürger und Bürgerinnen, „citizens“ im englischen Sinne, heranzubilden. Alle Klubs sind auf dem Gedanken der Selbstverwaltung aufgebaut, sie lassen der Entfaltung der Individualität weitesten Spielraum. Auf die Erhaltung und Pflege der Gesundheit und der körperlichen Entwicklung wird ebenso viel Wert gelegt, wie auf die Entfaltung des Charakters und auf die Befriedigung geistiger Bedürfnisse“ (*ebd.*, S. 209).

Zum Schluss verweist *Adele Beerensson* auf die Kooperation aller Beteiligten. Ihr „fällt ein gut organisiertes, zweckmäßiges Zusammenarbeiten, ein gegenseitiges Respektieren der übernommenen Arbeitsgebiete, ein vernünftiges Abgrenzen der Tätigkeiten und ein Austausch sich kreuzender und überschneidender Aufgaben auf“, und sie macht deutlich, dass „die freiwillige Leistung der jüdischen Bevölkerung in England für ihre bedürftigen Glaubensgenossen nach jeder Richtung hin eine bewundernswerte sei“ (*ebd.*, S. 211-212).

Schlussgedanken

Adele Beerensson gehört ohne jeden Zweifel zu den führenden Vertreterinnen des jungen Berufes der Sozialarbeiterinnen. Ihr Wirken für die Sozialarbeit ist beachtlich. Sie setzte sich in Vorträgen, Diskussionen und Veröffentlichungen für den Beruf der Sozialarbeit sowie seine spezifischen Kenntnisse mit allem Nachdruck ein und engagierte sich an verantwortlicher Stelle in der Berufspolitik. Sie vertrat auch vehement die Interessen der Frauen und wirkte an verantwortlicher Stelle in zahlreichen Gremien.

Literatur

- Annual Reports** for the Jewish Association for the Protection of Girls, Women and Children. MS 173/2/7 und MS 173 2/8/3 Archives of Jewish Care. Universität Southampton
- Beerensson, A.:** Ausbildung zur sozialen Arbeit. In: Blätter für Soziale Arbeit 8-9/1918, S. 29-30
- Beerensson, A.:** Zur Berufslage der Fürsorgerin. Wende? In: Die Frau 5/1926, S. 297
- Beerensson, A.:** Aus der organisatorischen und praktisch-wohlfahrtspflegerischen Arbeit des D.S.V. In: Mitteilungen des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen 4/1928
- Beerensson, A.:** Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis zum 31. Dezember 1929. Deutscher Verband der Sozialbeamtinnen ohne Jahr, S. 15-16
- Beerensson, A.:** Jüdische Wohlfahrtsarbeit in England. In: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, Neue Folge 1935, S. 205-206
- Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e.V.** (Hrsg.): Ein Berufsverband zwischen Beharren und Verändern. 60 Jahre DVS-DBS. Essen 1976, S. 32
- Peysner, D.:** Alice Salomon – Ein Lebensbild. Köln 1958, S. 93. Vgl. Reinicke, P.: Beerensson, Adele. In: Maier, H. (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 1998, S. 72-73

Reinicke, P.: Die ersten Konferenzen sozialer Frauenschulen Deutschlands und ihre Bemühungen um die Ausbildung der Sozialarbeiterinnen. In: Evangelische Fachhochschule (Hrsg.): 80 Jahre kirchliche Sozialarbeiterausbildung. Berlin/Bonn 1984, S. 185

Reinicke, P.: Arbeiterinnen und Sozialarbeit. Sonderlehrgang 1920 in Berlin. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 8/1990, S. 310-314

Reinicke, P.: Die Berufsverbände der Sozialarbeit und ihre Geschichte. Frankfurt am Main 1990, S. 21

Reinicke, P.: Beerensson, Adele. In: Maier, H. (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 1998, S. 72-73

Reinicke, P.: Israel, Gertrud. In: Maier, H. (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 1998, S. 274-275

Reinicke, P.: Wieking, Friedrike. In: Maier, H. (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 1998, S. 628-630

Reinicke, P.: Soziale Berufe. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt am Main 2002, S. 854-858

Kooperation in der Elternarbeit Jenseits von Abgabe- und Kampfmuster

Heiko Kleve

Zusammenfassung

Sozialarbeit, Sozialpädagogik, ja allgemein psychosoziale Beratungsprozesse, die Eltern – zumeist auf Schwierigkeiten und Probleme ihrer Kinder beziehungsweise mit ihren Kindern – konstruktiv ansprechen wollen, gelingen in der Regel nur, wenn es die Professionellen schaffen, Kooperationsbeziehungen zu den Eltern herzustellen. Wenn Eltern sich jedoch in ihren oder in Belangen der Kinder übergangen oder gegängelt fühlen, sinkt die Wahrscheinlichkeit, eine solche Kooperationsbeziehung aufzubauen. Was aber erhöht die Wahrscheinlichkeit von Kooperation in der Elternarbeit, insbesondere bei freien Trägern, die Erziehungshilfen (nach §§ 27 ff. SGB VIII) durchführen? Dies ist die zentrale Frage, die im Folgenden thematisiert werden soll.

Abstract

Social work, social education and, in general, psychosocial consultation processes which are to address parents in a constructive way when they are faced with difficulties and problems of or with their children are only successful if professional social workers are able to establish relationships with parents based on co-operation. However, if parents get the impression being excluded or pushed to do something when it comes to things concerning their children, it becomes less probable to establish such a co-operation relationship. But what increases the possibility to co-operate with parents, especially if free bodies are involved which provide support of education (according to article 27 and following articles of SGB VIII, Code of Social Law)? This is the central question which is to be discussed in the following text.

Schlüsselwörter

Elternarbeit - Kooperation - Rollenverhalten - Methode - Familie - Modell

Einleitung

Meine These ist, dass es hinsichtlich des Aufbaus von Kooperationsprozessen in der Elternarbeit vor allem auf zweierlei ankommt: zum einen auf das Modell, das die Professionellen von der Familie in der modernen Gesellschaft haben und zum anderen – davon ausgehend – auf die Haltung, die sie Eltern und deren Kindern gegenüber zeigen.

Oft jedoch ist die Praxis gekennzeichnet von Mustern in der Elternarbeit, die sich jenseits der Kooperation

bewegen. Der Familientherapeut und Forscher in Sachen Kooperation in der Elternarbeit im Kontext der Erziehungshilfen *Michael Biene* (2003, 2004, ohne Jahr, vgl. auch *Kleve* 2003, 2003a) hat in dieser Hinsicht insbesondere zwei typische Muster in der sozialen, psychologischen und pädagogischen Elternarbeit beobachtet: das *Abgabe-* und das *Kampfmuster*. Beide Muster basieren ebenfalls auf bestimmten Vorstellungen vom System Familie und gehen mit bestimmten Haltungen einher. Bevor das Kooperationsmuster und ein dahinter stehendes Familienmodell sowie Verfahrensvorschläge zur Erhöhung der Wahrscheinlichkeit von Kooperation thematisiert werden, veranschauliche ich zunächst die beiden problematischen Muster sowie das damit verbundene Familienmodell.

Abgabemuster

Das Abgabemuster geht mit bestimmten Interaktionen, Rollenmustern und Wirkungen hinsichtlich von Kindern und Eltern sowie von Professionellen einher, die knapp erläutert werden sollen. Die idealtypische Situation des Abgabemusters besteht darin, dass Eltern Beraterinnen und Berater in Anspruch nehmen, die ihnen suggerieren, dass die Probleme oder Schwierigkeiten, die ihr Kind zeigt, professionell bearbeitet werden müssen. Wir haben es diesbezüglich mit einer Abgabeinteraktion zu tun: Die Eltern geben das Kind und dessen Probleme an die Professionellen ab, und diese nehmen es mit seinen Problemen an. Dahinter steht die Botschaft der Professionellen: „Wir sind die Experten und Expertinnen für die Lösung der Probleme Ihres Kindes.“ Hier erkennen wir außerdem die klassische professionelle Rollenaufteilung: Die Eltern sehen sich als Laien, die Professionellen bewerten sich als Fachleute. Die Interaktionspartner bestätigen sich gegenseitig diese Rollenzuschreibungen. Dies geht oft mit einer zunehmenden Passivität der Eltern und einer Aktivität der Fachkräfte einher. Das typische Arbeitsfeld, in dem das Abgabemuster häufig beobachtet werden kann, ist freilich die stationäre Unterbringung in Heimen. Dort haben Erzieherinnen und Erzieher nicht selten den Auftrag, Elternaufgaben kompensatorisch zu übernehmen.

Was sind die Wirkungen des Abgabemusters? Eine Wirkung klang bereits an: Die Eltern werden tendenziell inaktiv, sie ziehen sich aus der Verantwortung für die Erziehung des Kindes zurück beziehungsweise lassen sich von den Professionellen aus dieser Verantwortung verdrängen. Hinter dieser Verantwortungsabgabe der Eltern und der Verantwortungsübernahme der Fachkräfte steht die Idee, dass das Kind wirkungsvoller öffentlich erzogen werden kann.

Dies ist aber oft eine Illusion. In Heimen kennen Fachkräfte das Phänomen, dass Kinder von den Interaktionserfahrungen mit ihren Eltern immer wieder eingeholt werden, dass die Erfahrungen im Elternhaus im Gegensatz zu denen in der Einrichtung die prägenderen bleiben. Hier greift das klassische Bild der Erziehung als Sisyphosarbeit: Den Stein, den die Fachkräfte scheinbar immer wieder erfolgreich hoch rollen, stoßen Vater und/oder Mutter hinsichtlich ihrer Kinder immer wieder hinunter, sodass er erneut mit viel Kraft hinaufbefördert werden muss. Es wird hier aber auch deutlich, dass Kinder eigentlich nur über die Eltern wirkungsvoll erreicht werden können.

Kampfmuster

Das Kampfmuster geht ebenfalls mit typischen Interaktionen, Rollen und Wirkungen einher. Auch hier etabliert sich das klassische professionelle Verhältnis von Laien und Fachkräften. Nur befinden sich die vermeintlichen Laien und die vermeintlichen Experten und Expertinnen in einem permanenten Kampf um die richtige Definition der gegenwärtigen Situation. Die Eltern verneinen beispielsweise die Deutungen der Fachkräfte, nehmen deren Problemsichtweisen nicht an, sehen keine Schwierigkeiten. Die Dynamik ist hier oft eine so genannte symmetrische Eskalation: Je vehementer die Professionellen ihre Problemsichtweise artikulieren und die Eltern von dieser zu überzeugen versuchen, desto stärker wehren die Eltern diese Sichtweise ab und sperren sich gegen jede Problemwahrnehmung. In psychoanalytischer Terminologie könnte man diese Verhaltensweise auch als Widerstand bezeichnen. Es ist jedoch ein Widerstand, der systemisch erzeugt wird: Beide Parteien erzeugen ihn durch ihre wechselseitigen Interaktionen. Wer unter diesem Muster freilich am meisten zu leiden hat, ist das Kind. Wir sehen hier ein ähnliches Muster, welches wir mitunter bei zerstrittenen Eltern beobachten können, die ihre Konflikte auf dem Rücken des Kindes austragen. Nicht selten eskaliert die Situation als Wirkung dieses Kampfmusters, die Symptome des Kindes verschlimmern sich. Die Eltern schotten sich immer mehr ab, ohne dass dem Kind eine adäquate Hilfe zuteil wird.

Modell im Hintergrund des Abgabe- und Kampfmusters

Welche Familienmodelle fordern die beiden genannten problematischen Muster heraus? Jedenfalls steht hinter diesen Mustern das – wie bereits mehrfach anklang – klassische asymmetrische Professionsmodell von Laien und Expertinnen und Experten. Die Fachkraft hat das Wissen, der Laie nicht. Daher hat sie die Aufgabe, dieses Defizit für den Laien zu kom-

pensieren. Sowohl im Abgabe- als auch im Kampfmuster wird davon ausgegangen, dass ein professionelles Besserwissen hinsichtlich der Erziehung von Kindern gegenüber den Eltern vorhanden ist. Schließlich herrscht der Glaube vor, dass professionelle Fachkräfte Elternaufgaben übernehmen können, dass sie also in der Lage sind, elterliche Defizite zu kompensieren. Welches alternative Familienmodell lässt sich diesem Modell gegenüberstellen und welche Haltungen, die eine Abkehr von dem Abgabe- und Kampfmuster möglich machen, könnten daraus folgen?

Systemtheoretisches Familienmodell als Alternative

Mit der soziologischen Systemtheorie (Luhmann 1990, 1990a, *Bommes*; Scherr 2000, S. 176 ff., Kleve 2005, 2005a) können wir davon ausgehen, dass die Familie ein System in der Gesellschaft ist, dessen Funktionen von keinem anderen System kompensiert werden kann. Nach der Theorie funktionaler Differenzierung (Luhmann 1997) als Teil der soziologischen Systemtheorie zerfällt die moderne Gesellschaft in verschiedene Funktionssysteme, zum Beispiel in Wirtschaft, Politik, Recht und Wissenschaft. Die Elemente dieser Systeme sind jedoch keine Menschen, sondern lediglich Handlungen, die von diesen Systemen zu Kommunikationen deklariert werden, wenn sie als anschlussfähig gelten. Die Anschlussfähigkeit von Handlungen wird hergestellt durch bestimmte Medien, auf die sich die Handlungen beziehen müssen, wenn sie kommunikativ für diese Systeme relevant werden wollen.

In der Wirtschaft bestimmt das Medium Geld die Kommunikationen beziehungsweise die Anschlussfähigkeit der Handlungen, in der Politik ist es das Medium Macht, im Rechtssystem das Medium Recht und in der Wissenschaft das Medium Wahrheit. Menschen sind für die Funktionssysteme also nur auf Grund bestimmter Handlungen von Bedeutung, die ihnen als Kommunikationen zugerechnet werden, wenn sie sich auf die jeweiligen Medien beziehen. Man könnte auch sagen, dass Menschen in den Systemen nur mit ganz bestimmten Ausschnitten ihrer Persönlichkeit relevant sind, nur als ganz konkrete Rollenträger: In der Wirtschaft zählen der Käufer und die Käuferin, in der Politik der Wähler und die Wählerin, im Recht der gesetzestreu oder -brüchige Staatsbürger und die Staatsbürgerin, in der Wissenschaft der Autor oder die Autorin wissenschaftlicher Publikationen. In der modernen Gesellschaft gibt es genau genommen keinen Ort, wo die Menschen als Ganzes zählen – außer in den Familien, in Intim- und tendenziell auch in Freundschaftsbeziehungen.

In Familien kommen Menschen sozusagen ganzheitlich zur Geltung. Nicht nur bestimmte Rollen Aspekte sind hier relevant, sondern alles, was außerhalb und innerhalb der Familie passiert, kann Thema familiärer Kommunikation sein. Die Familie bezieht sich auf Menschen in einer Weise, wie dies ansonsten in der modernen Gesellschaft nicht oder nur kaum (nur noch in Intim- und teilweise in Freundschaftsbeziehungen) der Fall ist. Dies macht die besondere Bedeutung der Familie für den modernen Menschen aus. Diese besondere Bedeutung der Familie wurde in den Human- und Sozialwissenschaften seit dem Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, also mit der gänzlichen Etablierung der modernen (funktional-differenzierten) Gesellschaft immer wieder beschrieben – dazu einige Beispiele:

▲ Die *Psychoanalyse* (grundlegend Freud 1999) hebt die besondere Bedeutung der frühen familiären Sozialisation hervor, beschreibt die Ausbildung der psychischen Instanzen Es, Ich und Überich im prägenden Kontext der Beziehungen zu Mutter und Vater und thematisiert des Weiteren das Phasenmodell der Sexualität. Immer spielen hier die Beziehungen zu den Eltern die entscheidende Rolle für die Ausprägung der Persönlichkeit. Kinder internalisieren von ihrer Geburt an (wahrscheinlich bereits im Mutterleib) die elterlichen Kommunikationsangebote, entwickeln ihre psychischen und emotionalen Modelle auf dieser Grundlage. Sie erlernen Liebe und Körperlichkeit in ihrer Familie und tragen schließlich das, was sie in ihrer Familie erfahren haben, in die Welt, was durch das Konzept der Übertragung sehr plausibel beschrieben wird.

▲ Die *Bindungstheorie* (Bowlby 1979) hat die Erkenntnisse, die die Psychoanalyse aus der Rekonstruktion der kindlichen Vergangenheit von Erwachsenen gewonnen hat, empirisch in der Beobachtung von Eltern-Kind-Interaktionen konkretisiert und vertieft. Die frühen Bindungserfahrungen der Menschen, die sie in der Regel im Kontakt mit ihren Eltern machen, prägen ihre Interaktionsmuster ein Leben lang, sie sind Modell für die Beziehungen, die Menschen in ihrem Leben bis zu ihrem Tode eingehen.

▲ Die *Hirnforschung* (Überblick in Roth 2003) bestätigt diese Erkenntnisse aus der Psychoanalyse und der Bindungstheorie, indem sie beschreibt, wie sich bestimmte für die Emotionalität verantwortliche Hirnregionen in den ersten drei Lebensjahren ausbilden und danach kaum noch veränderbar sind.

▲ Die *systemische Familienforschung* (Überblick in Simon; Clement; Stierlin 1999) bündelt diese Ein-

sichten schließlich, indem sie die Eingebundenheit des Menschen in seine Familie über Generationen hinweg thematisiert und verdeutlicht, dass wir nicht nur geprägt sind von dem, was hier und heute in unseren Familien passiert, sondern auch von dem, was in der Vergangenheit geschah. Wir übernehmen Aufträge von unseren Eltern oder Großeltern und geben Aufträge an unsere Kinder weiter, verarbeiten Erfahrungen, die wir selbst gar nicht gemacht haben, die aber unsere Familie weiterhin prägen.

Die Familie beeinflusst uns in einer Weise, wie wir dies kaum glauben können. Diese Einsicht scheint sich immer mehr auch in der populärwissenschaftlichen Literatur Bahn zu brechen, wie etwa in einer Ausgabe der „Psychologie heute compact“ zum Thema „Familienleben. Wie wir wurden, was wir sind“ deutlich wird. Dort schreiben die Familienforscher *Franz J. Neyer* und *Frieder R. Lang* (ohne Jahr, S. 44), dass wir „uns in einer Zeit (befinden), in der die Menschen unbegrenzt mobil und scheinbar frei von traditionellen Bindungen leben können. Viele nehmen deshalb an, verwandtschaftliche Beziehungen seien unwichtig geworden und könnten durch beliebig gewählte Beziehungen ersetzt werden. Diese Annahme ist jedoch falsch. ...Vor allem in schwierigen Lebenslagen in Blut dicker als Wasser“. Im Vorwort derselben Zeitschrift stellt *Ursula Nuber* (ohne Jahr, S. 3) fest: „Gleichgültig, wie stark die Familienbande sind, gleichgültig, wie emotional nah oder fern man sich den Blutsverwandten fühlt – die eigene Herkunft spielt in einer Zeit, in der viele Menschen leicht die Orientierung verlieren, eine immer größere Rolle.“ Ausgehend von einem solchen Familienmodell wollen wir nun fragen, wie die Haltung von Professionellen gestaltet werden müsste, damit in der Elternarbeit Kooperation gelingt.

Haltungen für ein Kooperationsmuster – drei grundsätzliche Thesen

Grundsätzlich lässt sich aus der beschriebenen Funktion der Familie in der modernen Gesellschaft ableiten, dass Professionelle diese Funktion nicht ersetzen können. Denn auch professionelle Kommunikation kann sich nicht – im Gegensatz zu familiärer Kommunikation – ganzheitlich auf Menschen beziehen. Professionelle Kommunikation ist eingebunden in das Funktionssystem der Sozialen Arbeit, der öffentlichen Erziehung oder des Gesundheitssystems und greift daher immer nur auf Ausschnitte von Menschen zu, lediglich auf bestimmte Rollen Aspekte. Die Kommunikation von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, von Erzieherinnen und Erziehern, von Psychologinnen und Psychologen wird nicht (wie in der Familie) vom Medium der Liebe geprägt, sondern

von anderen (professionellen) Kriterien, etwa wirtschaftlichen. Schließlich sind Professionelle in Organisationen eingebunden und als Erwerbstätige beschäftigt, die mit dem, was sie tun, Geld verdienen. Professionelle können die Eltern und die Familie nicht ersetzen, sie können aber Unterstützungen und Hilfen (etwa hinsichtlich der Erziehung) anbieten, damit Eltern und Familien ihre Funktion gelingender erfüllen können. Die erste These lautet daher: *Die Funktionen der Eltern und Familien können professionell nicht kompensiert (nicht ersetzt), aber konstruktiv unterstützt und gestärkt werden.*

Wie kann jedoch die elterliche beziehungsweise familiäre Funktion konstruktiv gestützt werden? Als Grundlage dafür sollte die Einsicht stehen, dass Eltern am besten wissen, was gut für sie ist, dass sie auch ein Gespür dafür haben, was gut für ihre Kinder ist, dass sie Experten in eigener Sache sind. Es geht hier darum, die klassische professionelle Asymmetrie aufzubrechen, nach der Klienten und Klientinnen Laien und Professionelle Experten und Expertinnen sind. Im Gegensatz dazu wird empfohlen, die Klienten und Klientinnen als Experten für die eigenen Belange zu betrachten. Die Fachkräfte haben in diesem Zusammenhang die Aufgabe, diesen Expertenstatus der Eltern zum Vorschein zu bringen, die Eltern zu stützen, sodass sie sich trauen, selbst herauszufinden, was das Beste für sie und ihre Kinder ist. So lautet die zweite These: *Eltern sind Experten für die Erziehung ihrer Kinder. Eltern sollten hinsichtlich dieser Expertenrolle angesprochen werden.*

Eine dritte Haltung resultiert aus den ersten beiden Thesen: Wenn die Familienfunktionen nicht professionell kompensiert werden können, dann haben die Kommunikationen von Professionellen mit Familienmitgliedern (etwa mit Kindern und Jugendlichen) auch weniger veränderungsinizierende Wirkung als familiäre Kommunikationen (etwa von Eltern). Das, was Eltern tun, tangiert Kinder und Jugendliche immer stärker als das, was von den Fachkräften getan wird. Davon ausgehend lautet die dritte These: *Wenn das Verhalten von Kindern oder Jugendlichen zur Disposition steht, wenn es verändert werden soll, dann kann diese Veränderung vor allem über die Eltern geschehen.*

Helferrollen für die Herstellung von Kooperationsmustern

Die These, der im Folgenden nachgegangen werden soll, lautet, *dass Kooperationsmuster herstellbar sind, wenn die Professionellen von dem beschriebenen Familienmodell und den erläuterten Haltungen ausgehen.* Das bedeutet, dass Schwierigkeiten mit Kli-

entinnen und Klienten nicht nur diesen zugerechnet werden, sondern dass immer auch zu untersuchen ist, was die Professionellen ändern müssen oder können, damit sich die Wahrscheinlichkeit einer Kooperationsbeziehung erhöhen kann.

Allerdings ist es bei der Herstellung von Kooperationsbeziehungen in der Elternarbeit ausgesprochen wichtig, dass die unterschiedlichen Hilfesysteme ihre jeweiligen Rollen im Kontakt zueinander und vor allem im Kontakt zu den Eltern genau und transparent definieren. Insbesondere in Fällen im so genannten Grau- beziehungsweise Gefährdungsbereich, also wenn entweder infrage steht, ob Eltern das Wohl ihrer Kinder gefährden, oder darüber Klarheit besteht, ist die Funktion der jeweiligen Helfenden genau zu bestimmen – zusätzlich wird diese Klarheit hinsichtlich der jeweiligen Funktionen deutlich, wenn die Eltern sich im Kampfmuster befinden und (zunächst) jede Unterstützung ablehnen. Hier kann vom öffentlichen Jugendhilfeträger, vom Jugendamt oder vom Allgemeinen Sozialpädagogischen Dienst erwartet werden, dass das staatliche Wächteramt und damit die Schutzfunktion den Kindern gegenüber sowie die Kontrollfunktion den Eltern gegenüber artikuliert und realisiert werden.

Die Eltern sind von den Schritten zu unterrichten, die das Jugendamt gehen wird, wenn die Kindeswohlgefährdung anhält und wenn die Eltern nicht nach Alternativen zur problematischen Situation suchen. Erst bei einer solch klaren Position des Jugendamtes den Eltern gegenüber ist es für einen freien Träger der Jugendhilfe möglich, eine Arbeit zu gestalten, in der sich die Chancen zur Herstellung einer Kooperationsbeziehung erhöhen. Es geht hier also darum, die Ambivalenz von Hilfe und Kontrolle (Kleve 1999, S. 244 ff.), die jede Soziale Arbeit in Selbst- und Fremdgefährdungssituationen kennzeichnet, institutionell und damit freilich auch personell aufzuteilen: *Für den Kinderschutz und die Elternkontrolle ist das Jugendamt als Träger des staatlichen Wächteramtes zuständig; für die Etablierung einer Kooperationsbeziehung mit den Eltern und die intensive Arbeit an den Problemen der Familie ist der freie Träger verantwortlich.*

Wir haben es hier mit einer Situation zu tun, in der das Jugendamt insbesondere das Wohl und den Schutz des Kindes im Blick hat und den Eltern gegenüber eine Kontroll- und Druckfunktion ausübt. Der freie Träger hat demgegenüber vor allem die Eltern im Blick und bietet diesen eine Zusammenarbeit an, um ihnen dabei zu helfen, (wieder) eine Familiensituation zu schaffen, in der das Jugendamt

seinen Kontrolldruck abstellt. Erst vor dem Hintergrund dieser klaren Aufgabenteilung ist das folgende Beispiel für die Gestaltung von Kooperationsbeziehungen in der Elternarbeit zu verstehen.

Beispiel für die Herstellung von Kooperationsmustern

Wie die Kooperationsbeziehungen zwischen Eltern und Helfenden vor dem Hintergrund einer klar abgesprochenen Aufgabenteilung zwischen öffentlichen und freien Trägern konstruktiv gestaltet werden können, zeigt das folgende Beispiel von *Michael Biene* (2003, S. 7 f.), das die Anfangsphase des Jugendhilfeprojektes Triangel (ausführlicher dazu *Kleve* 2005a) veranschaulicht. *Biene* schildert die Begebenheit mit einem Vater, der nach einem Erstgespräch nicht wiederkam. Das Team der Jugendhilfeeinrichtung machte dessen Alkoholproblematik dafür verantwortlich; diese Sichtweise verfestigte allerdings nur die Erfahrung, dass auch dieser Klient, wie viele andere, nicht motiviert sei und fokussierte alle Handlungen und Aufmerksamkeiten auf diesen Aspekt.

Aber dann kam die entscheidende Wende: „Wir spielten z.B. im Team das Erstgespräch nach, das ich mit dem Vater geführt hatte, der ‚wegen seiner Alkoholproblematik nicht wiederkam‘. Und dann passierte etwas Unvermutetes. Der Kollege, der den Vater spielte, sagte mir schon nach wenigen Minuten: ‚Wenn ich dieser Vater wäre, würde ich auch nicht wieder zu einem Gespräch mit dir kommen‘. Das war verblüffend und auch etwas beschämend, aber es führte zu der Frage, was ich denn ‚falsch‘ machte und welches Verhalten der Vater von mir bräuchte, um Interesse an einer Zusammenarbeit entwickeln zu können. Wir probierten eine ganze Zeit im Rollenspiel, Alternativen zu finden. Alle fachlich fundierten Gesprächsführungsformen verschlimmerten jedoch die Abneigung des Vaters gegen mich nur. Schließlich blieb nur eine etwas unkonventionelle Möglichkeit. Ich rief den Vater an und entschuldigte mich dafür, dass ich ihn im ersten Gespräch versucht hatte zu bevormunden und sagte, dass ich es verstehen könne, wenn er unter diesen Umständen kein Interesse mehr hatte, mit mir zu sprechen... und er wollte plötzlich ein zweites Gespräch...“ (*Biene* 2003, S. 7 f.).

Was war hier passiert? Die Autonomie der Verhaltensweisen des Vaters wurde (wieder) ernst genommen, er wurde hinsichtlich seines Verhaltens nicht (mehr) abgewertet und pathologisiert. Vielmehr wurde jetzt – und dies verweist freilich auch auf eine professionelle Gesprächsführung, und zwar im Sinne von *Carl Rogers* (1985) – wertschätzend, empathisch und kongruent mit ihm umgegangen. Der Helfer hat

seine vermeintlich überlegene Position, sein professionelles Besserwissen verlassen und eine für den Vater glaubwürdige Interaktion angeboten, die eine Haltung vorbereitet, die den Vater zum Experten in seiner und in der Sache seiner Kinder macht.

Dass eine Kooperationsbeziehung entsteht, setzt also voraus, dass Professionelle sich fragen, zu welchen Verhaltensweisen und Handlungen sie die Klientinnen und Klienten einladen. Ist es die intendierte Kooperation, zu der sie einladen, oder fördert sie Abwehr und Verweigerung? Damit sich ein Kooperationsmuster etabliert, ist es erforderlich, dass Professionelle intensiv an ihren eigenen Haltungen arbeiten. Diese Haltungsarbeit erfordert insbesondere die Reflexion des eigenen Familienmodells und gegebenenfalls dessen Veränderung sowie die intensive Kooperation der beteiligten Hilfesysteme, insbesondere der öffentlichen und freien Träger. Erst diese Kooperation auf der Ebene der Fachkräfte erlaubt es, die Ambivalenz von Hilfe und Kontrolle in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu nutzen, um mit Eltern konstruktiv zu kooperieren.

Literatur

- Biene, M.:** Bausteine der Triangel-Elternaktivierung. Manuskript ohne Jahr
- Biene, M.:** Geschichte des Triangelkonzeptes. In: Eckart. Evangelischer Fachverband für Erziehungshilfen Westfalen-Lippe (Hrsg.): Elternaktivierung. Evaluation und Beschreibung des so genannten Triangel-Konzeptes (neu SIT). Münster 2003, S. 5-11
- Biene, M.:** Elternaktivierende Arbeit im Gefährdungsbereich. Handout zur gleichnamigen Fachtagung im Kinder- und Jugendhilfezentrum Berlin-Neukölln. Manuskript. Berlin 2004
- Bommes, M.;** Scherr, A.: Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe. Weinheim/München 2000
- Bowlby, J.:** Das Glück und die Trauer. Herstellung und Lösung affektiver Bindungen. Stuttgart 1979
- Freud, S.:** Gesammelte Werke. Frankfurt am Main 1999
- Kleve, H.:** Postmoderne Sozialarbeit. Ein systemtheoretisch-konstruktivistischer Beitrag zur Sozialarbeitswissenschaft. Aachen 1999
- Kleve, H.:** Sozialarbeitswissenschaft, Systemtheorie und Postmoderne. Grundlegungen und Anwendungen eines Theorie- und Methodenprogramms. Freiburg im Breisgau 2003
- Kleve, H.:** Zwei Logiken des Helfens. Eine (system)theoretische Betrachtung. In: Soziale Arbeit 6/2003a, S. 220-227
- Kleve, H.:** Soziale Arbeit mit Familien und soziologische Systemtheorie. In: neue praxis 1/2005, S. 5-18; auch in: Das gepfefferte Ferkel. Online-Journal für systemisches Denken und Handeln: <http://www.ibs-networld.de/ferkel/juli-2004-kleve-familien.shtml>
- Kleve, H.:** Soziale Arbeit mit Familien. Ein Weg, der zu gelingendem Aufwachsen führt. Systemtheoretische Betrachtungen. In: rundbrief gilde soziale arbeit 2/2005a
- Luhmann, N.:** Sozialesystem Familie. In: ders. Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen 1990, S. 196-217

- Luhmann, N.:** Glück und Unglück der Kommunikation in Familien. In: ders.: a.a.O. Opladen 1990a, S. 218-227
- Luhmann, N.:** Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1997
- Neyer, J.F.;** Lang, F.R.: Wie dick ist Blut. In: Psychologie heute compact 12/ohne Jahr, S. 44-49
- Nuber, U.:** Vorwort. In: Psychologie heute compact 12/ohne Jahr, S. 3
- Rogers, C.:** Die nichtdirektive Beratung. Frankfurt am Main 1985
- Roth, G.:** Aus Sicht des Gehirns. Frankfurt am Main 2003
- Simon, F.B.;** Clement, U.; Stierlin, H.: Die Sprache der Familientherapie. Ein Vokabular. Kritischer Überblick und Integration systemtherapeutischer Begriffe, Konzepte und Methoden. Stuttgart 1999

► Allgemeines

Verantwortungsbewusste Unternehmensführung. Die Diakonische Konferenz hat auf ihrer Jahrestagung eine Selbstverpflichtung zu verantwortungsbewusster Unternehmensführung beschlossen. Sie empfiehlt den Mitgliedern des Diakonischen Werks mit mehr als 50 Vollzeitkräften und mehr als 2 Mio. Euro Jahresumsatz, den „Corporate Governance Kodex für die Diakonie“ zu übernehmen. Dieser enthält Standards und Empfehlungen, die vor allem die Transparenz der Einrichtungen verbessern, das Vertrauen in der Öffentlichkeit stärken, Kommunikations- und Verwaltungsstrukturen optimieren sowie die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen steigern sollen. Gesetzlich vorgeschrieben ist der Corporate Governance Kodex bisher nur für Aktiengesellschaften. Entsprechende Vorgaben für Vereine mit steuerlichen Privilegien und Spenden sammelnden Vereinen werden derzeit vom Gesetzgeber diskutiert. *Quelle: www.diakonie.de*

Spurensuche. Mit dem „Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten“ fordert die Körber-Stiftung alle zwei Jahre Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren zur historischen Spurensuche in der Lokal- und Regionalgeschichte auf. Im Internet findet sich unter www.geschichtswettbewerb.de eine Datenbank, in der alle preisgekrönten Wettbewerbsarbeiten des Geschichtswettbewerbs von 1974 bis 2003 verzeichnet sind. Mehr als 7 000 Beiträge, die mit Kurzbeschreibungen zum Inhalt versehen sind, lassen sich hier recherchieren und können zur Ansicht in eine Bibliothek oder ein öffentliches Archiv bestellt werden. *Quelle: Mitteilung der Körber-Stiftung*

Dramatischer Bevölkerungsrückgang. Die Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland wird bis zur Jahrhundertmitte voraussichtlich um mehr als 50 % schrumpfen – von derzeit mehr als 10 Mio. auf ungefähr 4,5 Mio. im Jahr 2050. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) warnt deshalb in einer aktuellen Studie vor den Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung und die Zukunft Ostdeutschlands. Nach Ansicht der Arbeitsmarktforschenden ist keineswegs sicher, dass der Rückgang der Erwerbsbevölkerung den Druck vom ostdeutschen Arbeitsmarkt nehmen wird. Vom Rückgang und der Alterung der Bevölkerung gehen nach Einschätzung des IAB erhebliche Gefahren für das ostdeutsche Wirtschaftswachstum aus. Zum einen schwächt die sinkende Erwerbspersonenzahl das Wachstumspotenzial. Zum anderen verringert der rückläufige Bevölkerungstrend auch die Zahl der Konsumierenden und droht dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu dämpfen. Die Gesamtbevölkerung in den neuen Bundesländern wird sich von heute knapp 15 Mio. auf rund 9 Mio. im Jahr 2050 reduzieren, also um rund 40 %. Um den Abwärtstrend aufzuhalten, wäre eine rasche und kräftige Erhöhung der Geburtenrate notwendig. Dies sei aber eher unwahrscheinlich und wirke sich zudem erst langfristig

aus, geben die Arbeitsmarktforschenden zu bedenken. Man werde sich wohl darauf einstellen müssen, dass der Bevölkerungsrückgang nur durch eine Zuwanderung aus dem In- und Ausland gebremst werden kann. Um dem in Zukunft drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, seien außerdem verstärkte Investitionen im Bildungsbereich erforderlich. Die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern ist dabei nur zu einem kleinen Teil der Abwanderung Ostdeutscher in den Westen zuzuschreiben. Ganz ohne Wanderungen fällt der Rückgang der Erwerbsbevölkerung kaum schwächer aus – im Jahre 2050 wären es nur etwa 300 000 Personen mehr, also 4,8 Mio. Der wesentliche Grund für die stark negative Bevölkerungsentwicklung ist der Geburtenausfall nach der Wende, der unter anderem auf ökonomische Unsicherheiten und eine Angleichung der Verhaltensmuster an den Westen zurückzuführen ist. In den alten Bundesländern ist ebenfalls ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung zu erwarten, der jedoch mit rund 25 Prozent sehr viel schwächer ausfallen wird. Der Grund: Im Westen wirkt die Zuwanderung dem Rückgang entgegen. Der IAB-Kurzbericht „Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten“ kann im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb1905.pdf> abgerufen werden.

► Soziales

Frührente. Im Teletext verschiedener Privatsender werden Informationen über den angeblichen „Wegfall der Frührente“ verbreitet, die Zuschauer und Zuschauerinnen dazu bewegen sollen, kostenpflichtige 0190er-Rufnummern in Anspruch zu nehmen. So war zu lesen, dass die Möglichkeit der Frühverrentung in der gesetzlichen Rentenversicherung zum Ende des Jahres entfallende und es dann „nur noch Rente ab 65“ gäbe. Per Faxabruf oder unter einer Servicenummer könne man sich jedoch über „Schlupflöcher“ informieren, um diese Einschränkungen zu umgehen. Diese Meldungen verunsichern vor allem Frauen und Arbeitslose beziehungsweise in Altersteilzeit arbeitende Versicherte, die sich schon auf ihre Rente eingestellt haben. Die Deutsche Rentenversicherung Hessen stellte in einer Pressemitteilung klar, dass sich an der seit fast zwei Jahren bestehenden Rechtslage keine Änderungen ergeben haben: Nach wie vor können Frauen unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig Altersrente erhalten, ebenso arbeitslose oder in Altersteilzeit arbeitende Versicherte. Berechtig sind die Geburtsjahrgänge 1951 und älter. Richtig ist einzig und allein – aber auch das ist nicht neu –, dass ab dem Jahr 2006 der frühestmögliche Beginn der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit angehoben wird. Allerdings gibt es unverändert die bekannten Vertrauensschutzregelungen, die weiterhin den Rentenbezug vom 60. Lebensjahr an erlauben. Individuelle Informationen erhalten die Versicherten bei ihrer Rentenversicherung. Rentenexperten raten dringend davon ab, sich die zweifelhaften kostenpflichtigen Tipps und Informationen per Telefon oder Faxabruf über teure 0190er-Nummern geben zu lassen. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Hessen vom 9. November 2005*

Kindergeld. Für Kinder zwischen 18 und 27 Jahren werden unter bestimmten Voraussetzungen Kindergeld und Freibeträge gewährt. Sie müssen sich in der Berufsausbildung befinden und dürfen nicht mehr als 7 680 Euro im Jahr

verdienen. Das Bundesverfassungsgericht hat nun festgestellt, dass zur Ermittlung des Grenzbetrags bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit der Arbeitnehmeranteil der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) abzuziehen ist (AZ 2 BVR 167/02). Eltern, denen bisher die Zahlung von Kindergeld versagt wurde oder die in den Jahren 2001 bis 2005 keinen Antrag gestellt haben, weil die Kinder zu hohe Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit hatten, sollten prüfen, ob der Grenzbetrag nach Abzug der auf der Lohnsteuerkarte bescheinigten Sozialversicherungsbeiträge unterschritten wird. Ist dies der Fall, sollte erneut Kindergeld beantragt werden. *Quelle: ver.di PUBLIK 11/2005*

Stille Reserve. Der Umfang der Unterbeschäftigung hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Während die Zahl der registrierten Arbeitslosen zugenommen hat, ist die so genannte Stille Reserve kleiner geworden, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In der Summe fehlen damals wie heute mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze. Zur Stillen Reserve gehören diejenigen, die keine Beschäftigung haben, grundsätzlich aber erwerbsbereit wären und aus den verschiedensten Gründen nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen. Manche ziehen sich vom Arbeitsmarkt zurück, da sie keine Chancen für sich sehen, andere gehen vorzeitig in Rente oder nehmen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie einer beruflichen Weiterbildung teil. Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- oder Struktur Anpassungsmaßnahmen werden dagegen nicht zu dieser Gruppe gezählt; sie sind im statistischen Sinne erwerbstätig. Im Jahr 2004 gehörten der IAB-Studie zufolge rund 1,6 Millionen Personen dazu. Den erheblichen Rückgang durch die Hartz IV-Reform am Jahresbeginn 2005 kann die Studie nicht exakt beziffern: Die ihr zu Grunde liegende Datenbasis lässt dies derzeit noch nicht zu. Für das Jahr 2005 schätzt das IAB die Stille Reserve auf rund 1,4 Millionen. Nahezu über den gesamten Zeitraum nach der Wiedervereinigung sind davon mehr Frauen als Männer betroffen. Lediglich die stärkere Inanspruchnahme von Vorruhestandsleistungen durch die Männer führte in den Jahren 1992 und 1993 dazu, dass sich dieses Verhältnis geringfügig umkehrte. Inzwischen hat sich dies geändert: Frauen stellen im Westen wie im Osten wieder den größeren Anteil. *Quelle: www.iab.de*

► Gesundheit

Herz-Kreislauferkrankung häufigste Todesursache.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, starben nach den Ergebnissen der Todesursachenstatistik im Jahr 2004 in Deutschland 818 271 Personen (383 388 Männer und 434 883 Frauen), 4,2 % weniger als im Vorjahr. Bei nahezu jedem, jeder zweiten Verstorbenen wurde wie auch in den Vorjahren der Tod durch eine Erkrankung des Kreislaufsystems ausgelöst. Infolge von Kreislaufkrankungen starben insbesondere ältere Menschen: Über 90 % der Verstorbenen waren über 65 Jahre alt. Frauen starben häufiger an einer Kreislaufkrankung, weil sie im Durchschnitt älter werden als Männer. Am Herzinfarkt, der zur Gruppe der Kreislaufkrankungen gehört, verstarben 67 149 Menschen, davon 54,8 % Männer und nur 45,2 % Frauen. Einem Krebsleiden erlag im Jahr 2004 ein Viertel aller Verstorbenen (111 013 Männer und 98 316 Frauen). Bei Männern hatten bösartige Neubildungen der Verdauungs- und der

Atmungsorgane die größte Bedeutung, bei Frauen dominierten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane sowie der Brustdrüsen. An nichtnatürlichen Todesursachen (Verletzungen und Vergiftungen) starben 33 309 Personen (20 758 Männer und 12 551 Frauen). 10 733 Menschen schieden im Jahr 2004 durch Suizid aus dem Leben, davon 74 % Männer und 26 % Frauen. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 2. November 2005*

Pflege der Eltern. Fast die Hälfte aller Bundesbürgerinnen und -bürger würde ihre pflegebedürftigen Eltern „auf jeden Fall“ zu Hause betreuen. Das geht aus einer repräsentativen Emnid-Umfrage hervor. Das Institut hatte 1 004 Personen im Auftrag des Magazins „chrison“ befragt. Diese Bereitschaft ist allerdings geringer ausgeprägt, je höher das Bildungsniveau ist: Nur 37 % der Menschen mit Abitur würden ihre Eltern auf jeden Fall pflegen, dagegen 72 % der Befragten mit Volksschulabschluss ohne Lehre. 21 % erklärten ihre Bereitschaft, wenn die Partnerschaft oder die Familie nicht darunter leidet. Diese Einschränkung machten eher Besserverdienende (23 % derjenigen, die mehr als 2 500 Euro netto im Monat verdienen), aber nur 12 % der Befragten mit einem Monatseinkommen von bis zu 1 000 Euro. „Keine Zeit“ ist dagegen kaum ein Argument: Nur 5 % nannten diesen Hinderungsgrund. *Quelle: chrison 10/2005*

Wegweiser für Migrantinnen und Migranten. Der BKK Bundesverband gibt die Broschüre „Gesundheit Hand in Hand. Das deutsche Gesundheitssystem. Ein Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ in neun verschiedenen Sprachen heraus. Er erläutert, auf welche Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen Anspruch besteht, welche Möglichkeiten der Vorsorge es gibt oder was beim Arztbesuch oder bei der Einweisung ins Krankenhaus zu beachten ist. „Der Gesundheitswegweiser vermittelt Grundlagenwissen, fördert einen selbstbewussten Umgang mit den vielfältigen medizinischen Einrichtungen und die sachbezogene Auswahl bei Alternativen“, erklärte K.-Dieter Voß, Vorstand beim BKK Bundesverband. Der Wegweiser erscheint derzeit in Türkisch, Arabisch, Russisch, Serbisch, Bosnisch, Kroatisch sowie Französisch, Englisch und Deutsch. Er ist als Broschüre beim Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. zu beziehen (Tel.: 05 11/16 84 10 20) oder über das Internet in allen Versionen unter www.bkk-promig.de verfügbar. Ausgaben in weiteren Sprachen sind in Vorbereitung. *Quelle: www.bkk.de*

► Jugend und Familie

Familienorientierte Arbeitszeit. Familienorientierte Arbeitszeitmuster verbessern die Balance von Familie und Beruf und gestalten die Arbeitswelt familienfreundlicher. Ergänzend zu betriebswirtschaftlich ausgerichteten Berechnungen zeigt ein neues Gutachten von *Bert Rürup* und *Sandra Gruescu*, dass familienorientierte Arbeitszeitmuster nicht nur positive Effekte für die Unternehmen und Erwerbspersonen, sondern auch auf makroökonomischer Ebene haben. Wenn mehr Frauen mit Kindern ihre Erwerbswünsche realisieren können, steigt das Arbeitskräftepotenzial. Infolge einer besseren Koordination von familiären und beruflichen Anforderungen ist ein Anstieg der Geburtenrate wahrscheinlich. Beide Entwicklungen führen im Ergebnis zu einem höheren wirtschaftlichen Wachstum.

Das 50 Seiten umfassende Gutachten „Familienorientierte Arbeitszeitmuster – Neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung“ kann über das Internet (www.bmfsfj.de/Politikbe-reiche/familie,did=25856.html) eingesehen werden.

Fernsehberatung. „Programmberatung für Eltern e.V.“ bietet über das Projekt FLIMMO medienpädagogische Informationen sowie Bewertungen zur Eignung aktueller Fernsehsendungen für Kinder im Alter von drei bis 13 Jahren. In kurzen Texten werden Aspekte des kindlichen Fernseherlebens erläutert, Tipps zur Fernseherziehung gegeben und für Kinder und Eltern Interessantes aus der Fernseh- und Medienlandschaft berichtet. Die Orientierungshilfen sind unter www.flimmo.tv im Internet zu finden.

Elternzeit für Väter. Männer sprechen sich mehrheitlich für das Elterngeld und eine bessere Vereinbarkeit von Vaterschaft und Beruf aus. Das ergab eine Umfrage des Allensbach-Instituts, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wurde. Für 56 % der befragten Väter und Männer mit einem (weiteren) Kinderwunsch ist ein einkommensabhängiges Elterngeld in Höhe von bis zu 1 800 Euro monatlich ein Anreiz, bis zu einem Jahr die Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Gleiches gilt für 48 % der Väter, die sich keine weiteren Kinder mehr wünschen. Finanzielle und berufliche Aspekte sind nach Angaben junger Männer noch vor mangelnden Betreuungsmöglichkeiten Gründe, die gegen (weitere) Kinder sprechen. Außerdem hat die Prognos AG im Auftrag des Familienministeriums eine Expertise zu „Väterfreundlichen Maßnahmen im Unterneh-

men“ erstellt, in der unter anderem drei Praxisbeispiele väterfreundlicher Personalpolitik als Anregung für andere Unternehmen vorgestellt werden. Die Allensbach-Studie sowie die Prognos-Expertise können über die Homepage des BMFSFJ (www.bmfsfj.de) heruntergeladen werden.
Quelle: Paritätischer Rundbrief Berlin 10/2005

Öffentlich geförderte Jugendarbeit. Im Jahr 2004 wurden 97 300 Maßnahmen der Jugendarbeit von öffentlichen Stellen, das heißt von Bund, Ländern, Gemeinden oder der Europäischen Union, finanziell gefördert. Im Vergleich zur vorhergehenden Erhebung im Jahr 2000 ergibt dies einen Rückgang von 17 %. Auch die Zahl der jungen Menschen, die an Veranstaltungen der öffentlich geförderten Jugendarbeit teilgenommen haben, verminderte sich gegenüber dem Jahr 2000 um knapp 880 000 oder circa 19 % auf 3,7 Mio. Personen. Zu diesen zählten im Jahr 2004 rund 46 000 Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe mit etwa 1,95 Mio. Teilnehmenden. Vier Jahre zuvor boten noch knapp 60 000 Veranstaltungen Erholungen für 2,45 Mio. Kinder und Jugendliche an. Damit sank deren Zahl binnen vier Jahren um 23 %, die der Teilnehmenden um 20 %. Nicht so stark gingen die Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe für Jugendarbeit zurück. Sie beliefen sich im Jahr 2004 auf 260 Mio. Euro gegenüber 269 Mio. Euro im Jahr 2000 (minus 3%). Für Kinder- und Jugendberufshilfe gaben die öffentlichen Träger mit 67 Mio. Euro allerdings rund 20 % weniger als noch vier Jahre zuvor aus. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 10. November 2005*

Anzeige Bank

Familienbande. Der Generationenpakt in Deutschland funktioniert auf familiärer Basis. Nach einer Umfrage, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wurde, berichten 91 % aller Befragten und 96 % der jüngeren im Alter von 14 bis 34 Jahren von einem guten Verhältnis zu den eigenen Eltern und Großeltern. Die Kontakte zwischen den Familienmitgliedern sind intensiv, die überwiegende Mehrheit ist mit der Kontakthäufigkeit zufrieden. 86 % der Befragten sind der Meinung, dass man sich bei wichtigen Entscheidungen auf den Rat der älteren Menschen verlassen sollte. Die Jüngeren wünschen, dass Ältere ihr Wissen Betrieben und Schulen zur Verfügung stellen (81 %), ehrenamtliche Aufgaben (71 %) und mehr Verantwortung für Kinder und Enkelkinder (59 %) übernehmen sollen. Die Älteren wollen, dass die Jüngeren gesund bleiben (90 %), finanzielle Vorsorge für ihr Alter treffen (85 %), die Erfahrungen und das Wissen der Älteren aufgreifen (84 %), ehrenamtliche Aufgaben übernehmen (75 %) und ihre Eltern pflegen (63 %). *Quelle: VdK Zeitung 11.2005*

► Ausbildung und Beruf

Forschungsportal. Das neue Internetportal „forschungsportal.net“ durchsucht zwölf Millionen Webseiten von 27 000 Webservern aller öffentlich finanzierten deutschen Forschungseinrichtungen, darunter auch Hoch- und Fachhochschulen, nach Themen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Vierjahresprojekt der Universität Hannover mit über 600 000 Euro gefördert. Neu und exklusiv ist die Möglichkeit, nach allen bei der Deutschen Bibliothek hinterlegten Dissertationen zu suchen. *Quelle: GGW – Das Wissenschaftsforum in Gesundheit und Gesellschaft 4/2005*

Faires Praktikum. Mit dem Gütesiegel „Fair Company“ zeichnet „Junge Karriere“, das Job-Magazin der Verlagsgruppe Handelsblatt in Düsseldorf, Unternehmen aus, die keine Vollzeitstellen durch Praktikantinnen und Praktikanten oder Hospitierende ersetzen, Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die sich auf eine feste Stelle bewerben, nicht mit einem Praktikum vertrösten, keine Praktikanten und Praktikantinnen mit der vagen Aussicht auf eine anschließende Vollzeitstelle werben, Praktika vornehmlich zur beruflichen Orientierung während der Ausbildungsphase anbieten und eine adäquate Aufwandsentschädigung bezahlen. Der Initiative haben sich mittlerweile mehr als 200, zum Teil namhafte Firmen angeschlossen. Auch die Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nimmt sich verstärkt des Themas Praktikum an. Ihr „Leitfaden für ein faires Praktikum“ kann im Internet unter www.studentsatwork.org eingesehen werden. Außerdem berät der DGB Praktikantinnen und Praktikanten in rechtlichen Fragen. *Quelle: Das Parlament 24. Oktober 2005*

1.2.2006 Mainz. Fachtagung: Kinder und Jugendliche mit dem Stempel schwierig verstehen. Information: Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, Hartmühlenweg 8, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/96 71-40, -41, Fax: 061 31/96 71-40, -42

7.2.2006 Hannover. Schwaches Alter? Starkes Alter? Neues Alter(n)?! Information und Anmeldung: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fensckeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, Fax: 05 11/350 55 95, Internet: www.gesundheit-nds.de E-Mail: info@gesundheit-nds.de

10.2.2006 Meckenbeuren-Hegenberg. Fachtagung: Eine fast normale Familie – Alltag und Unterstützungsbedarf von Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern. Anmeldung und Information: Stiftung Liebenau, Siggenweilerstr. 11, 88074 Meckenbeuren, Tel.: 075 42/10 12 07, Internet: www.stiftung-liebenau.de

20.-21.2.2006 Leipzig. Fachtagung: mitSPIELtagung. Information: Netzwerk Leipzig-Südost e.V., Stötteritzer Str. 43, 04317 Leipzig, Tel./Fax: 03 41/990 23 09

8.-10.3.2006 Interlaken/Schweiz. Tagung: Neue Technologien und Kriminalität: Neue Kriminologie? Information und Anmeldung: Sandro Cimichella, Glanzenbergstr. 28, CH-8953 Dietikon

27.-29.3.2006 Berlin. Kulturelle Kinder- und Jugendbildung – eine Neuorientierung? Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/390 01-258, -259, Fax: 030/390 01-268, Internet: www.difu.de, E-Mail: leute@difu.de

3.4.2006 Mannheim. Tagung: 17. Tag des Kindeswohls. Verbleib oder Rückkehr?! – Perspektiven für Pflegekinder aus psychologischer und rechtlicher Sicht. Information und Anmeldung: Stiftung zum Wohl des Pflegekindes, Lupinenweg 33, 37603 Holzminden, Tel.: 055 31/51 55, Fax: 055 31/67 83, Internet: www.Stiftung-Pflegekind.de E-Mail: 055315155@t-online.de

3.-5.5.2006 Düsseldorf. Kongress: 77. Deutscher Fürsorgetag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.: Mut zur sozialen Verantwortung! Information und Anmeldung: Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-616, -617, Fax: 030/ 629 80-650, Internet: www.deutscher-verein.de, E-Mail: dft@deutscher-verein.de

Bibliographie

Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie / Sozialgeschichte

Kunz, Daniel: Menschenrechte und Beratung: Selbstverständnis selbstverständlich erweitern. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 3, S. 6-7. *DZI-2643z*

Schrappner, Christian: Andreas Mehringer (1911-2004) – ein Leben in zwei Zeiten: Anmerkungen und Fragen zu Leben und Werk. - In: Unsere Jugend ; Jg. 57, 2005, Nr. 9, S. 385-393. *DZI-0135*

Sileny, Maria: Die fremde Schwester: Islamische und christliche Frauen suchen Wege zueinander. - In: KDFB Engagiert ; 2005, Nr. 10, S. 16-19. *DZI-0503z*

2.01 Staat/Gesellschaft

Koch, Christian: Die Perlen im Internet: Fachinformation. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 15, 2005, Nr. 5, S. 28-32. *DZI-2991z*

Seifert, Ruth: Healing Individuals – Healing Communities: kriegerische Konflikte und Soziale Arbeit. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 15, S. 2-5. *DZI-2220z*

2.02 Sozialpolitik

Achenbach, Gabriele: Fließender Übergang: Vernetzungsmodelle und Überleitungskonzepte für komplexe Versorgungssituationen. - In: Nightingale ; Jg. 03, 2005, Nr. 3, S. 34-40. *DZI-3033*

Becker, Thomas: Sozialmonitoring zeigt Lücken und Lösungen. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 14, S. 9-17. *DZI-0015z*

Butterwegge, Christoph: Die solidarische Bürgerversicherung – eine Alternative zum Abbau des Sozialstaates? - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 59, 2005, Nr. 7/8, S. 50-53. *DZI-0079z*

Funk, Marianne: Stattliche Pfründe? Die Illusion der Niedergelassenen über ihre Leistungschancen außerhalb der GKV. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 37, 2005, Nr. 3, S. 659-664. *DZI-2944*

Hansmeier, Thomas: Qualitätssicherung bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – Entwicklung eines Rehabilitandenfragebogens. - In: Die Angestelltenversicherung ; Jg. 52, 2005, Nr. 8, S. 371-379. *DZI-0902*

Krug, Peter: Finanzierung des Lebenslangen Lernens: Anmerkungen zum Bericht der Expertenkommission vom 28. Juli 2004. - In: Recht der Jugend und

des Bildungswesens ; Jg. 53, 2005, Nr. 2, S. 236-243. *DZI-0740*

Roggenkamp, Günter: Zusätzliche private Altersvorsorge – notwendige Ergänzung zur gesetzlichen Rente? - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 59, 2005, Nr. 7/8, S. 54-63. *DZI-0079z*

Vogel, Johann Peter: Der Zerfall der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzhilfe an Ersatzschulen: aus Anlass des Beschlusses zur Landeskinderklausel vom 23. November 2004. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 53, 2005, Nr. 2, S. 255-267. *DZI-0740*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Grzech-Sukalo, Hiltraud: Arbeit soll nicht krank machen. - In: Pflege aktuell ; Jg. 59, 2005, Nr. 9, S. 472-474. *DZI-1010z*

Hoffmann, Alfred T.: Vom Heimleiter zum Manager: Rollenverständnis. - In: Altenheim ; Jg. 44, 2005, Nr. 8, S. 18-20. *DZI-1449*

Menning, Sonja: GeroStat – Statistische Daten: Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit im höheren Erwerbsalter – ein statistischer Überblick. - In: Informationsdienst Altersfragen ; Jg. 32, 2005, Nr. 5, S. 11-13. *DZI-3024*

Sans, Reiner: Zusatzjobs bilden die „Quadratur des Kreises“. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 16, S. 32-36. *DZI-0015z*

Stolterfoht, Barbara: Armut und Reichtum in einem gespaltenen Land: Die gesellschaftliche Entwicklung im Spiegel des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts. - In: Unsere Jugend ; Jg. 57, 2005, Nr. 9, S. 354-364. *DZI-0135*

Vespermann, Susanne: Beratung unter Gleichen: Tandem-Coaching. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 15, 2005, Nr. 5, S. 17-20. *DZI-2991z*

Wirth, Carsten: Integration in Arbeit durch personale Netzwerke – Chance für die öffentliche Arbeitsvermittlung. - In: Arbeit und Beruf ; Jg. 56, 2005, Nr. 9, S. 257-260. *DZI-0620*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Andresen, Sabine: Bildung vor neuen Herausforderungen in Ganztagsystemen: Aufwachsen im Spannungsfeld von Einzigartigkeit und Vergesellschaftung. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 9, S. 6-10. *DZI-2599z*

Bolz, Robert: Neues Dach für die Beratungsszene: Die Deutsche Gesellschaft für Beratung/German Association for Counselling (DGfB). - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 3, S. 12-13. *DZI-2643z*

Böninghausen, Inge von: Happy Birthday to the United Nations: die Staatengemeinschaft als Vorreiterin für

Frauenrechte. - In: Frauenrat ; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 2-5. *DZI-0504z*

Hoffmann, Alfred T.: Heime werden zu Dienstleistungszentren: Trend. - In: Altenheim ; Jg. 44, 2005, Nr. 8, S. 22-23. *DZI-1449*

Köhlen, Christina: Anders als alle anderen: Das integrierte Modell: Bachelor of Nursing an der Evangelischen Fachhochschule Berlin. - In: Nightingale ; Jg. 03, 2005, Nr. 3, S. 4-13. *DZI-3033*

Lück, Gerhard: Kompetenzaustausch statt Geld: Kooperation. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 15, 2005, Nr. 5, S. 8-10. *DZI-2991z*

Poscher, Ralf: Die Rechtsstellung ausländischer und internationaler Schulen unter dem Grundgesetz – Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Internationalisierung des Privatschulangebots. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 53, 2005, Nr. 2, S. 244-254. *DZI-0740*

Purtschert, Robert: Kommunikation: ein unverzichtbares Marketing-Instrument für die Caritas. - In: Caritas in NRW ; 2005, Nr. 4, S. 4-6. *DZI-2295*

Schönberg, Anke: Auf dem Weg zur Deutschen Rentenversicherung Bund: Sitzung der Vertreterversammlung der BfA in Berlin. - In: Die Angestelltenversicherung ; Jg. 52, 2005, Nr. 8, S. 388-392. *DZI-0902*

4.00 Sozialberufe / Soziale Tätigkeit

Behrendt, Daniel: Weg mit Hindernissen: Pflegekräfte im Spannungsfeld von Sozialorientierung und Ökonomisierung. - In: Nightingale ; Jg. 03, 2005, Nr. 3, S. 24-33. *DZI-3033*

Dürmann, Peter: Wer sind sie – wie gut sie sind: Heimleitungen in Deutschland. - In: Altenheim ; Jg. 44, 2005, Nr. 8, S. 14-17. *DZI-1449*

Flender, Judith: Beobachtungsbögen 1: Wie finden Sie den richtigen für sich? - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 9, S. 6-8, 10-12, 14-15. *DZI-3048*

Füsser, Ulrich: Schwester Felixina Armbruster: gelebte Nächstenliebe im KZ Ravensbrück. - In: Krankendienst ; Jg. 78, 2005, Nr. 8/9, S. 226-229. *DZI-0334*

Jaskulski, Wolf: Hilfe durch Hypnose. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2005, Nr. 8, S. 19-21. *DZI-0608*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

McMillen, J. Curtis: Quality of care in the social services: research agenda and methods. - In: Social Work Research ; Jg. 29, 2005, Nr. 3, S. 181-191. *DZI-1954z*

Schnurr, Stefan: Managerielle Deprofessionalisierung? - In: Neue Praxis ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 238-242. *DZI-2387*

Yoshihama, Mieko: Does the Life History Calendar method facilitate the recall of Intimate partner violence? Comparison of two methods of data collection. - In: Social Work Research ; Jg. 29, 2005, Nr. 3, S. 151-163. *DZI-1954z*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Heinrichs, Jürgen: Schädigung der Fruchtbarkeit von Kindern. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 3, S. 24-25. *DZI-2643z*

Kahlen, Ursula: Koordinierung und Förderung der Organspende – die DSO. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 85, 2005, Nr. 8, S. 346-347. *DZI-0199*

Schweizer, Renate: Überleitung im Netz: Zwischenbericht über ein kooperatives Modellvorhaben zur Schnittstellenüberwindung in der Versorgung geriatrischer Patienten. - In: Krankendienst ; Jg. 78, 2005, Nr. 8/9, S. 223-225. *DZI-0334*

Sester, Susanne: Den Tagen mehr Leben geben: die ambulante Versorgung von Tumorpatienten durch die Brückenschwestern. - In: Krankendienst ; Jg. 78, 2005, Nr. 8/9, S. 193-199. *DZI-0334*

Thonke, Ines: Medikamentöser Schwangerschaftsabbruch: Wiederholungsbefragung zur Versorgungslage bei Beratungsstellen und medizinischen Einrichtungen. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 3, S. 26-27. *DZI-2643z*

5.03 Psychologie

Behrwind, Jutta: Wenn die Freude am Beruf verloren geht: dem Burn-out-Syndrom begegnen. - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 9, S. 22-26. *DZI-3048*

Brentrup, Martin: Spielen mit Reizen – Perspektiven für eine integrative Paar- und Sexualtherapie. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 37, 2005, Nr. 3, S. 543-552. *DZI-2944*

Briken, Peer: Obszöne Telefonanrufe – Beziehungen zu Paraphilien, Paraphilie verwandten Störungen und Stalking. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 6, S. 304-307. *DZI-2574*

Gosmann, Ulla: Verantwortung: Wie viel können wir tragen? - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 9, S. 28-31. *DZI-2573*

Leyrer, Angelika: „Zwischen allen Stühlen – wo finden Jugendliche ihren Platz, wenn sie in ihrer seelischen Gesundheit beeinträchtigt sind?“ 20 Jahre Therapeutische Wohngruppe Kettelerweg. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 82, 2005, Nr. 4, S. 238-242. *DZI-2961z*

Ruggaber, Günter: Die Neuregelung des Zugangs zur Psychotherapieausbildung in der Folge der Einführung von

Bachelor-/Master-Studiengängen in Psychologie: eine ausbildungspolitische Chance? - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 37, 2005, Nr. 3, S. 651-653. *DZI-2944*

Welter-Enderlin, Rosmarie: „Die Zentrierung auf die frühe Kindheit ist falsch“. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 9, S. 25-27. *DZI-2573*

Willutzki, Ulrike: Psychotherapiesupervision und die therapeutische Beziehung – eine Prozessstudie. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 37, 2005, Nr. 3, S. 507-515. *DZI-2944*

5.04 Erziehungswissenschaft

Basener, Dieter: Das Wichtigste sind Verständnis und Wertschätzung: von der Behindertenpädagogik und ihren Modetrends. - In: Deutsche Behindertenzeitschrift ; Jg. 42, 2005, Nr. 3, S. 30-31. *DZI-1809z*

Brumlik, Micha: Sozialpädagogik und das gute Leben – zur vermeidlichen Wiederaufnahme eines überwunden geglaubten Problems. - In: Neue Praxis ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 243-245. *DZI-2387*

Giers, Michael: Behördenübergreifende Maßnahmen gegen Schulversäumnisse. - In: Das Jugendamt ; Jg. 78, 2005, Nr. 8, S. 338-341. *DZI-0110z*

Herfurth-Uber, Beate: Hochbegabte Kinder fördern – aber wie? - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 9, S. 44-47. *DZI-2573*

Hofmann, Klaus T.: Community education und ganztägige Erziehung: zwei Konzepte im pädagogischen Zeitstrom. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 9, S. 20-24. *DZI-2599z*

Rauschenbach, Thomas: Krisensemantiken: Soziale Arbeit – die fehlende Seite der Bildung. - In: Neue Praxis ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 231-237. *DZI-2387*

Reichert, Jörg: AUDILEX im Test – Ergebnisse einer Praxiserprobung. - In: Sonderpädagogik ; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 80-95. *DZI-2625*

Schiersmann, Christiane: Von der funktional-berufsbezogenen Weiterbildung zur prozessorientierten Kompetenzentwicklung: Herausforderungen für die Forschung. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 53, 2005, Nr. 2, S. 169-185. *DZI-0740*

Schlemmer, Elisabeth: Sozialpädagogik und Schule: Interdisziplinäre Reformkonzepte für die Ganztagschule. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 9, S. 25-28. *DZI-2599z*

Tschavdarova, Albena: Die Sozialpädagogik in Bulgarien – Geschichte und Gegenwart. - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik ; Jg. 3, 2005, Nr. 3, S. 314-331. *DZI-3042*

Walter, Jürgen: Diskrepanz oder nicht-diskrepanz: Ist das noch die Frage? Über eine problematische Untergruppenbil-

dung bei lese-rechtschreibschwachen Kindern und deren diagnostisch-konzeptionelle Überwindung. - In: Sonderpädagogik ; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 63-79. *DZI-2625*

5.06 Recht

Ahmadi, Iris: So schützen Sie sich vor der Haftungsfall: Expertenstandard Sturzprophylaxe. - In: Altenheim ; Jg. 44, 2005, Nr. 8, S. 34-36. *DZI-1449*

Baumann, Günter: Petitionsverfahren nach Artikel 41a der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen für den Bereich des Strafvollzugs. - In: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe ; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 224-226. *DZI-0311*

Böllert, Karin: Soziale Arbeit angesichts einer krisenhaften Kultur des Aufwachens. - In: Neue Praxis ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 219-222. *DZI-2387*

Esser, Peter: Der Dienstplan richtet sich nach dem Menschen. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 16, S. 20-21. *DZI-0015z*

Hesse, Martin: Was unbedingt sein muss: Versicherungsschutz. - In: Altenheim ; Jg. 44, 2005, Nr. 8, S. 40-42. *DZI-1449*

Hoffmann, Birgit: Jugendhilfe und Opferentschädigung. - In: Das Jugendamt ; Jg. 78, 2005, Nr. 8, S. 329-337. *DZI-0110z*

Kämmer, Karla: Wenig Aufwand – viel Sicherheit: praxisorientiertes Risikomanagement. - In: Altenheim ; Jg. 44, 2005, Nr. 8, S. 37-39. *DZI-1449*

Steinmeyer, Horst: Die Sperrzeitregelung nach Hartz III. - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 23, 2005, Nr. 3, S. 105-108. *DZI-2907*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Allgaier, Ralph: Zuflucht im Fernwärme-kanal: Wie die Caritas Obdachlosen, Müttern und Kindern in Sibirien hilft. - In: Caritas in NRW ; 2005, Nr. 4, S. 18-19. *DZI-2295*

Homfeldt, Hans Günther: Soziale Arbeit und Gesundheit: Vergessene Zusammenhänge und Forschungsaufgaben. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 9, S. 41-44. *DZI-2599z*

Mührel, Eric: Benötigt Soziale Arbeit eine Berufsethik? Eine einführende Reflexion in eine komplexe Thematik. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 9, S. 329-331. *DZI-0470*

Thiersch, Hans: Begriffspolitik in der Krise der Sozialen Arbeit. - In: Neue Praxis ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 246-251. *DZI-2387*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Akkaya, Gülcan: Das Wichtigste: die Akteure vor Ort stärken. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 15, S. 6-10. *DZI-2220z*

Beck, Udo: Der Clinotel-Krankenhausverbund: ein Netzwerk autonomer Mitglieder. - In: Krankendienst ; Jg. 78, 2005, Nr. 8/9, S. 213-219. *DZI-0334*

Blank, Beate: Der Freude folgen: Team-Coaching. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 15, 2005, Nr. 5, S. 14-17. *DZI-2991z*

Dewe, Bernd: Perspektiven gelingender Professionalität. - In: Neue Praxis ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 257-266. *DZI-2387*

Hafen, Martin: Sekundärprävention als Früherkennung: eine Chance für Prävention und Behandlung. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 9, S. 337-343. *DZI-0470*

Klann, Notker: Ein Paar – acht Problemfelder: die Zukunft der Beratung. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 3, S. 8-10. *DZI-2643z*

Kröger, Christine: Beratungsbegleitende Forschung: ein Zugang zur Wirksamkeit von Paarberatung unter Feldbedingungen. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 37, 2005, Nr. 3, S. 531-539. *DZI-2944*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Robbers, Milena: Herkunft und Bildungserfolg: Elternarbeit mit türkischstämmigen Eltern aus bildungsfernen Milieus. - In: Sozialmagazin ; Jg. 30, 2005, Nr. 9, S. 27-34. *DZI-2597*

Strubel, Werner: Das Leben findet in der Gemeinde statt. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 15, S. 15-17. *DZI-0015z*

Vonderbank, Wilfried: Elternarbeit in der Heimerziehung: eine Replik. - In: Unsere Jugend ; Jg. 57, 2005, Nr. 9, S. 382-384. *DZI-0135*

6.03 Rechtsmaßnahmen / Verwaltungsmaßnahmen

Hansbauer, Peter: Die Vormundschaft/Pflegschaft als Handlungsfeld der Sozialen Arbeit. - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik ; Jg. 3, 2005, Nr. 3, S. 226-245. *DZI-3042*

6.04 Jugendhilfe

Berse, Christoph: „Wir verändern die Schule – und schaffen uns ab?“ Mit der Einführung der Ganztagschule sitzt die Kinder- und Jugendhilfe im Dilemma. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 9, S. 11-16. *DZI-2599z*

Graf, Klaus: Evangelische Jugendhilfe und Partizipation: die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Identitätsmerkmal pädagogischer Diakonie. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 82, 2005, Nr. 4, S. 223-228. *DZI-2961z*

Lichy, Aniela: Katholische Kindergärten behaupten sich in der Diaspora. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 14, S. 30-32. *DZI-0015z*

Limbrunner, Alfons: Foodraising und Fundraising. - In: Sozialmagazin ; Jg. 30, 2005, Nr. 9, S. 46-51. *DZI-2597*

Radewagen, Christof: Jugendhilfe und Datenschutz – die Mutter des Datenschutzes. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 82, 2005, Nr. 4, S. 243-253. *DZI-2961z*

6.05 Gesundheitshilfe

Bauer, Nicola: Gesundheitsförderung im Geburtsprozess. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2005, Nr. 8, S. 55-58. *DZI-0608*

Mayer, Hanna: Pflegeforschung. Auftrag und Möglichkeiten: Einführung in die Pflegewissenschaft und -forschung in der Grundausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflege. - In: Pflege aktuell ; Jg. 59, 2005, Nr. 9, S. 460-465. *DZI-1010z*

Pilz, G. A.: Erziehung zum Fairplay im Wettkampfsport: Ergebnisse aus Untersuchungen im wettkampforientierten Jugendfußball. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 881-889. *DZI-1130*

Predel, H.-G.: Einfluss körperlicher Aktivität auf die menschliche Gesundheit. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 833-839. *DZI-1130*

Tittlbach, S.: Nutzen von sportlicher Aktivität im Erwachsenenalter: eine Längsschnittstudie über 10 Jahre. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 891-898. *DZI-1130*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Putz, Friedrich: Befristeter Zuschlag nach § 24 SGB II und Kindergeldzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz: Sozialleistungen, die einander ausschließen? - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 23, 2005, Nr. 3, S. 99-104. *DZI-2907*

7.01 Kinder

Fröhlich-Gildhoff, Klaus: Ganzheitliche Entwicklungsförderung statt einseitiger kognitiver Bildung: Gedanken zur Zukunft der Kindertagesstätten aus psychologischer und psychotherapeutischer Perspektive. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 37, 2005, Nr. 3, S. 553-561. *DZI-2944*

Grüning, Eberhard: Variablen auffälligen Verhaltens von Schülern im Förder-schwerpunkt geistige Entwicklung. - In: Sonderpädagogik ; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 96-103. *DZI-2625*

Heckerens, Hans-Peter: Kinder, Armut und Sozialstaat. - In: Unsere Jugend ; Jg. 57, 2005, Nr. 9, S. 365-376. *DZI-0135*

Nadansky, Martina: Kinder planen eine Stadt: ein Architekturprojekt. - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 9, S. 30-35. *DZI-3048*

Opper, E.: Kinderfitness – Kindergesundheit. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 854-862. *DZI-1130*

Riehle, Eckart: Hartz IV und die Kinder. - In: Kindschaftsrechtliche Praxis ; Jg. 8, 2005, Nr. 4, S. 133-134. *DZI-3026*

Steinhage, Rosemarie: Nach sexualisierter Gewalt. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2005, Nr. 8, S. 22-25. *DZI-0608*

7.02 Jugendliche

Rattay, Thomas: Wer will das wissen? Beratung von Jugendlichen in Schleswig-Holstein. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 3, S. 16-17. *DZI-2643z*

Sygyusch, R.: Jugendsport – Jugendgesundheit. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 863-872. *DZI-1130*

7.03 Frauen

Fackler, Gudrun: Seelsorge im Mamma-Netz: Eine Begleit- und Orientierungsstelle für Frauen mit Brustkrebs. - In: Krankendienst ; Jg. 78, 2005, Nr. 8/9, S. 220-222. *DZI-0334*

Macy, Rebecca J.: Battered women's profiles associated with service help-seeking efforts: Illuminating opportunities for intervention. - In: Social Work Research ; Jg. 29, 2005, Nr. 3, S. 137-150. *DZI-1954z*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Gehres, Walter: Jenseits von Ersatz und Ergänzung: die Pflegefamilie als eine andere Familie. - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik ; Jg. 3, 2005, Nr. 3, S. 246-271. *DZI-3042*

Maroon, Istifan: Working with multi-problem families: social work theory and practice. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 9, S. 322-328. *DZI-0470*

Pohl, Birgit: Beobachtungen teilen. - In: Welt des Kindes ; 2005, Nr. 5, S. 22-24. *DZI-3046*

Rieser, Armin: Traumatisierte Männer im Nachkriegsbosnien. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 15, S. 11-13. *DZI-2220z*

Schmid, Rita: Zwischen Verantwortung und Abgrenzung: emotionale Belastungen von Angehörigen psychisch Kranker. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 6, S. 272-280. *DZI-2574*

7.05 Ausländer/Aussiedler

Gaitanides, Stefan: Stolpersteine auf dem Weg zur interkulturellen Öffnung der Sozialen Dienste. - In: Sozialmagazin ; Jg. 30, 2005, Nr. 9, S. 22-26. *DZI-2597*

Schnath, Matthias: Migration und Recht. Nationalstaatliche Schranken sozialer Inklusion. - In: Sozialmagazin ; Jg. 30, 2005, Nr. 9, S. 12-21. *DZI-2597*

7.07 Straffällige / Strafentlassene

Bongartz, Thomas: Alternativen zur Ausgestaltung und Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum: Ein Beispiel aus der Justizvollzugsanstalt Büren. - In: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 215-216. *DZI-0311*

Matt, Eduard: Das Problem der Heterogenität der Klientel für Bildungsmaßnahmen einer Justizvollzugsanstalt. - In: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 198-202. *DZI-0311*

7.09 Kriegsgesopfer/Opfer von Gewalttaten

Mikic, Marta: Soziale Arbeit mit Kriegsflüchtlingen: ein Erfahrungsbericht. - In: Sozial Aktuell; Jg. 37, 2005, Nr. 15, S. 14-17. *DZI-2220z*

7.10 Behinderte/ kranke Menschen

Angermeyer, Matthias C.: „Was ist eine bipolare Störung?“ Ergebnisse einer Repräsentativumfrage bei der deutschen Allgemeinbevölkerung. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 32, 2005, Nr. 6, S. 289-291. *DZI-2574*

Beer, Olaf: Suchtmittelgebrauch und geistige Behinderung ein Widerspruch? - In: Deutsche Behinderten-Zeitschrift; Jg. 42, 2005, Nr. 3, S. 28-29. *DZI-1809z*

Broocks, A.: Körperliches Training in der Behandlung psychischer Erkrankungen. - In: Bundesgesundheitsblatt; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 914-921. *DZI-1130*

Carl, Martina: Landwirtschaft als Beschäftigungsfeld für Menschen mit Behinderung. - In: Soziale Arbeit; Jg. 54, 2005, Nr. 9, S. 331-337. *DZI-0470*

Gaßner, Maximilian: Das BGH-Urteil zur Patientenverfügung. - In: Pflege aktuell; Jg. 59, 2005, Nr. 9, S. 482-485. *DZI-1010z*

Lindmeier, Christian: Neuere Entwicklungen der beruflichen Integration geistig behinderter Menschen. - In: Gemeinsam leben; Jg. 13, 2005, Nr. 3, S. 132-139. *DZI-2916z*

Manteuffel, Leonie von: Die eigene Haut retten. - In: Altenpflege; Jg. 30, 2005, Nr. 9, S. 33-35. *DZI-2594*

Mieth, Dietmar: Leistungsfähig und nützlich – ein Mensch ist viel mehr als das. - In: neue caritas; Jg. 106, 2005, Nr. 15, S. 10-14. *DZI-0015z*

Müller-Nordhorn, J.: Herz-Kreislauf-Risiken des Sports. - In: Bundesgesundheitsblatt; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 922-926. *DZI-1130*

Reer, R.: Bewegungstherapie als therapeutisches Prinzip. - In: Bundesgesundheitsblatt; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 841-847. *DZI-1130*

Reinert, Johan: Das Modellprojekt „IN:M-V“: der Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen in Mecklenburg-Vorpommern auf der Spur. - In: Gemeinsam leben; Jg. 13, 2005, Nr. 3, S. 161-167. *DZI-2916z*

Rosenberger, Felix: Ausbildung gut – Arbeit finden schlecht. - In: Gemeinsam leben; Jg. 13, 2005, Nr. 3, S. 156-158. *DZI-2916z*

Schoepf, Gisela: Gewonnen und doch nicht verloren: Ein Balanceakt zwischen Resignation und Ermütigung. - In: Gemeinsam leben; Jg. 13, 2005, Nr. 3, S. 140-146. *DZI-2916z*

Schulz, K.-H.: Auswirkungen körperlicher Aktivität bei chronisch Kranken. - In: Bundesgesundheitsblatt; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 906-913. *DZI-1130*

Watzke, Stefan: Ausprägung und Veränderung der Arbeitsfähigkeiten psychisch kranker Menschen in der beruflichen Rehabilitation. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 32, 2005, Nr. 6, S. 292-298. *DZI-2574*

Westbeld, Harald: Die Krankheit Demenz muss aus der Tabuzone heraus. - In: neue caritas; Jg. 106, 2005, Nr. 16, S. 18-19. *DZI-0015z*

7.11 Abhängige/Süchtige

Ansén, Reiner: Zur Philosophie und Ethik der Sucht. - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik; Jg. 3, 2005, Nr. 3, S. 289-313. *DZI-3042*

Fischer, Benedikt: Differences between co-users of cocaine and crack among Canadian illicit opioid users: Unterschiede zwischen Ko-Gebrauchern von Kokain und Crack bei kanadischen Opioid-Konsumenten. - In: Sucht; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 217-224. *DZI-0964z*

Güttinger, Franziska: Konsummuster bei verschiedenen Gruppen von Kokaingebrauchern in Zürich: Implikationen für das Drogenhilfesystem. - In: Sucht; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 225-232. *DZI-0964z*

Kraus, Ludwig: Konsummuster und Trends des Kokaingebrauchs in Deutschland. - In: Sucht; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 199-208. *DZI-0964z*

Prinzleve, Michael: Kokainhydrochlorid und Crack: ein Vergleich zwischen Kokainkonsumgruppen ohne intravenösen Kokainkonsum und ohne Opioidkonsum. - In: Sucht; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 209-216. *DZI-0964z*

Sack, Peter-Michael: Vergleich der Komorbidität von Cannabis- und Mischkonsumenten in Behandlung. - In: Sucht; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 240-249. *DZI-0964z*

Schmid, Martin: Die Nutzung von Konsumräumen in Frankfurt/Main unter besonderer Berücksichtigung des Konsums von Crack. - In: Sucht; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 233-239. *DZI-0964z*

7.12 Besondere Arbeitnehmergruppen

Oppenheimer, Christa: Gewalterfahrungen und Gesundheitssituation bei Prostituierten. - In: Sozial extra; Jg. 29, 2005, Nr. 9, S. 36-40. *DZI-2599z*

7.13 Alte Menschen

Haffner, Cornelius: Schritt für Schritt. - In: Altenpflege; Jg. 30, 2005, Nr. 9, S. 51-53. *DZI-2594*

Mechling, H.: Körperlich-sportliche Aktivität und erfolgreiches Altern. - In: Bundesgesundheitsblatt; Jg. 48, 2005, Nr. 8, S. 899-905. *DZI-1130*

8.02 Länder / Gebietsbezeichnungen

Buttler, Friedrich: Europäisches Sozialmodell: Vielfalt in der Einheit - Teil 1. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik; Jg. 59, 2005, Nr. 7/8, S. 10-18. *DZI-0079z*

Dünkel, Frieder: Vollzugslockerungen und bedingte Entlassung in Frankreich im Vergleich zu Deutschland. - In: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 208-215. *DZI-0311*

Hesselink, Jan: Jugendhilfe und Soziale Arbeit in den Niederlanden: Bericht über eine Exkursion des EREV-Fachauschusses Pädagogik nach Zwolle/Amersfoort/Amsterdam. - In: Evangelische Jugendhilfe; Jg. 82, 2005, Nr. 4, S. 254-260. *DZI-2961z*

Kandel, Isack: Stationäre Sackgasse. - In: Altenpflege; Jg. 30, 2005, Nr. 9, S. 28-32. *DZI-2594*

Khoury-Kassabri, Mona: The effects of school climate, socioeconomic, and cultural factors on student victimization in Israel. - In: Social Work Research; Jg. 29, 2005, Nr. 3, S. 165-180. *DZI-1954z*

Klages, Helmut: Müde, matt, marode? Die „deutsche Jammamentalität“ ist ein Medienmythos. - In: Psychologie heute; Jg. 32, 2005, Nr. 9, S. 64-69. *DZI-2573*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen: Tel.: 030/ 83 90 01-13, Fax: 030/831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de

Die Kampagne Erziehung. Ein Modellprojekt. Neue Produkte, Konzepte und Vernetzungsstrategien. Hrsg. Bernd Kammerer. emwe-Verlag. Nürnberg 2004, 303 S., EUR 16,90 *DZI-D-7292*

Erziehungsfragen sind immer wieder Thema in der politischen und öffentlichen Diskussion. Über Erziehung wird geredet, über die richtige Erziehung mitunter gar gestritten. Das Modellprojekt „Kampagne Erziehung“ der Stadt Nürnberg hatte das Ziel, Familien bei der Ausübung ihrer erzieherischen Verantwortung zu unterstützen und allen, die sich mit Erziehung befassen, umfassende Hilfestellungen an die Hand zu geben. Schwerpunkte waren unter anderem die Stärkung der Erziehungsfähigkeit in der Familie, die Erstellung von innovativen Produkten, Dienstleistung und Medien, die bessere Erreichbarkeit von Familien. Die Kampagne ist ein Kooperationsprojekt, in das fast alle Handlungsfelder der Jugendhilfe und auch die Schulen einbezogen waren, wie Familienbildung, Kindertagesbetreuung, Jugendsozialarbeit an Schulen, Erziehungsberatung und andere Beratungsdienste, Bezirkssozialarbeit, Hilfen zur Erziehung und die Kinder- und Jugendarbeit sowie Eltern und Elternselbsthilfe.

NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen. Hrsg. Achim Brunnengräber und andere. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005, 446 S., EUR 29,90 *DZI-D-7295*

Dieser Band bietet eine Einführung in die Diskussionen über Non-Governmental-Organizations (NGO), die Zivilgesellschaft, transnationale soziale Bewegungen, über Global Governance und Formen der internationalen Demokratie. Er ist eigens für die politische Bildung konzipiert worden. Untersucht werden Funktionen und Praxis von international agierenden NGOs und transnationalen sozialen Bewegungen in verschiedenen Politikfeldern. Ausgehend von den Strukturveränderungen der internationalen Politik wird die Rolle der NGOs im UN-System sowie die Frage ihrer Legitimation und ihres Einflusses im Bereich der Klima- und Biodiversitätspolitik behandelt. Im Bereich der Menschenrechte wird die spezifische Bedeutung von Frauennetzwerken untersucht. Das Verhältnis zwischen NGOs und transnationalen Konzernen sowie internationalen Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfond und Welt handelsorganisation wird ebenfalls thematisiert.

Sonderpädagogische Professionalität. Beiträge zur Entwicklung der Sonderpädagogik als Disziplin und Profession. Hrsg. Detlef Horster und andere. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005, 210 S., EUR 24,90 *DZI-D-7296*

Die Sonderpädagogik bleibt von den Professionalisierungsbestrebungen anderer Fächer, wie beispielsweise der Pädagogik und der Sozialen Arbeit, nicht unberührt. So ist ein produktives, nachhaltig erwachtes Interesse an Theorien, Modellen und Forschungen bezüglich Professionen

und Professionalisierung im erziehungswissenschaftlichen Kontext zu verzeichnen. Sonderpädagogische Professionalität bedeutet eine komplexe Auseinandersetzung bezüglich der Herkunft wie auch der Zukunft der Sonderpädagogik als Profession und als wissenschaftliche Disziplin, zumal vor dem Hintergrund ihrer Stellung zu und in den Erziehungswissenschaften. In diesem Buch wird vor allem der innerfachlichen Verständigung über sonderpädagogische Professionalität Raum gegeben, es wird nach ihrer Geschichte, ihrem Selbstverständnis und ihren Aufgaben gefragt.

Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Soziale Arbeit zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Hrsg. Heinz Burghardt und Ruth Enggruber. Juventa Verlag. Weinheim 2005, 231 S., EUR 20,50 *DZI-D-7310*

Das Wechselverhältnis von Fachlichkeit Sozialer Arbeit und Politik beziehungsweise Recht erfährt im Gefolge der Hartz-Gesetzgebung eine neue Dynamik. Die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt weisen nicht in eine grundsätzlich neue Richtung. Neben arbeitsmarktpolitischen, verwaltungsorganisatorischen, finanziellen oder sozialversicherungsrechtlichen Ansätzen befassen sie sich ausdrücklich mit der Etablierung von Dienstleistungen und berühren damit den engen Bereich, in welchem Recht für die Profession Soziale Arbeit besonders relevant wird. Es wird aufgezeigt, welche markanten historischen Stationen das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Arbeitsmarktbeziehungsweise Sozialpolitik in Deutschland durchlaufen hat. Die praxisorientierten Beiträge setzen bei der Jugendberufshilfe ein und behandeln dann das allgemeine Feld der Arbeitsförderung. Sie stellen Modellprojekte vor, vergleichen Job-Center in Großbritannien mit einem Projekt in Köln oder befassen sich mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften.

Einführung in die Statistik. Für pädagogische und soziale Berufe. Von Werner Wüstendörfer. emwe-Verlag. Nürnberg 2005, 321 S., EUR 25,- *DZI-D-7326*

Statistik soll gerade auch für Angehörige sozialer Berufe kein „Buch mit sieben Siegeln“ bleiben, sondern verstehbar und nachvollziehbar sein. Diese Einführung wendet sich insbesondere an Studierende und Berufstätige im sozialen Bereich, die in vielfältiger Art und Weise mit statistischen Fragen befasst sind. Aus der Bandbreite der unterschiedlichen Verfahren wurden vom Autor diejenigen ausgewählt, die ein gutes Grundgerüst darstellen und in der Praxis viele Anwendungen ermöglichen, so die übersichtliche und systematische Zusammenfassung von Informationen und einfachere Test, die zum Beispiel für Evaluationen anwendbar sind und ebenfalls häufigere Fragestellungen abdecken könnten. Beispiele und Übungsaufgaben wurden jeweils aus dem sozialen Bereich gewählt.

Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit. Von Fabian Kessl. Juventa Verlag. Weinheim und München 2005, 258 S., EUR 34,50 *DZI-D-7311*

Michel Foucault hat in seiner Vorlesungsreihe am Collège de France im Studienjahr 1977/78 die Genealogie des modernen Staates in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt. Schlüsselbegriff dieser Untersuchungsperspektive ist die Regierung: La Gouvernamentalité. Regierung be-

zieht Foucault dabei nicht nur auf Fragen der institutionalisierten Herrschaftsformen moderner Staatlichkeit, sondern auf unterschiedliche Formen der Führung von Menschen. Studien zur Gouvernamentalität verdeutlichen seit einigen Jahren den Erkenntniswert einer solchen machanalytischen Vorgehensweise. Daran anschließend stellt diese Veröffentlichung eine diskursanalytisch angelegte Gouvernamentalität Sozialer Arbeit vor. Sozialpädagogische Regierungsweisen sind Teil der pädagogischen Ausprägung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements des Sozialen. Soziale Arbeit stellt somit einen eigenständigen aktiven Teil dieser Regierungsweisen dar. In welcher Form diese in den letzten Jahren in Deutschland gestaltet werden, wird anhand einer Literatur- und Materialrekonstruktion am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar gemacht.

Forschung & Soziale Arbeit an Österreichs Fachhochschulen. Hrsg. Reinhold Popp und andere. LIT Verlag. Wien 2005, 355 S., EUR 19,90 *DZI-D-7328*

Soziale Arbeit ist in Österreich ein sehr vernachlässigtes Forschungsgebiet. Die staatlichen Forschungsförderungsprogramme setzen andere Prioritäten. An Österreichs Universitäten gibt es nur sehr wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich in Forschung und Lehre auf Fragestellungen der Sozialen Arbeit spezialisiert haben. Außeruniversitäre Forschung realisiert sich – mangels Ressourcen – nur in Form von singulären Initiativen und „Wohnzimmerforschung“. Mit diesem defizitären Entwicklungsstand ist Österreich weit von den vergleichbaren Bedingungen in anderen europäischen Ländern entfernt. Seit Herbst 2001 gibt es nun auch in Österreich die Möglichkeit, Soziale Arbeit an (Fach)Hochschulen zu studieren. Sind die Fachhochschulstudiengänge für Soziale Arbeit die Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft der sozialberuflichen Praxis- und Professionsforschung? Dieser Frage geht der vorliegende Sammelband nach. In den Beiträgen von Expertinnen und Experten aus den wichtigsten sozialberuflich orientierten Studiengängen werden die entsprechenden Entwicklungserfordernisse ausgelotet und laufende Projekte sowie konkrete Entwicklungspläne präsentiert und diskutiert.

Schulkooperationen. Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schulen und ihren Partnern. Von Andrea Behr-Heintze und Jens Lipski. Wochenschauverlag. Schwalbach/Taunus 2005, 185 S., EUR 19,80 *DZI-D-7332*

In einer repräsentativen Befragung zum Stand schulischer Kooperationen wurden bundesweit über 5 000 Leiterinnen und Leiter allgemeinbildender Schulen und über 1 000 Kooperationspartner dieser Schulen befragt. Daneben wurden an 24 ausgewählten Schulen mit Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern intensive Gespräche über die Auswirkungen dieser Kooperationen auf die schulische Arbeit geführt. An Beispielen wie der Zusammenarbeit mit Betrieben, anderen Schulen, der Schulsozialarbeit sowie der Internetnutzung zeigt das Autorenteam die Erweiterungen der Handlungs- und Lernmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf. So bilanziert die Publikation den aktuellen Stand und gibt allen Interessierten Hinweise auf mögliche Handlungsalternativen und Perspektiven. Im Hinblick auf Ganztagschulen sind dabei die Aussagen über Möglichkeiten und Grenzen der Ent-

wicklung einer neuen Lernkultur durch Kooperation mit außerschulischen Akteuren von besonderem Interesse.

Gesundheit und Behinderung. Eine empirische Untersuchung zu subjektiven Gesundheitsvorstellungen bei Fachleuten in der Behindertenhilfe. Von Roswitha Gembris-Nübel. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2005. 228 S. + Anhang, EUR 24,- *DZI-D-7338*

Welche subjektiven Vorstellungen von Gesundheit haben Fachleute in der Behindertenhilfe? Was bedeutet für sie Gesundheit im Zusammenhang mit Behinderung? Gesundheitsvorstellungen sind zentrale Elemente im beruflichen Selbstverständnis von Professionellen in der Behindertenhilfe. Die unterschiedlichen Überzeugungen und Konzepte von Gesundheit gehen in die Vorstellungen von Professionellen sowohl hinsichtlich ihres Umgangs mit der eigenen Gesundheit als auch des Umgangs mit behinderten Menschen in Bezug auf deren Gesundheit und Krankheit ein. Das Verständnis von Gesundheit und Behinderung ist keinesfalls widerspruchsfrei. Das Buch versteht sich als Beitrag, subjektive Gesundheitsvorstellungen bei Fachleuten in der Behindertenhilfe zu erfassen und in den Kontext ihres berufsspezifischen Handelns zu stellen. In einer qualitativen Untersuchung werden Erscheinungsformen subjektiver Gesundheitsvorstellungen sowie die Meinungen zu Gesundheit in Bezug auf behinderte Menschen analysiert, um daraus Implikationen für die Gesundheitsförderung in der Behindertenhilfe einzuleiten.

Rationalisierung der Jugendfürsorge. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Von Elena Wilhelm. Haupt Verlag. Bern 2005, 427 S., EUR 32,- *DZI-D-7341*

In dieser kritisch angelegten und theoretisch fundierten Studie zur Entstehungsgeschichte der modernen Jugendfürsorge leistet die Autorin einen Beitrag zur aktuellen Debatte über die Aufgaben und das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit. Auf der Basis von Fallmaterial (auf Compact Disc der Publikation beigelegt) wird in einer theoretisch angeleiteten Analyse dargelegt, wie in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine am Dispositiv der „Verwahrlosung“ orientierte und sich dadurch konstituierende Praxis der Jugendfürsorge entsteht. Auf dem Weg über die Rationalisierung der Kinder- und Jugendfürsorge bildeten sich neue Steuerungsformen des Sozialen heraus, die mit dem Foucaultschen Begriff der Gouvernamentalität gefasst werden können. In den neuen Fürsorgepraktiken zeigt sich nach Ansicht der Autorin nicht das Verschwinden einer bestimmten Machtform (Sozialdisziplinierung), wie dies andere neuere Untersuchungen darlegen wollen, sondern deren Transformation in eine andere.

Sozialisation im späteren Erwachsenenalter. Ein Kulturvergleich zwischen Deutschland und China. Von Ke Yu. Weibensee Verlag. Berlin 2005, 424 S., EUR 7354*

Diese Studie beschreibt ein breites Spektrum von Möglichkeiten zur Subjektenentwicklung und Selbstbestimmung älterer Menschen in Deutschland und China. Sie fragt nach der kulturbedingten Koppelung von Sozialisation im späteren Erwachsenenalter und der Entwicklung von Subjektivität in diesem Lebensabschnitt. Bedingt durch unterschiedliche (kultur)spezifische Ausgangslagen, werden die Antworten auf die gemeinsamen Herausforderungen in

Form der demographischen Alterung und Globalisierung herausgearbeitet. Untersucht werden kulturbedingte wie kulturübergreifende Phänomene: Altersstigma, Institutionalisierung des Ruhestandes, Freizeit, konfuzianische Pietät, Persönlichkeitsentwicklung, Seniorenstudium und -universitäten, selbstgesteuertes Lernen im Alter, Grenzen der Sozialisation und vieles andere mehr. Wie auch immer ältere Frauen und Männer ihren Alltag bewältigen, stets kommt es zu Fragen nach dem Sinn des menschlichen Lebens. Dem Lernen im Alltag kommt daher sowohl als Forschungsgegenstand als auch zu organisierender Praxis eine große Bedeutung zu.

Psychologie für Pflegeberufe. Ein Lehr-, Lern- und Arbeitsbuch. Von Bärbel Ekert und Christiane Ekert. Georg Thieme Verlag. Stuttgart 2005, 343 S., EUR 27,95
DZI-D-7355

Der Mensch – ein komplexes Wesen, das zu verstehen viel Wissen und Einfühlungsvermögen bedarf. Einen Schlüssel für dieses Verständnis liefert dieses Buch. Die psychologischen Vorgänge, die den Menschen vom Säuglingsdasein bis zum Hochbetagte sein bewegen, werden nachvollziehbar und tief gehend beschrieben. Viele Fallbeispiele aus der Praxis der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Altenpflege liefern die Basis für ein problem- und handlungsorientiertes Lernen. Von den psychologischen Anforderungen an Pflegenden auf der neonatologischen Intensivstation bis zu den pflegerischen Aufgaben bei dementen Patientinnen und Patienten erklärt diese Veröffentlichung alle wichtigen Themen aus der Praxis. Grundwissen der Bezugswissenschaft Psychologie ermöglicht die Analyse des Erlebten auf der Station oder im Heim sowie das Planen und Umsetzen von pflegerischen Interventionen.

Strafrecht in der Sozialarbeit. Ein Leitfaden zur Praxis des Strafens, der Strafzumessung und des Strafverfahrens. Von Tilmann Schott und Martin H. W. Möllers. Walhalla Fachverlag. Regensburg/Berlin 2005, 272 S., EUR 24,90
DZI-D-7357

Von Bewährungsaufsicht und -widerruf, Gestaltung des Strafvollzuges bis zu Entlassungsvorbereitung, Vollstreckungsreihenfolge, Zuständigkeiten, Verteidigerbestellung und Kosten: In der Berufspraxis der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, der Bewährungshilfe, Rechtspflege sowie des Strafvollzugsdienstes geht es um Vorgänge, die mit der Rechtsfolgenseite zu tun haben. Mit Hilfe zahlreicher Schaubilder und Fallbeispiele erklären die Autoren die juristischen Zusammenhänge zwischen den Verfahren im Strafrecht und deren Auswirkungen auf die Berufspraxis, wichtige Sachverhalte werden verdeutlicht. Gerade auf Grund der jahrelangen Lehrerfahrung der Autoren eignet sich der Leitfaden für den Einsatz in Ausbildung und Studium des Sozialwesens.

Soziale Arbeit in der Schule zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein theoriegeleiteter Blick auf ein professionelles Praxisfeld im Umbruch. Von Martin Hafén. Intact Verlag/Hochschule für Soziale Arbeit. Luzern 2005, 110 S., EUR 19,90 *DZI-D-7356*

Seit einigen Jahren ist im deutschsprachigen Europa eine deutliche Zunahme Sozialer Arbeit in der Schule festzustellen. Dabei zeigt sich, dass die Soziale Arbeit in der

Schule in erster Linie eine Feuerwehrfunktion übernimmt und sich die präventive Arbeit, die unter anderem die Veränderung der Schulstrukturen anstrebt, als schwierig erweist. Zudem werden integrative Modelle Sozialer Arbeit in der Schule mit einer gleichberechtigten Kooperation von Lehrkräften und Fachleuten der Sozialen Arbeit nur selten realisiert. Der Autor nutzt die soziologische Systemtheorie und ihr Konzept der funktionalen Differenzierung, um nach Erklärungen für diese Kooperationsprobleme von Schule und Sozialer Arbeit zu suchen. Er zeigt auf, wie ähnlich sich die beteiligten Disziplinen in mancher Hinsicht sind, und schlägt vor, Soziale Arbeit nicht in der Schule, sondern als interdisziplinäre Kooperationsform außerhalb der Schule zu organisieren. Der Vertrieb des Buches in Deutschland erfolgt über den Lambertus Verlag.

Wie Kooperation in der Frühförderung gelingt. Von Luise Behringer und Renate Höfer. Ernst Reinhardt Verlag. München 2005, 136 S., EUR 19,90 *DZI-D-7358*
Viele Berufsgruppen arbeiten in der Frühförderung zusammen. Nur in einer guten Kooperation der Fachkräfte unterschiedlicher Disziplinen erweitern sich fachspezifische Sichtweisen zur förderlichen Gesamtsicht auf das Kind in seiner Familie und seinem Lebensumfeld. Die Autorinnen zeigen, wie Fachkräfte in der Frühförderung ihre Zusammenarbeit im Alltag durch die Analyse von Problemen an Schnittstellen zwischen Institutionen und Berufsgruppen verbessern können, machen Vorschläge für die Zusammenarbeit in Schlüsselprozessen (Diagnostik, Förderplan, Förderprozess), stellen Beispiele bewährter Modelle aus der Praxis und Strategien für Selbstevaluation und Qualitätskontrolle vor.

Sozialreform als Bürger- und Christenpflicht. Aufzeichnungen, Briefe und Erinnerungen des leitenden Ministerialbeamten Robert Bosse aus der Entstehungszeit der Arbeiterversicherung und des BGB (1878-1892). Hrsg. Volker Mihr und andere. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2005, 411 S., EUR 45,- *DZI-D-7367*
Die Darstellung dokumentiert das private und dienstliche Wirken des späteren preußischen Kultusministers Robert Bosse (1832-1901) aus seiner Zeit als Spitzenbeamter der inneren Reichsverwaltung unter Bismarck. Die Mittelpunkt bilden einerseits seine private Korrespondenz und Tagebuchaufzeichnungen und andererseits seine Erinnerungen, deren geplante Veröffentlichung bislang unterblieb. Neben zahlreichen Informationen zur Entstehung der Arbeiterversicherungsgesetze und des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bieten die Aufzeichnungen Einblicke in die Frömmigkeitspraxis, das kirchliche Vereinsleben und die landeskirchliche Entwicklung seiner Zeit. Bosse war ein von der Erweckungsbewegung erfasster Protestant, der sich in seiner Lebensführung sowie seinen politischen Vorstellungen von den Grundgedanken eines konservativ geprägten, aber nicht intransigent-orthodoxen Christentums leiten ließ.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien
Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)
Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: Offsetdruckerei Gerhard Weinert GmbH, Saalburgstr. 3, 12099 Berlin

ISSN 0490-1606